



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

108. Sitzung

7. Wahlperiode

Donnerstag, 7. Januar 2021, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt	Errichtung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ 30
Änderung der Tagesordnung 2	Antrag der Landesregierung Zustimmung des Landtages gemäß § 63 Absatz 1 LHO hier: Errichtung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ – Drucksache 7/5696 – 30
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 2	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 30 Bert Obereiner, AfD 34 Dietmar Eifler, CDU 35 Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 36 Horst Förster, AfD 37 Jochen Schulte, SPD 38
Aktuelle Lage „Corona-Virus“ 2	B e s c h l u s s 41
Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2	Erklärung zur Abstimmung gemäß § 96 GO LT durch den Abgeordneten Dr. Ralph Weber, AfD 41
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Konsequenz ist weiter notwendig: Gemeinsam Corona-Infektionszahlen verringern – Drucksache 7/5697 – 2	Erklärung zur Abstimmung gemäß § 96 GO LT durch den Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes, AfD 42
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 2 Horst Förster, AfD 7, 17 Wolfgang Waldmüller, CDU 12, 17 Torsten Koplin, DIE LINKE 18 Holger Arppe, fraktionslos 23 Dr. Gunter Jess, AfD 23, 28 Thomas Krüger, SPD 24, 29	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 42 Dr. Ralph Weber, AfD 44 Thomas de Jesus Fernandes, AfD 45 Thomas Krüger, SPD 45 Horst Förster, AfD 46
B e s c h l u s s 29	Nächste Sitzung Mittwoch, 27. Januar 2021 47

Beginn: 10.34 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 108. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, mit Schreiben vom 5. Januar 2021 hat die Landesregierung gemäß Paragraf 72 Absatz 4 die heutige Sondersitzung zu den Themen „Aktuelle Lage ‚Corona-Virus‘“ sowie „Errichtung der ‚Stiftung Klima- und Umweltschutz MV‘“ beantragt. Als Sitzungstermin wurde der heutige Tag vorgeschlagen. Ich habe den Ältestenrat davon in Kenntnis gesetzt und am 6. Januar 2021 das Benehmen hergestellt, am 7. Januar 2021 eine Sondersitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern einzuberufen. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 108. Sitzung liegt Ihnen vor.

Zu Tagesordnungspunkt 1 liegt ein Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5697 vor, der auf Vorschlag des Ältestenrates in verbundener Aussprache mit der Regierungserklärung beraten werden soll. Der Antrag wird Ihnen in Kürze gestellt werden beziehungsweise verteilt werden. Weiterhin liegt zu Tagesordnungspunkt 2 ein Antrag der Landesregierung auf Drucksache 7/5696 vor. Wird der so geänderten Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung der 108. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung festgestellt.

Wir kommen jetzt zu unseren zurückliegenden Geburtstagen. Ich gratuliere zu ihren kürzlich begangenen Geburtstagen in den Monaten Dezember 2020 und Januar 2021: Christiane Berg, herzlichen Glückwunsch, Lorenz Caffier, herzlichen Glückwunsch, Bernhard Wildt, Dirk Lerche, Andreas Butzki und Elisabeth Aßmann. Herzlichen Glückwunsch an alle!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, Holger Arppe, fraktionslos, und Christel Weißig, fraktionslos)

Ganz herzlich gratulieren möchte ich unserem Kollegen und Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Christian Pegel zu seinem heutigen Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, Holger Arppe, fraktionslos, und Christel Weißig, fraktionslos – Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich jetzt den ersten Tagesordnungspunkt aufrufe, gestatten Sie mir, Ihnen allen noch ein gesundes, frohes neues Jahr zu wünschen und vor allen Dingen, dass wir es gemeinsam schaffen – das ist dann auch die Überleitung zum Tagesordnungspunkt 1 –, mit dem Corona-Virus umzugehen beziehungsweise bestmögliche Beratungen hier auch im Parlament zu haben.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Lage „Corona-Virus“, hierzu Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, in

Verbindung mit dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und LINKE „Konsequenz ist weiter notwendig: Gemeinsam Corona-Infektionszahlen verringern“, Drucksache 7/5697.

Aktuelle Lage „Corona-Virus“**Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern****Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE
Konsequenz ist weiter notwendig:
Gemeinsam Corona-Infektionszahlen verringern
– Drucksache 7/5697 –**

Das Wort hat zunächst die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte Ihnen zuallererst natürlich auch von Herzen ein gutes und gesundes neues Jahr wünschen, vor allem natürlich Gesundheit und uns gemeinsam viel Kraft, Parlament und Regierung, gemeinsam das Land weiter in diesem Jahr gut durch die Corona-Krise und vor allem aus der Corona-Krise zu führen. Ein gutes neues Jahr uns allen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Es wird auch ein besonderes Jahr sein, ein Jahr, wo demokratische Wahlen stattfinden.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort dazu sagen, dass wir heute Morgen alle unter dem Eindruck der Bilder von gestern Abend und heute Nacht aus Washington aufgewacht sind, und gerade weil wir heute hier zu dieser Sondersitzung im Parlament zusammenkommen: Es sind schockierende Bilder, dass ein Parlament gestürmt wird. Hier wurde die Demokratie auf unfassbare, auf furchtbare Art und Weise angegriffen. Bei allem notwendigen Streit in der Demokratie und bei aller notwendiger Zuspitzung, wir dürfen es zu keinem Zeitpunkt zulassen, dass Rechtspopulisten, dass Leugner, dass Antidemokraten den Kern von Demokratie zerstören!

Der Kern von Demokratie ist, auf wahren Fakten zu diskutieren, Fakten und Realitäten anzuerkennen, gemeinsam um den besten Weg zu streiten, aber niemals demokratische Regeln zu missachten. Und zu einer Demokratie gehört auch, dass es einen fairen und gewaltfreien Übergang gibt nach Wahlen. Dazu gehört auch, Wahlergebnisse anzuerkennen. Und es darf nicht sein, dass Menschen aufgehetzt werden und dass Abgeordnete um Leib und Leben fürchten müssen, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Sicherheitskräfte. Und deswegen bitte ich Sie alle, dass wir gemeinsam als ein Zeichen der Solidarität für Freiheit und Demokratie und für einen fairen Streit unter Demokraten eintreten.

Wir haben gesehen, dass nicht jeder Präsident und auch nicht jede Partei, die demokratisch gewählt ist, Demokraten sind. Und ich bin immer für eine auch harte Auseinandersetzung, wenn es notwendig ist, aber ich wünsche mir für uns besonders für dieses Jahr, dass es immer ein fairer Streit um die besten Ideen für die Bürger

rinnen und Bürger und unser Land ist und dass trotz Auseinandersetzungen, trotz unterschiedlicher Meinungen wir Demokraten uns immer einig sind, dass man zusammenstehen muss, wenn es darum geht, Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Demokraten müssen zusammenstehen, auch gegen Antidemokraten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
Christel Weißig, fraktionslos)

Und deshalb wünsche ich mir von Herzen, dass gerade in Amerika, das eine langjährige traditionelle Demokratie ist – jeder von uns, der schon mal in Washington war, ich selber war beim Kapitol, im Weißen Haus, wer diese demokratischen Institutionen kennt, die schon so alt sind, die oft Vorbild sind, deswegen, glaube ich, geht es vielen so wie mir –, wir wünschen uns, dass die Demokratie in Amerika wieder zusammenfindet, dass vor allem die streitenden Kräfte wieder zusammenfinden und dass Amerika, die auch für uns gerade eine besondere Bedeutung haben, besonders im Einigungsprozess, im Prozess zur deutschen Einheit, dass dieses Land wieder versöhnt wird und dass die Spaltung und die Gewalt und der Hass aufhören. Das wünsche ich mir für das amerikanische Volk.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Dazu kommt, sehr geehrte Damen und Herren – und dafür sind wir heute hier zusammengekommen –, dass die Corona-Pandemie nicht wegen Weihnachten oder Jahreswechsel vorbei ist, sondern dass sie uns weiter weltweit in Atem hält, und deswegen wird uns das Corona-Virus leider 2021 auch nicht so schnell loslassen. Aber wir starten in dieses Jahr mit guten Nachrichten: Impfstoffe sind zugelassen. Und ich will daran erinnern, dass wir als Landesregierung mit Unterstützung einer breiten Mehrheit hier im Parlament von Anfang an auf die Langfriststrategie gesetzt haben, dass wir Immunisierung durch Impfstoff wollen.

Es gab ja von Anfang an zwei Wege, die auch kontrovers diskutiert worden sind, auch hier im Parlament: Setzen wir darauf, dass wir aus dieser Pandemie mit Impfstoffen kommen und dadurch die Bevölkerung immunisiert wird, wie wir es auch bei anderen schweren Krankheiten und gesundheitlichen Gefahren kennen, und versuchen wir, mit Schutzmaßnahmen, die sehr wohl sehr hart sind, bis dahin die Bevölkerung größtmöglich zu schützen und auch die Überlastung unseres Gesundheitswesens zu vermeiden, oder gehen wir einen Weg der Durchseuchung der Bevölkerung, wir lassen das Virus laufen? Und diese beiden „Strategien“ standen immer in der Diskussion.

Und wir als Landesregierung gemeinsam mit allen Bundesländern und der Bundeskanzlerin haben uns immer entschieden für die Langfriststrategie, auf einen Impfstoff zu setzen. Und ich will sagen, dass diese Strategie auf geht dank einer wahnsinnigen Leistung von Wissenschaft und Forschung. Dass in dieser Zeit die ersten Impfstoffe zugelassen worden sind und auch funktionieren, wie wir es sehen, ist eine große Leistung. Und lassen Sie mich diesen Wissenschaftlern und allen, die dahinterstehen, die diesen Prozess bis zum Impfstoff, bis zur Impfstoffentwicklung und Produktion gemacht haben, von Herzen danken.

Der Impfstoff ist nach unserer tiefen Überzeugung der Weg aus der Pandemie, und deshalb bin ich unserem Gesundheitsminister, der ehemaligen Staatssekretärin Frau Scriba, der neuen Staatssekretärin Frau Hilgemann, die die Projektmanagerin ist für den Impfstoff, und vor allem den Impfmanagern in unseren Landkreisen und kreisfreien Städten sehr dankbar, dass dieser Impfstoff hier in unserem Land gut losgegangen ist. Wir sind das Bundesland, was bisher im Verhältnis zur Bevölkerung am meisten verimpft hat. Wir könnten mehr impfen, wenn wir mehr Impfstoff hätten. Aber es ist jetzt schon eine gute Leistung, dass das so gestartet ist. Herzlichen Dank allen, die uns diesen Lichtblick am Ende des Corona-Tunnels geben!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
Christel Weißig, fraktionslos)

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns heute zwei Dinge berücksichtigen: Ja, das Corona-Virus ist gerade heftig unterwegs und niemand kann Entwarnung geben, im Gegenteil, wir müssen uns sogar auf noch schwerere Wochen einstellen, weil wir mit einer kritischen Mutation aus Großbritannien rechnen müssen. Aber gleichzeitig können wir auch hoffnungsvoll und zuversichtlich sein, dass es uns gelingt, in diesem Jahr Schritt für Schritt aus dieser Pandemie zu kommen, und dass man in diesem dunklen kalten Corona-Winter auch an den warmen Sommer denken darf und dass wir vor Augen haben müssen, dass es uns Schritt für Schritt gelingen wird, wieder in einen normalen Alltag zu kommen. Sich mit Freunden zu treffen, essen zu gehen, Konzerte, Kinos, Urlaubsreisen, das wird alles wieder möglich sein. Wichtig ist, dass wir bis dahin trotzdem strenge Maßnahmen einhalten und die Gesundheit der Bevölkerung und vor der Überlastung des Gesundheitswesens weiter schützen. Und trotz Corona bleiben weiter viele andere Themen für uns wichtig, wie gute Arbeit, gut bezahlte Arbeitsplätze, sozialer Zusammenhalt, gute Bildung, Klima- und Umweltschutz. Weiter an die Zukunft denken trotz Corona – das ist meine Hoffnung für 2021.

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, dass wir jetzt mit dem Impfen loslegen können, ist eine gute Nachricht. Wir haben seit dem 27. Dezember über 18.000 Menschen die ersten Impfdosen geben können, knapp 8.000 Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen, etwa 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Pflegeheimen und Krankenhäusern, und auch die ersten älteren Menschen werden jetzt Impfstoff bekommen. Mit einer Impfquote von 1,1 auf 100 Einwohner sind wir dabei ganz vorn in Deutschland, was den Fortschritt bei den Impfungen angeht.

Trotzdem, will ich sagen, stehen wir vor enormen Herausforderungen beim Impfen, denn wir werden die Fläche erreichen müssen. Wir waren jetzt schon mit mobilen Teams unterwegs in den Pflegeheimen. Wir sind dort auf eine hohe Impfbereitschaft gestoßen, aber wir müssen jetzt in die Fläche. Und ich will es nur mal veranschaulichen: Alleine der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist zweimal so groß wie das Saarland. Das wird unsere Impfmanager, unsere Impfteams noch vor große Herausforderungen stellen, und deshalb bitte ich hier auch um gute Unterstützung. Was wir aber auch brauchen, ist, dass der Bund schneller und mehr Impfstoff zur Verfügung stellt. Wir könnten 16.000 Impfdosen verimpfen, haben aber zurzeit pro Tag nur 7.500. Der Impfstoff ist

die stärkste Waffe gegen Corona, und deswegen wollen wir hier weiter vorankommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zu den mobilen Impfteams, die unterwegs sind, kommen noch zwölf Impfzentren, die ab nächste Woche ihre Arbeit aufnehmen. In dieser Woche werden wir älteren Menschen mit Briefen dazu ein Angebot machen. Und ich möchte mich jetzt schon bei den Ärztinnen und Ärzten, bei den Helferinnen und Helfern bedanken, die sich bereit erklärt haben, in diesen Impfzentren zu arbeiten. Vielen Dank den Impfteams, die zwischen Weihnachten und Neujahr unterwegs waren! Und ich bin beeindruckt, wie viele Menschen sich gemeldet haben, uns zu helfen. Wir werden diese Hilfe brauchen. Eine Impfung in dieser Größenordnung in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist eine große Herausforderung. Und deshalb brauchen wir wirklich hier jede helfende Hand.

Und ja, ich weiß, es gibt die Debatte, warum können wir zum Beispiel nicht schon Erzieher und Lehrer impfen. Das war heute Morgen auch im Morgenradio, auch Frau Oldenburg, Sie haben völlig zu Recht diese Frage gestellt, und ich will sagen, wir wollen so schnell wie möglich wichtige Personengruppen impfen. Aber wir haben die Reihenfolge, dass wir jetzt erst mal in die Pflegeheime gehen – da ist das große Risiko, da haben wir die meisten Infektionen, die meisten Sterbefälle –, dass wir jetzt die älteren Menschen impfen, die Intensivstationen, die Wachstationen, und wir wollen so schnell wie möglich vorankommen.

Bei der Reihenfolge richten wir uns vor allem nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut. Und ich betone aber, die Impfung ist freiwillig und niemand muss sich impfen lassen. Ich bin dankbar für jeden, der sich freiwillig impfen lässt, denn wir müssen uns vorstellen, dieser kleine Stich ist ein wichtiger Schritt, raus aus dieser Pandemie zu kommen. Deswegen, jeder Stich bedeutet für den einzelnen Menschen Schutz vor einer schweren Erkrankung und er bedeutet für unser Land einen Schritt aus der Corona-Pandemie.

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, selbst, wenn wir schneller impfen würden, es wird noch lange dauern, bis große Teile der Bevölkerung durch die Impfungen immun sind, und deshalb müssen wir parallel zum Impfen weitere Schutzmaßnahmen ergreifen, um möglichst wieder schnell unter 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner pro Landkreis und kreisfreier Stadt zu kommen. Es ist deshalb wichtig, weil wir jetzt schon feststellen, dass bei den hohen Inzidenzen die Corona-Kontaktnachverfolgung schwieriger wird. Gestern wurden in Mecklenburg-Vorpommern 481 Neuansteckungen gemeldet. Das ist einer der höchsten Werte für einen einzelnen Tag in unserem Land. Und die Inzidenz war noch nie so hoch. Gestern ist sie über 100, auf 103 gestiegen.

Ich habe gerade auch mit dem Landrat Kärger telefoniert, weil wir den ersten Landkreis haben, Mecklenburgische Seenplatte, doppelt so groß wie das Saarland, der kurz vor der 200er-Inzidenz – also absoluter Hotspot – steht. Die Lage ist in diesen Tagen so schwierig, wie sie noch nie in der Corona-Pandemie war. Bis auf die Stadt Rostock sind mittlerweile alle Regionen des Landes Risikogebiete, und deshalb war es auch nötig, dass Weihnachten und Silvester stiller waren als sonst. Polizei und Feuer-

wehr haben von einer ruhigen Nacht berichtet. Und ich bedanke mich vor allem bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern für ihre Besonnenheit. Und ich danke den Polizistinnen und Polizisten und den Feuerwehrleuten und allen anderen, die an den Feiertagen für uns da waren.

Besonders bedanken möchte ich mich noch einmal bei den Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen. Wir haben lange überlegt, wie es gehen kann, dass in diesem sensiblen, stark betroffenen Bereich trotzdem Kontakte möglich sind. Diesmal kam mehr Arbeit hinzu durch Tests, durch Kontrollen der Besucher, möglicherweise Kolleginnen und Kollegen in Quarantäne, dazu die eigene Sorge um die Gesundheit, auch um die Gesundheit der Angehörigen. Deshalb will ich mich gerade bei diesen Beschäftigten ganz herzlich bedanken, dass sie durchgehalten haben, dass sie den Menschen in unseren Alten- und Pflegeheimen gerade das Weihnachtsfest so gut und angenehm wie möglich gemacht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich möchte mich auch bei den Beschäftigten in den Gesundheitsämtern bedanken. Es gab private Bereiche im Gesundheitsbereich, die mit uns diskutiert haben, zum Beispiel im Laborbereich, private Labore, ob sie überhaupt über die Feiertage arbeiten. Der öffentliche Gesundheitsdienst hat es nicht getan. Die Beschäftigten in den Gesundheitsämtern waren an Bord über die Feiertage und haben das Notwendige getan. Und ich sage das hier ganz deutlich, weil es ja die eine oder andere schlechte Meinung über den öffentlichen Dienst gibt: Was wir gerade in diesem öffentlichen Gesundheitsdienst in dieser Pandemie erleben, seit Monaten und auch über den Jahreswechsel, ist wirklich großartig, und dafür gilt unser besonderer Dank.

Und es ist klar, mit diesen Schutzmaßnahmen haben wir verhindert, dass sich noch mehr Menschen anstecken. Und wie schnell sich Corona auch in bisher wenig betroffenen Gebieten ausbreitet, erleben wir in unserem eigenen Land und kann man vor allem in Ostdeutschland sehen. Ostdeutschland war in der ersten Welle fast gar nicht betroffen. Jetzt haben mittlerweile zwei ostdeutsche Bundesländer – Thüringen und Sachsen – die höchsten Inzidenzzahlen: 269 in Sachsen, 232 in Thüringen. Wir haben vor Weihnachten Patienten aus Sachsen bei uns behandelt, weil die sächsischen Krankenhäuser keine Kapazitäten mehr hatten. Und natürlich ist hier unsere Solidarität gefordert und wir geben sie gerne. In einigen Regionen Sachsens sind im Dezember anderthalbmal so viele Menschen gestorben wie im Dezember des Vorjahres.

In den stark betroffenen Ländern sind die Maßnahmen natürlich härter als bei uns. In Sachsen darf man sich seit einigen Wochen nicht weiter als 15 Kilometer vom Wohnort entfernen. Die Kitas und Schulen sind komplett dicht mit enger Notbetreuung. In Bayern gab es nicht mal für Silvester Sonderregelungen. Ab 21.00 Uhr trat die Ausgangssperre in Kraft. Und ich will hier ganz deutlich sagen, dass mich berührt hat, wie Ministerpräsident Kretschmer aus Sachsen uns in der MPK berichtet hat, wie es sich anfühlt für einen Ministerpräsidenten, wenn die eigenen Landsleute ausgeflogen werden müssen, weil die Kapazitäten in den Krankenhäusern dicht sind. Ich möchte, dass wir alle gemeinsam alles dafür tun,

dass eine solche Situation in unserem Land nicht eintritt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
Christel Weißig, fraktionslos)

Und ich möchte Ihnen auch berichten, dass es mich auch berührt hat, wie der Kollege Bodo Ramelow aus Thüringen berichtet hat, dass Thüringen im Sommer noch die Insel der Glückseligen war – und Sie erinnern sich, Bodo Ramelow hatte sehr frühzeitig auch darüber gesprochen, ob wir nicht stärker den Öffnungsweg gehen müssen – und dass dieses Pendel total umgeschlagen hat, dass er jetzt mit einer Inzidenz über fast bei 250 kämpft. Und beide Ministerpräsidenten haben uns geraten – und das nehme ich sehr ernst –, dass das niemand unterschätzen darf. Das kann in jedem Bundesland passieren.

Ich kenne beide Kollegen, ich schätze sie, und es lag mit Sicherheit nicht an deren Unvermögen, sondern es liegt daran, dass niemand Corona-Virus politisch ausknipsen kann. Und deshalb habe ich die Bitte, dass die Gefahr von Corona-Virus nicht mehr unterschätzt wird, auch bitte in diesem Parlament nicht mehr kleingeredet wird. Wir haben massive Infektionszahlen auch in unserem Land. Und vor allem auch die Gesundheitskapazitäten, die Krankenhäuser sind in unserem Land auch zunehmend belastet. Und wir haben gemeinsam die Verantwortung, die Bevölkerung zu schützen und die Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern. Und das fängt damit an, dass wir diese Realität anerkennen, so bitter sie ist, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Franz-Robert Liskow, CDU)

Zu diesen schwierigen Nachrichten kommt, dass mittlerweile ganz Ostdeutschland betroffen ist. Sachsen, Thüringen habe ich erwähnt, aber auch Sachsen-Anhalt und Brandenburg kämpfen bei Inzidenzen von 200. Und deswegen sage ich ganz deutlich, es gibt keine Garantie, dass das in Mecklenburg-Vorpommern nicht so kommt. Und deswegen müssen wir auch in dieser Debatte darüber reden, wo wir noch mehr tun können, um uns vor Corona-Virus zu schützen, und bitte nicht darüber, was denn alles noch lockerer werden kann!

Ich weiß, dass die Maßnahmen sehr hart sind, und ich weiß, dass es viel von der Bevölkerung verlangt ist – niemand ist davon ausgenommen, auch ich nicht –, aber es ist wichtig, dass wir solche dramatischen Situationen versuchen zu verhindern. Und deshalb haben wir es uns auch in den Beratungen mit der Bundeskanzlerin nicht leicht gemacht. Und ich weiß, man wird über viele Maßnahmen diskutieren können und man findet viele einzelne Beispiele, wo man sagt, da ist es doch aber unbequem, da passt es nicht. Ich weiß das alles, aber am Ende geht es auch darum, Maßnahmen zu verabreden, die vielleicht in jedem Einzelfall nicht superpassend sind, weil wir 1,6 Millionen Menschen sind, 80 Millionen Bundesbürger, aber es geht darum, sich zu überlegen, wo können wir Kontakte reduzieren.

Die Wissenschaftler in der Expertenanhörung mit der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten haben uns eindringlich gewarnt:

Erstens. Die bisherigen Maßnahmen des Shutdowns reichen nicht, um auf 50 zu kommen.

Zweitens. Wir haben die drohende Mutation aus Großbritannien, die zum Beispiel auch schon Österreich erreicht hat. Und die bedeutet, dass man sich noch schneller mit Corona anstecken kann und dass noch nicht sichergestellt ist, ob sich nicht auch die jüngeren Altersgruppen damit schneller anstecken.

Und deswegen haben wir uns entschieden, die Schutzmaßnahmen bis zum 31. Januar fortzusetzen und die Maßnahmen weiter zu verschärfen. Wir greifen zurück auf die strengen Kontaktregelungen aus dem Frühjahr letzten Jahres, wo es schon mal galt, jeder bleibt für sich in seinem Hausstand und darf maximal eine weitere Person treffen. Und dazu kommt, dass in Gegenden mit Inzidenzen ab 200 – und das kann jetzt auch unseren Landkreis Mecklenburgische Seenplatte treffen – Menschen Ausgangsbeschränkungen bekommen. Keine Ausgangssperre! Ausgangssperre ist, dass ich ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr raus kann, wie zum Beispiel in Bayern. Ausgangsbeschränkung heißt, ich kann mich nur in einem bestimmten Radius bewegen von 15 Kilometern, so, wie es in Sachsen schon erforderlich ist. Natürlich muss es dort Ausnahmen geben, wenn ich zur Arbeit fahre, wenn ich meine pflegebedürftige Mutter im Pflegeheim besuche, wenn ich meine Lebensmittel kaufen muss.

Mit diesen Entscheidungen haben wir es uns nicht leicht gemacht, aber ich sage auch, wir als Bundesland haben immer gefordert, dass in den Superhotspots – und das ist es ab 200 – auch Einschränkungen der Mobilität kommen. Wir mussten immer die Mobilität einschränken als Land, weil andere keine Einschränkungen gemacht haben. Es war oft die Forderung von uns, bitte lasst uns Einschränkungen machen für Mobilität in absoluten Hotspots. Diese Einschränkungen gibt es jetzt, sie sind hart, sie sind konsequent, und trotzdem sollten wir sie unterstützen, denn es ist wichtig, dass durch Mobilität der Corona-Virus nicht weiterverbreitet wird. Und es ist eine vorbeugende Maßnahme für die Mutation aus Großbritannien. Es bringt auch nichts, wenn wir in drei Wochen hier stehen und sagen, jetzt hat uns die Mutation erwischt, jetzt ist alles noch viel schlimmer und hätten wir es mal eher gemacht. Und deshalb bitte ich, dass diese Maßnahmen von Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten unterstützt werden.

Ich habe mich in den Beratungen aber auch für Ausnahmen eingesetzt, besonders für Ausnahmen, die diesem Parlament wichtig waren. Wir haben immer gesagt, wir wollen, dass vor allem möglichst Kitas und Schulen aufbleiben und wir nicht wieder auf eine enge Notbetreuung zurückgreifen müssen. Ich will ganz klar sagen, bei Inzidenzen von 200 wird es auch notwendig sein, Kitas und Schulen so zu schließen, dass wir nur eine Notbetreuung machen. Da drunter ist es weiter möglich, dass wir die Regel haben wie jetzt. Wichtig war uns aber, dass die Abschlussklassen zurückkommen können. Und das wird möglich sein. Wir wollen die Eltern zusätzlich unterstützen durch das Kinderkrankengeld für zehn zusätzliche Tage pro Elternteil.

Natürlich kann Schule zu Hause kein Dauerzustand sein, und deshalb muss es unser Ziel sein, wenn die Infektionszahlen zurückgehen, Schülerinnen und Schüler so schnell wie möglich wieder zurück in den Präsenzunterricht zu holen. Wir wollen in der nächsten Woche mit den Abschlussklassen anfangen. Hier setzen wir auch besonders den Parlamentsbeschluss um. Es ist wichtig,

dass die Schüler, die in diesem Jahr einen Abschluss machen, auch die Möglichkeit haben, sich jetzt wieder über den Präsenzunterricht gut vorbereiten zu können. Und ich will mich vor allem auch beim Elternrat, beim Schülerrat des Landes, auch bei den Lehrern bedanken, auch bei der Bildungsministerin, dass es gelungen ist, auch dieses Modell, was ja der Landtag besonders gefordert hat, dass wir uns darauf im Land einigen. Und das ist auch die Ausnahme, die wir in der MPK beredet haben.

Ich weiß auch aus den Diskussionen mit allen Fraktionen, vor allem mit den Fraktionen der SPD, CDU und der Linksfraktion, sie sind alle auf mich zugekommen wegen der Kontaktbeschränkungen, und ich sage auch, die Kontaktbeschränkung „eigener Hausstand plus eine Person“ ist sehr eng. Sie beinhaltet die Idee, dass wir eigentlich an einem Punkt sind, wo wir sagen mussten, jeder müsste für sich alleine zu Hause bleiben. Wir wollen aber die, die wirklich alleine leben – es ist ja ein Unterschied, ob ich eine Familie bin mit Partner, mit zwei Kindern, dann ist man zu viert, dann ist noch genug Leben in der Bude –, aber wenn ich ganz alleine lebe, gerade viele ältere Menschen, kann es nicht sein, dass ich niemanden mehr treffen kann. Deswegen gibt es die Plus-1-Regel.

Ich weiß aber aus den Diskussionen, auch aus vielen Hörerfragen, die ich zum Beispiel heute Morgen im NDR bekommen habe, wie gilt es denn, gilt es, dass ich als Familie nicht zu einer Person darf und die eine Person darf aber zu mir kommen, und deswegen will ich klar sagen, wir sollten morgen im MV-Gipfel hier eine pragmatische Regel einführen, nämlich die Regel, dass es immer möglich ist, der Hausstand plus eine Person, egal, wo das Treffen stattfindet, ob bei der einen Person, bei dem Hausstand oder draußen. Es sollte eine einheitliche, pragmatische Regel sein. Wenn wir die Kontakte schon so eng beschränken, dann sollte sie auch pragmatisch sein. Ich denke, das ist auch im Sinne der Fraktionen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Ich will auch zusagen, dass wir morgen im MV-Gipfel eine pragmatische Regel finden müssen für die Kinder. Ich will auch hier ganz offen sagen, dass ich hinterfragt habe in der Schalte, ob wir nicht für die Kinder eine Ausnahme machen können, wie es bisher war. Hier gab es aber keine Einigung, insbesondere mit der Kanzlerin. Und natürlich müssen wir uns überlegen, wo können wir noch Sonderwege machen bei den hohen Inzidenzen. Ich verstehe aber das Ansinnen der Fraktionen – so nehme ich den Antrag wahr von SPD, CDU und DIE LINKE –, dass wir eine pragmatische Regel für die Kinder finden müssen.

Ich will als Allererstes sagen, Kinder gehören, wenn sie minderjährig sind, immer zum Hausstand der Eltern, egal, wo sie gerade wohnen und sorgeberechtigt sind. Das ist die besondere Frage, die auch die Linkspartei aufgemacht hat, was ist mit getrennt lebenden Eltern. Kinder von getrennt lebenden Eltern gehören immer zum Hausstand, ob sie nun gerade bei der Mutter sind oder dem Vater. Ich glaube, das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Ich bin aber auch sehr dafür, was alle anderen sagen, wir sollten eine einheitliche Regel finden für alle Kinder. Wir müssen uns noch über die Altersgrenze verständigen und ob wir es zum Beispiel auch auf Betreu-

ungssituationen beziehen. Ich bin dafür, dass wir Ihren Vorschlag aufnehmen, für die Kinder morgen im MV-Gipfel eine pragmatische Regel zu finden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, Schutzmaßnahmen sind die eine Seite, Impfen ist die andere Seite. Mit beidem müssen wir uns jetzt bestmöglich vor Corona schützen. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft weiter geschützt wird, insbesondere mit den Wirtschaftshilfen.

Ich will mich hier auch bei unserem Wirtschaftsminister für seinen Einsatz bedanken. Wir machen sehr viel Druck, dass die Hilfen schneller kommen. Wir haben außerdem als Land unsere Wirtschaft unterstützt mit dem MV-Schutzfonds und auch dem Winterwirtschaftsprogramm. 348 Millionen Euro an Soforthilfen wurden im vergangenen Jahr ausgezahlt. Dazu kommen die Neustartprämien für Unternehmen und auch die Unterstützung für Ausbildungsbetriebe und die Ergänzung der Überbrückungshilfe des Bundes. Wir tun alles dafür, dass wir die Gesundheit der Menschen schützen, aber auch die Arbeitsplätze und die Unternehmen, auch mit der guten Regelung des Bundes des Kurzarbeitergeldes. Wir erwarten aber, dass die Hilfen für unsere Unternehmen jetzt wirklich schnell ausgezahlt werden, denn die Unternehmen zahlen einen hohen Preis, und deswegen werde ich auch noch einmal dafür.

Ja, wir diskutieren in unserem privaten Bereich, kann ich denn noch Oma und Opa sehen, und wie ist es mit den Kindern und wie ist es mit der Freundin. Das ist auch alles legitim, ich sage aber, die Infektionen finden vor allem im privaten Bereich statt, und deswegen müssen wir uns jetzt in diesem privaten Bereich schützen, indem wir nicht fragen, welche Kontakte kann ich noch machen, sondern auf welche kann ich verzichten. Das ist der Schutz für die Gesundheit.

Ich finde aber, dass wir gemeinsam auch eine Verantwortung haben für alle Künstler, die zurzeit nicht arbeiten, für alle Gastronomen, die ihre Gaststätten dicht haben, für alle Hoteliers, für alle Arbeitnehmer, die zu Hause mit Kurzarbeitergeld sitzen und eigentlich wollen, dass es wieder losgeht, für alle, die ihre Geschäfte dichtgemacht haben. Wenn es uns gelingt, die Infektionszahlen wieder deutlich zu senken, können wir nach unserem MV-Plan wieder mit Lockerungen beginnen. Aber dazu müssen wir uns gemeinsam vor allem ganz eng an Kontaktbeschränkungen halten – für unsere Gesundheit, aber, ganz ehrlich, auch für alle die, die gerade hier wirtschaftlich diesen hohen Preis zahlen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben auch gute Aussichten. Die Herbstprognose der Bundesregierung geht von einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 4,4 Prozent in diesem Jahr aus. Natürlich gibt es auf diesem Weg noch viele Corona-Risiken. Und deshalb möchten der Wirtschaftsminister, der Finanzminister und ich uns nächste Woche mit Wirtschaft und Gewerkschaften treffen und beraten, wie sieht unsere Perspektive, unsere wirtschaftliche Perspektive, die Perspektive am Arbeitsmarkt in diesem Jahr aus und was können wir dafür tun, dass wir hier weiter vorwärtskommen.

Es gibt gute Nachrichten aus der Wirtschaft unseres Landes, zum Beispiel die angekündigten Neuansiedlungen in Anklam und Pasewalk mit mehr als 100 neuen Arbeitsplätzen im Landesteil Vorpommern. Und es gibt auch gute Nachrichten für die Bürgerinnen und Bürger. Die meisten brauchen keinen Solidaritätszuschlag mehr zu bezahlen. Ja, ihn gibt es zu zehn Prozent, für die obersten zehn Prozent, aber ich sage auch, in einer solchen Pandemie können die, die zu den zehn Prozent der Meistverdienenden in Deutschland gehören, auch noch Soli zahlen. Wichtig ist, dass die breite Mitte entlastet wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zuschüsse der Arbeitgeber zum Kurzarbeitergeld werden zum größten Teil steuerfrei gestellt. Wir haben uns in Berlin starkgemacht für die Homeoffice-Pauschale von 600 Euro. Das Kindergeld steigt, und der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende wird angehoben. Und, sehr geehrte Damen und Herren, endlich tritt die Grundrente in Kraft. Und bei uns im Land werden die Azubis ab 1. Februar das Azubi-Ticket haben.

Ich will damit deutlich machen, dass es trotz Corona viele gute Aussichten gibt. Und damit will ich schließen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Mecklenburg-Vorpommern bleibt ein Land zum Leben – trotz Corona. Wir bleiben Tourismusland und werden hoffentlich bald wieder in unserem Land Gäste empfangen dürfen. Wir bleiben ein Land mit guten wirtschaftlichen Perspektiven, ein schönes und beliebtes Land für Einheimische, für Zugezogene und für Besucher. Wir bleiben ein Land mit lebendigem Ehrenamt und einem guten sozialen Zusammenhalt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, 2021 ist auch ein wichtiges Jahr für die Demokratie in unserem Land. Wir haben einen neuen Bundestag und einen neuen Landtag.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Gott sei Dank!)

Wir diskutieren und streiten um die besten Ideen für die nächsten Jahre, wir werden über die Zukunft sprechen und über das, was für unser Land nötig ist, aber jetzt steht erst einmal die Gemeinsamkeit im Mittelpunkt, gemeinsam gegen Corona. 2021 wird noch einmal ein Jahr im Zeichen des Corona-Virus. 2020 mussten wir hinein in die Auseinandersetzung mit der Pandemie, und ich bin zuversichtlich, dass wir 2021 Schritt für Schritt rauskommen werden, mithilfe der Impfungen, mithilfe der Achtsamkeit und Solidarität der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Es wird noch ein schwerer Weg und es ist noch lange nicht vorbei. Unser Land ist so schwer von Corona betroffen wie noch nie in der Zeit der Pandemie. Der Winter ist hart und er ist noch nicht vorbei, aber der Frühling wird kommen und der Sommer sowieso, und es wird Fortschritte geben. Es gibt Hoffnung und Zuversicht. Wir gehen den Weg durch die Corona-Krise und aus der Corona-Krise möglichst gemeinsam. Dafür werbe ich, dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank!

(lang anhaltender Beifall
vonseiten der Fraktion der SPD –
Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Die Ministerpräsidentin hat die angemeldete Redezeit um drei Minuten überschritten.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE wird nicht gewünscht.

Gemäß Paragraf 84 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung beträgt die Aussprachezeit nach einer Regierungserklärung 155 Minuten. Außerdem hat der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe eine Rede mit einer Dauer von 3 Minuten angemeldet. Ich eröffne die verbundene Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Horst Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Ich möchte anknüpfen an das Vorwort der Ministerpräsidentin, die an die Ereignisse in den USA, in Washington, angeknüpft hat. Ja, ich denke, das hat uns alle erschreckt. Es ist gar keine Frage, dass wir das hier aufgreifen. Gut, ob das nötig ist, weiß ich nicht, die Amerikaner lieben es ja nicht, wenn wir sie belehren.

(Zuruf von Christiane Berg, CDU)

Aber in dem Punkt ist es vielleicht gut zu sagen, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass wir hier in unserem Lande solche Sitten nicht haben und dass wir natürlich das genauso verurteilen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Aber Sie sprachen auch von Leugnern und Rechtspopulisten, und da wurde mir doch klar, dass Sie zwischen den Zeilen vielleicht auch noch was ganz anderes meinen. Wenn Sie meinen, dass wir einen freien, offenen Diskurs brauchen, dann haben Sie unsere volle Unterstützung. Wenn Sie meinen, dass man die Meinungsfreiheit davon abhängig macht, ob die Meinung richtig oder falsch ist, dann haben Sie nicht unsere Unterstützung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

Die Meinungsfreiheit geht weit, und wir sehen eher die Gefahren für die Demokratie, dass die Meinungsfreiheit hier und da eingeengt wird. Und wir sehen nicht die Gefahr, jedenfalls nicht in dieser allgemeinen Form, vom Rechtspopulismus, wir sehen die Gefahr im Rechtsextremismus und wir sehen die Gefahr im Linksextremismus. Wir sehen die Gefahr überhaupt im Extremismus, wenn man sich also in absurde Ecken begibt.

Aber ich will Ihnen zwei praktische Beispiele nennen. Wenn wir einen Parteitag haben, dann ist der nur möglich, wenn Polizeikräfte uns vor linksradikalen Elementen, speziell der Antifa, schützen. Unter dieser Last steht nur eine Partei, das ist die AfD. Darin sehe ich eine Gefahr der Demokratie auch,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn, um das grundsätzlich zu beurteilen, das muss ich genauso auf die anderen Parteien übertragen, denen könnte das ja auch blühen.

Um noch mal auf den Begriff des Leugners zurückzukommen: Ein offener Diskurs bedeutet nicht, dass man abweichende Meinungen, also zum Beispiel Kritiker zum Klima, zur Klimapolitik als Klimaleugner bezeichnet. Ich habe es hier bis in die jüngste Zeit erleben müssen, dass wir bei diesem Thema als Klimaleugner betrachtet wurden, obwohl in jeder Rede gesagt wird, und das ist auch unser Ausgangspunkt, Klimaänderungen kann niemand leugnen. Klimaänderungen sind typisch für jedes Klima.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und dasselbe gilt für die Corona-Diskussion. Auch da wird hier immer noch gesagt oder uns vorgeworfen, wir würden Corona leugnen. Keiner von uns, um das klarzustellen, leugnet Corona.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Sie haben sich doch gerade
angesprochen gefühlt!)

Aber hier gibt es eben auch unterschiedliche Meinungen und da gibt es natürlich auch absurde Verschwörungstheorien, keine Frage, aber auch hier besteht die Gefahr, dass, wer schon hier kritisch irgendetwas sagt, dass er schon in diese Ecke gesteckt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Also wenn wir uns einig sind, dass wir insbesondere die Meinungsfreiheit als Kern der Demokratie hochhalten und hier einen offenen, fairen Diskurs pflegen wollen, dann stimmen wir Ihnen uneingeschränkt zu.

Ja, nun haben wir ihn, den als unvermeidlich angekündigten, verschärften Lockdown, der wehtut und dennoch von einem durch Panikmache verängstigten Volk mit offenen Armen angenommen wird. Noch einmal durchhalten, dann wird alles gut. So klingt es auch aus der Rede der Ministerpräsidentin. Nein, es wird nicht alles gut. Es wird zunächst noch mehr kaputtgemacht. Ja, die Lage ist schwierig und es gibt keine Blaupause für den allein richtigen Weg. Da hat die Ministerpräsidentin vollkommen recht. Aber dieser Lockdown ist eben keine Lösung. Die Politik der Landesregierung lässt überhaupt keine nachhaltige Strategie erkennen.

Die Ministerpräsidentin sprach eben davon, dass es von Anfang an zwei Alternativen gegeben hätte, die eine, die es auf die Durchseuchung ankommen lässt, und die andere, die eben auf den Impfstoff setzt. Nun, im Nachhinein fühlen Sie sich natürlich darin bestärkt, dass der Weg, den Sie beschritten haben, richtig war. Nun, aber wenn Sie es genau betrachten, dann widerlegen Sie sich selbst, denn um die Durchseuchung kommen wir alle nicht drum herum, sei es nun über Impfung oder über eine natürliche Infektion. Und dass Sie ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wenn es so ist, dass Sie von vornherein nur auf die Impfung abgestellt haben ...

(Thomas Krüger, SPD: Das ist
doch ein Riesenunterschied, das
können Sie doch nicht gleichmachen!)

Wenn Sie nur auf den Impfstoff abgesetzt haben, dann war das jedenfalls eine sehr gewagte Strategie. Wenn das der Impfstoff – und wenn es so ist und so sein sollte, das wird ja von jedem nur gewünscht –, wenn dieser Impfstoff das hält, was er verspricht, dann ist das gut, nur sicher war das in keiner Weise. Und manches ist ja sogar jetzt noch unsicher, aber ich will das jetzt nicht auf die Spitze treiben. Sicherlich ist es richtig, von Anfang an darauf zu hoffen, aber als Grundlage einer einseitigen Strategie ist das ein sehr vager Ausgangspunkt.

Ihre Strategie tatsächlich besteht darin, dass Sie – auch jetzt noch – gebannt auf die Inzidenzen starren, die für sich genommen überhaupt keine Aussagekraft haben, und stolpern dabei von einem Lockdown in den nächsten. Das erleben wir gerade. Dabei lassen Sie sich – genau wie die Bundesregierung – einseitig beraten und setzen sich nicht mit den Meinungen und Vorschlägen anderer Wissenschaftler, zum Beispiel Professor Streeck, auseinander. Wir als AfD haben schon sehr früh die Auffassung vertreten, dass sich die Maßnahmen vorrangig auf den Schutz der vulnerablen Gruppen konzentrieren müssen, statt vereinfacht gesagt die gesamte Bevölkerung in Haftung zu nehmen.

(Julian Barlen, SPD: Das hat
in Schweden ja gut geklappt.)

Dass die Fokussierung auf die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen absolute Priorität haben muss und dass deren Isolation bei dem ersten Lockdown ein kardinaler Fehler war, ist inzwischen unstrittig. Dennoch hat die Landesregierung es in den vielen Monaten nach dem ersten Lockdown versäumt, die gebotenen Maßnahmen zum Schutz dieser am meisten gefährdeten Gruppe zu organisieren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Den ganzen Sommer haben
Sie geschlafen!)

Die Schutzkonzepte, die Testpflicht, jetzt Schnelltests insbesondere wurden erst im Dezember entwickelt und sind bis heute nicht flächendeckend umgesetzt. In der Folge hat es in den Heimen die meisten Todesfälle gegeben. Hier liegt ein eklatantes Versagen vor, das man nicht einfach damit abtun kann, wenn man sagt, man sei durch den ersten Lockdown schlauer geworden, denn darum geht es nicht. Es geht darum, dass dieser Erkenntnis keine Taten folgten. Damit komme ich zu der Frage: Wie geht die Ministerpräsidentin mit ihren Fehlern um? Ganz einfach: Es gibt sie nicht,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Schweigen!)

auch nicht, wenn Maßnahmen wegen eklatanter Rechtswidrigkeit von Gerichten aufgehoben werden.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Da wird das Gericht gerügt oder abwertend davon gesprochen, dass Bürger Ihre Corona-Maßnahmen weggeklagt hätten. Das ist rechthaberisch und anmaßend.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Die Informationen zum Pandemiegesehen sind irreführend und intransparent. Um die Pandemie und das eige-

ne Risiko richtig einschätzen zu können, sind die Bürger auf verlässliche und umfassende Informationen angewiesen. Was ihnen jedoch geboten wird, ist eine angstschürende Informationspolitik, eine Panikmache, die sich im Wesentlichen darin erschöpft, den Bürger tagtäglich mit den Inzidenzen, also der Zahl der positiv Getesteten und den Todeszahlen zu konfrontieren. Die Inzidenzen besagen für sich genommen jedoch gar nichts, denn sie sind abhängig vom Umfang der Testungen, sie wachsen und fallen bei gleichem Infektionsgeschehen mit der Zahl der Testungen. Wenn überhaupt, besagt alleine die Positivquote, also der Prozentsatz der positiv Getesteten, etwas, auch für die Vergleichbarkeit. Wenn Sie in dem einen Bezirk 100 Inzidenzen haben und in dem anderen auch, es wurde aber unterschiedlich getestet, beispielsweise in dem einen doppelt so viel wie in dem anderen, dann stimmt das um die Hälfte nicht.

Und ich erinnere mich daran, dass die Maskenpflicht nach den Ferien an den Schulen mit gestiegenen Inzidenzen begründet wurde. Und wenn man genau nachprüft, wie ich das getan habe, hat sich herausgestellt, dass fast exakt diese höheren Inzidenzen darauf zurückzuführen waren, dass doppelt, also dass ein bestimmter Prozentsatz, 49 bis 54 war das, mehr getestet wurde, dass also die unterschiedlichen Zahlen am realen Infektionsgeschehen, was gleichgeblieben war, überhaupt nichts geändert haben.

Und auch in Rostock bin ich sehr – da frage ich mich, ich weiß nicht, ob es nachgeprüft worden ist, aber möglicherweise steht Rostock so gut, weil die vielleicht weniger testen. Jedenfalls habe ich von Bekannten gehört, dass in Rostock auffällt – aus ihrem Erfahrungsbereich –, dass nicht getestet wird, dass man sagt, nee, brauchen wir nicht, machen wir nicht. Das ist eine Vermutung. Das ist ja richtig, aber,

(Thomas Krüger, SPD: Ja, genau.)

aber,

(Thomas Krüger, SPD:
Vermuten Sie mal!)

aber,

(Thomas Krüger, SPD:
Mann, Mann, Mann!)

aber, Herr Krüger, wenn Sie denn mal richtig zuhören,

(Thomas Krüger, SPD:
Ich hör Ihnen zu!)

dann müssten Sie sagen und antworten, die Inzidenzen im Lande sind nur dann aussagekräftig, wenn überall auf die Bevölkerung gesehen in gleicher Höhe getestet würde, und das ist garantiert nicht der Fall.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Wenn überhaupt, besagt also allein die Positivquote etwas, nämlich der Prozentsatz der positiv Getesteten. Aber auch dieser Wert ist nur beschränkt aussagefähig, weil positiv getestet noch lange nicht bedeutet, dass die Person krank und infektiös ist. Was aber der Bürger jeden Tag hört – und wohl auch hören und so verstehen soll –, ist doch, soundso viele Infizierte, denn das wird

auch medial völlig gleich behandelt, positiv getestet ist in den Medien „Infizierte“. Und das ist nicht identisch! Aber der normale Bürger soll offensichtlich den Eindruck haben, soundso viele Leute sind neu krank. Und das ist eben falsch. Das ist nicht richtig.

Und wenn Sie meinen, ich würde jetzt Panikmache betreiben, diese Panikmache ist gewollt. Dazu gab es eine Studie für die Bundesregierung, die genau darauf hingewiesen hat (gutgläubig natürlich, denn man wollte ja die Bereitschaft fördern), genau darauf hingewiesen hat, dass, um die Maßnahmen durchzusetzen, es notwendig ist, die Bevölkerung in Angst, die Angst zu schüren. Das steht da fast wörtlich drin. Und das ist ja strategiemäßig nachvollziehbar.

Die Todeszahlen sind – ohne irgendwas hier verharmlosen zu wollen,

(Dietmar Eifler, CDU:
Das machen Sie aber!)

um das vorwegzunehmen – ebenfalls irreführend, denn sie beziehen jeden ein, bei dem Corona festgestellt wurde, auch wenn der an schweren Vorerkrankungen, ja, selbst wenn er bei einem Verkehrsunfall zu Tode gekommen ist. Dafür wurde sogar die Statistik geändert. Ich meine, hier ist positiv zu vermerken, dass seit einiger Zeit formuliert wird – aber erst seit einiger Zeit – „an oder im Zusammenhang mit Corona“ verstorben. Statistisch ist interessant, dass es die Grippe nicht mehr gibt. Die Grippe ist statistisch ein Covid-19-Fall. Es gibt also nur noch Covid-19- oder Corona-Tote.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD:
Nein! – Philipp da Cunha, SPD:
Nein, das stimmt doch gar nicht!)

Für eine realistische Gefahreinschätzung müssen aber eine ganze Reihe weiterer Faktoren einbezogen werden. Ich wiederhole, was Dr. Jess im Dezember sagte: Jedwede Kommunikation durch die Regierung und die Medien ist insgesamt eine reine Katastrophe. Die Situation auf den Intensivstationen, die ist offensichtlich angespannt, wobei die Lage in den einzelnen Krankenhäusern unterschiedlich ist. Insgesamt sind aber noch ausreichende Kapazitäten – Gott sei Dank – vorhanden. Wenn man genau hinhört, dann liegt das Problem weniger an fehlenden Intensivbetten als an einem überlasteten oder fehlenden Personal. Hier fragt sich, was in den letzten Monaten getan wurde, um aus dem übrigen Personal durch Nachschulungen Hilfskräfte für den Intensivbereich zu gewinnen. Gab es dazu klare Absprachen oder wurde das den Kliniken überlassen?

Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit sind bei jeder Maßnahme sorgfältig zu prüfen. Dazu gehört die Abwägung mit den Kollateralschäden. Bisher wurde dem Gesundheits- und Lebensschutz alles andere untergeordnet, obwohl dies weder rechtlich noch ethisch geboten ist. Insbesondere wurden dem Lebensschutz vor Corona im Wesentlichen nur die wirtschaftlichen Schäden gegenübergestellt. Dass mit den Maßnahmen auch Leben und Gesundheit anderer beschädigt werden, wird nach wie vor ausgeklammert. Wer zählt die Alten, die durch die Schließung der Heime nicht an Corona, sondern an Vereinsamung gestorben sind? Wer ermittelt die Toten, die durch verschleppte Operationen oder Behandlungen verstorben sind oder irreparable Schäden davongetragen

haben? Und wen interessiert es, wie es denen geht, die infolge wirtschaftlichen Ruins aus der Bahn geworfen werden und psychisch schwer erkranken? Wer ermittelt die Zahl der Opfer gesteigener häuslicher Gewalt und Missbrauchs an Frauen und Kindern?

Festzuhalten ist jedenfalls, dass die Landesregierung bei der Abwägung von Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit teils gravierende Fehler begangen hat, was ja auch letztendlich bestätigt wurde. Dazu konkret jetzt die Schließung von Hotels, Gaststätten und der Einzelhandelsgeschäfte, das ist weder in dieser Allgemeinheit notwendig noch verhältnismäßig.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Dort wurden teils mit großem Aufwand Hygienekonzepte entwickelt, die einen weitgehenden Schutz vor Infektionen bieten. Diese Bereiche sind nicht die Haupttreiber von Infektionen. Das sind, wie die Ministerpräsidentin ja selbst zutreffend ausgeführt hat, die Alten- und Pflegeheime und vor allem die privaten Zusammenkünfte. Es gibt keinen hinreichenden Beweis dafür, dass die den Einzelhandel und die Gastronomie betreffenden Maßnahmen das Infektionsgeschehen signifikant beeinflusst haben. So haben sich vielmehr diese Maßnahmen insoweit als unwirksam erwiesen. Die aktuellen Zahlen belegen dies, denn die pendeln mehr oder weniger unverändert auf gleicher Höhe. Das Einzige, was evident ist, ist die Wirkkraft dieser Maßnahmen für die Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Für die verordneten Maßnahmen besteht ein Begründungszwang, denn mit den Corona-Maßnahmen wird in die Grundrechte der Bürger tief eingegriffen. Dies bedarf einer sorgfältigen Begründung, die nachvollziehbar erkennen lassen muss, dass alle wesentlichen Punkte beachtet und abgewogen wurden. Daran fehlt es allemal.

Und es wird ganz deutlich, wenn die Ministerin eben davon sprach, wie das sonst abläuft bei der Kanzlerin, dass man sich hinsichtlich der Kinder da irgendwo nicht einigen konnte. Ich will das mal, ohne die Kanzlerin hier herabzuwürdigen – die kam ja auch auf die merkwürdige Idee, dass ein Kind nur noch einen Freund treffen darf. Was die Kanzlerin dazu meint in Berlin, ist rechtlich völlig egal. Wir leben in Mecklenburg-Vorpommern, die Verordnungen trifft die Landesregierung, und die Landesregierung ist dafür verantwortlich. Die Landesregierung muss für dieses Land, für jede Region hier die Begründung liefern.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und was man aus der Sicht aus Ballungsgebieten heraus für richtig hält, muss hier lange nicht stimmen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Schon allein die Vorstellung, dass das bundeseinheitlich sein müsse, ist rechtlich falsch.

(Thomas Krüger, SPD: Das haben Sie
aber früher anders gefordert! –
Zurufe vonseiten der
Fraktion der AfD: Nein, nein!)

Nein, völlig ...

(Thomas Krüger, SPD: Was gilt denn jetzt?)

Also, Herr Krüger, Sie sind ja wirklich sehr forsch heute. Das ist genau falsch. Ich kann Ihnen berichten, das weiß ich noch sehr genau,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

im ersten Ausschuss habe ich konkret genau das nämlich beanstandet. Es war nämlich damals die Theorie – und damals wurde das noch sehr stark vertreten –, das müsse bundeseinheitlich geschehen. Da haben wir schon von Anfang an darauf hingewiesen, bei Grundrechtseingriffen und Verhältnismäßigkeitsprüfung kommt es immer auf die Situation vor Ort an. Es kommt auf die Situation an, dort, wo ich eingreifen will. Also besteht ein Begründungszwang, nicht?

Erst recht – ich war eben, glaube ich, an der Stelle stehengeblieben, wo ich der Regierung vorgeworfen habe, dass hier Fehler gemacht wurden und eben nicht alle wesentlichen Punkte beachtet, abgewogen wurden, das jedenfalls nicht erkennbar war –,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

erst recht, wenn die Hauptbegründungskette die gestiegenen Inzidenzen sind. Es reicht eben nicht, dass die Ministerpräsidentin zusammen mit der Kanzlerin etwas aushandelt, was dann möglichst überall gelten soll. Das trägt von vornherein den Keim der Rechtswidrigkeit in sich, weil – ich sagte es schon bereits –, weil das ganz entscheidend auf die regionale Situation in den einzelnen Ländern ankommt. Wir sind ein dünn besiedeltes Flächenland. Das Kontaktgeschehen der Menschen geschieht hier von vornherein in wesentlich geringeren Dimensionen als in Berlin, Köln oder München. Kitas und Schulen sind ein weiteres Mal die Opfer einer falschen Strategie.

Dennoch ist es zu begrüßen, dass sich die Ministerpräsidentin einer kompletten Schließung von Kitas und Schulen widersetzt hat, und es lässt sich erahnen nach den medialen Berichten, der Druck der Kanzlerin muss ja recht stark sein. Gleichwohl ist das, was von Schulpflicht und frühkindlicher Bildung übriggeblieben ist, eine Katastrophe. Kitas und Schulen sind zu Aufbewahrungsstätten für die Kinder geworden, deren Eltern ihre Kinder nicht zu Hause betreuen können. Distanzunterricht mögelt etwas vor, was nicht funktioniert, weil nicht einmal überall die technischen Voraussetzungen dafür vorliegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Die Folgen kann sich jeder selbst ausmalen, wenn aufgrund dieses verordneten Durcheinanders ein planmäßiges, kontinuierliches Lernen aller Kinder in den einzelnen Klassen nicht mehr stattfinden kann.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

Der Distanz- oder Digitalunterricht kann den Präsenzunterricht schlechthin nicht ersetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zudem ist Schule nicht nur eine Stätte des Lernens. Die sozialen Kontakte sind für eine gesunde Entwicklung der Kinder unersetzlich. Es ist ganz klar vorauszusehen, dass viele Schüler, vor allem die aus bildungsfernen Schichten, abgehängt werden.

(Thomas Krüger, SPD: Was ist denn die logische Schlussfolgerung für Sie? Was wollen Sie denn?)

Und nicht wenige davon werden den Anschluss auch später nicht schaffen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das ist Ihnen doch egal, Herr Krüger!)

Das kann zu einer lebenslangen Benachteiligung führen.

(Thomas Krüger, SPD: Was ist Ihre Alternative?)

Und das alles geschieht, obwohl Kinder und Schüler nicht die Gefährdeten und Kitas und Schulen gerade nicht die Treiber der Pandemie sind.

Die Lehrerschaft ist gespalten. Die einen fordern hier Präsenzunterricht, die anderen – vor allem die Älteren – haben Angst vor einer Infektion. Dem wird hier Rechnung getragen werden müssen, indem die Lehrer im gesamtgesellschaftlichen Interesse in der Prioritätenliste des Impfens ganz oben stehen müssten.

Den so genannten Bewegungsradius lehnen wir ab. Er bringt für unser Flächenland gar nichts. Die Mecklenburgische Seenplatte ist größer als das Saarland und verdünnt somit die Kontakte von vornherein um ein Vielfaches mehr, als es ein Bewegungsradius in einem Ballungsraum zu bewirken vermag.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Die Inzidenz von 200 ist keine ausreichende Begründung. Zudem, die Super-Hotspots betreffend: Wie stellen Sie sich diesen Landkreis vor? Selbst in einer Großstadt gilt das. Diese Zahlen gründen sich meist an irgendwelchen Stellen, in den Heimen oder sonst wo, meist zentral an einem Punkt, wo die Zahlen hochgehen. Dann muss man dort lokal eingreifen. Aber nicht, wenn irgendwo in diesem weiten Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ein Hotspot ist,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

die Zahlen gehen hoch und dann wird der ganze Landkreis in Haftung genommen! Das ist unsinnig, nicht notwendig. Ich muss lokal eingreifen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Kontaktbeschränkung auf nur noch eine Person pro Haushalt ist ein massiver Eingriff, der im Einzelfall zu völlig unverhältnismäßigen Folgen führt, zumal Kinder nicht mitgezählt werden.

Nehmen Sie als Beispiel den Geburtstag einer 80-Jährigen, die dazu eines ihrer Kinder einladen darf, oder ein Kind darf seine Eltern, diese aber dürfen kein Kind besuchen. Das ist ein Anschlag auf die Kernfamilie oder deutlicher,

ein mit heißer Nadel gestochener Schnellschuss, der nicht hinnehmbar ist.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Nun war ja eben erkennbar, dass das die Ministerpräsidentin inzwischen auch erkannt hat und das noch geändert werden soll. Aber das ist auch typisch für das Ganze: Gestern trifft man sich, da wird etwas beschlossen, in der Republik verkündet, und heute weiß man, morgen müssen wir wieder was dran ändern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So kann ein Eingriff auch nicht vernünftig begründet werden. Das ist ja geradezu entlarvend dafür, dass es an einer vernünftigen Begründung, die alles bedacht hat, fehlt. Zudem stellt sich die Frage, wie das kontrolliert werden soll. Jedenfalls wird das Klima von Denunziantentum kräftig aufgewärmt.

Der Impfstoff als Licht am Ende des Tunnels – ja, wir alle hoffen, dass sich die Erwartungen erfüllen und der Impfstoff das hält, was der Hersteller verspricht.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Gleichwohl ist nicht zu leugnen, dass die Frage der Neben- und Langzeitwirkungen letztlich noch ungeklärt ist. Und dass indirekt der Impfzwang mit moralischen Appellen zum Beispiel bei den Pflegeberufen längst in vollem Gange ist, kann ja wohl niemand bestreiten, da musste man nur heute Morgen das Radio anmachen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Was die nicht ausreichende Beschaffung des Impfstoffes anbelangt, so ist einem Kommentar im „Nordkurier“ – es dürfte wohl eine Mischung aus überwuchernder Bürokratie, Überforderung und Schlendrian gewesen sein – nur noch hinzuzufügen: Das hat man davon, wenn man die nationalen Interessen an Brüssel abgibt und ein in Deutschland entwickeltes Produkt von dort verteilen lässt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn man so sehr auf den Impfstoff gesetzt hat, wie die Ministerpräsidentin ausgeführt hat, und darauf im Grunde alles setzt, dann ist es in der Tat schon skandalös, dass jetzt nicht genügend Impfstoff zur Verfügung steht, denn man hat ja zu hundert Prozent auf ihn gesetzt. Es ist ja nicht so, dass man erst abwarten wollte, wie es bei anderen Impfstoffen so ist, Jahre. Man hat voll darauf gesetzt und hat es trotzdem nicht geschafft, ihn hinreichend zu beschaffen.

Die wirtschaftlichen, psychosozialen Folgen der Corona-Maßnahmen sind enorm und werden viele Menschen in den Ruin führen. Das ließe sich mit Entschädigungen auf Dauer weder abfedern noch ausgleichen. Dem Schuldenmachen sind irgendwann Grenzen gesetzt, und es ist unverantwortlich, damit künftige Generationen zu belasten.

Wie geht es weiter? Die Pandemie folgt dem üblichen saisonalen Verlauf. Der saisonale Verlauf ist ein zutreffender Parameter, zehnmal mehr als die Inzidenzzahlen. Und so wird es ohne einen Strategiewechsel

einen oder mehrere weitere Lockdowns geben, das ist abzusehen, es sei denn, mit dem Impfstoff geht es schneller, bis dann hoffentlich die Impfkation wirkt. Dabei dürfen wir allerdings nicht außer Acht lassen, dass bis jetzt ungeklärt ist, wie lange die Immunisierung durch den Impfstoff wirkt und wie es um die Neben- und Langzeitwirkungen bestellt ist. Und wer das jetzt sagt, muss ja schon bei diesem Diskussionsklima, das wir so führen, schon wieder Angst haben, als Impfleugner – das ist auch eines der neuen Schlagwörter – hingestellt zu werden. Nein, wer würde nicht glücklich sein, wenn dieser Impfstoff das halten wird, was man erhofft, und die Sache damit bereinigt würde?! Da gibt es ja keinen, der dem nicht zustimmt.

Ja, was ist die richtige Strategie? Es gibt keine Blaupause, aber eines, das haben wir von Anfang an gesagt, und das steht auch in unserem 6-Punkte-Plan, auf den ich Bezug nehme, der sich an die Vorstellungen von Herrn Professor Streeck anlehnt, ist, dass man genaue temporäre und lokale Maßnahmen trifft, statt Massentesterei und flächendeckende Schließungen Konzentration auf den Schutz der besonders gefährdeten Gruppen und eben auch ganz grundsätzlich mehr Eigenverantwortung statt Verbote.

Ich will Ihnen ein ganz konkretes Beispiel, fällt mir gerade ein, aus eigenem Erleben sagen. Ich habe ja auch die Frage – ich gehöre ja auch einer Risikogruppe an –, ob man sich nun trifft. Die anderen wollten nicht kommen, weil ich ja geschützt werden sollte, und da wurde es mir sehr deutlich: Ich habe es jetzt eigentlich in der Hand gehabt, in meiner Eigenverantwortung, ich bin ja der Gefährdete. Möchte ich jetzt ein solches Treffen? Halte ich es für vertretbar oder müssen die anderen jetzt wegbleiben und müssen die im Grunde das Opfer bringen, oder muss ich entscheiden und auch notfalls das Risiko tragen?

Hier ist es so, dass insbesondere die Kinder und die Jugendlichen in Haftung genommen werden. Und ich war entsetzt, als ich heute in den Medien hörte, sogar der Verbandschef der Kinder- und Jugendärzte sagt dort tatsächlich, dass es nun notwendig sei, schleunigst die Kinder zu impfen, und führt auch noch an, die seien ja ohnehin bisher benachteiligt worden. Das ist ungeheuerlich! Und ich kann nur sagen, da muss ja einer, der in erster Linie politisch geprägt ist, da oben stehen. Denn ich weiß von Kinderärzten – gerade der Chef der Kinderklinik Neubrandenburg –, die vertreten eine völlig andere Meinung. Die Kinder sind niemals beteiligt gewesen an der Impfung. Das muss ja an jeder Gruppe erst einmal probiert werden. Und da gibt es jetzt also Leute, die ständig sagen, jetzt müssen die Kinder geimpft werden. Die Kinder wurden in Haftung genommen bisher, das ist die Strategie gewesen. Die Kinder sind nicht die Gefährdeten und auch nicht die Gefährder, aber sie sollen geimpft werden – hier mal krass gesagt –, weil der 80-Jährige durch die Gegend rennt und nicht einsieht, dass er sich schützen muss. Das ist Ihre Strategie und die Strategie ist nicht richtig.

Also, und wenn der Impfstoff kommt, da wünschen wir uns natürlich alle eine beschleunigte Umsetzung, mit vernünftiger Priorisierung. Und ich denke, da muss man auch noch mal nachdenken. Und ich wiederhole noch mal mein Beispiel mit den Lehrern: Die Kinder und Jugendlichen, die nicht geschützt werden müssen, die sollte man in Ruhe lassen, Kinder sein lassen, nicht die

kleinen Kinder mit Masken rumlaufen lassen. Auch das sagen Ihnen Kinderärzte, vernünftige Kinderärzte, die tagtäglich mit Kindern zu tun haben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Psychologen jedenfalls.)

Das ist wichtig, und deshalb muss ich alles dafür tun, damit der Schulbetrieb läuft, und dazu gehört natürlich auch verständlich, auf die Sorgen insbesondere älterer Lehrerinnen und Lehrer Rücksicht zu nehmen. Das ist ja nachvollziehbar, bei den vielen Kontakten, dass die Angst um ihre Gesundheit und vor Infektionen haben. Dann muss ich die aber impfen, wenn sie es wollen, und dann haben sie keine Ängste mehr bei diesem Impfstoff, bei dem Sie alle überzeugt sind, dass der zu 100 Prozent funktioniert. Also das ist eine der Alternativen, Herr Krüger.

So, ich komme zum Ende und stelle also nochmals fest, wir leugnen weder Corona, wir leugnen auch nicht die Gefahr von Covid-19, wir leugnen insbesondere die Informationspolitik und halten es nicht für richtig, dass man ein aufgeklärtes Volk in dieser Weise in Panik versetzt, denn das findet statt. Das sehen Sie insbesondere, wenn zum Teil jetzt schon Eltern Kinder in dieser Größenordnung mit Maske rumlaufen lassen.

(Julian Barlen, SPD: Sie leugnen
sogar, dass Sie leugnen.)

Und wir fordern immer wieder erneut – und das ist der Schwerpunkt der Diskussion gewesen –, dass bei allen Maßnahmen die Verhältnismäßigkeit geprüft werden muss und dass insbesondere das, was man damit anrichtet, hinreichend einbezogen werden muss, und das ist bisher nicht geschehen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte am Anfang meiner Rede eine kurze Einlassung machen zu den Vorkommnissen in Amerika. Amerika ist selbstverständlich unser transatlantischer Freund, ist unser Partner, und das soll es auch in Zukunft bleiben. Wenn wir aber feststellen, dass in den letzten vier Jahren, als die Person Trump Präsident wurde, das transatlantische Verhältnis im Wesentlichen getrübt worden ist zu Europa, zu der Welt insgesamt, aufgrund der Strategie „America first“, dann ist das schon sehr, sehr, sehr bedrückend. Und wenn es zum Schluss dieser Legislatur dazu kommt, dass ein Präsident der Vereinigten Staaten demokratische Wahlen nicht anerkennt, wenn er dazu aufruft, das Capitol zu stürmen beziehungsweise zu rebellieren,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Hat er doch gar nicht!)

dann braucht es keinen anderen Beweis mehr, um zu sagen, Trump selbst ist undemokratisch,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

und es ist erschreckend. Die gute Nachricht dazu ist, es ist bald vorbei.

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall Ann Christin von Allwörden, CDU)

Wenn man jetzt zu den Ausführungen von der AfD kommt: Sie haben sich ja gleich am Anfang bezogen darauf, auf die Aussagen von Frau Ministerpräsidentin bezüglich der Ansprache von Leugnern. Und Sie haben auch Leugner mit sozusagen gesagt, nein, nein, also Meinungsfreiheit steht da im Vordergrund, Leugner wären ja keine Leugner, sondern die Meinungsfreiheit steht im Vordergrund. Den Leugnern ist aber eines zuteil, dass sie zum einen Gott sei Dank Minderheiten sind, aber zum anderen, dass diese Leugner – und da zähle ich Sie dazu, da zähle ich Sie dazu – die Eigenschaft haben, dass Sie nur ihre Meinung, von wegen Meinungsfreiheit, nur ihre Meinung als die richtige ansehen, und nur das ist der Fall.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und eine andere Eigenschaft haben die Leugner, dass sie sich ganz bewusst nicht an demokratisch vereinbarte Regeln halten wollen und das eben ganz bewusst nicht einhalten,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ein Beispiel, ein Beispiel mal bitte, Herr
Waldmüller, für diese infame Behauptung!)

und das ist undemokratisches Verhalten, und das ist undemokratisches Verhalten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Konkretes Beispiel jetzt, was Sie
gerade behauptet haben!)

Und Sie machen sich das ja, Sie machen es sich ja völlig einfach. Sie stellen sich hier ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Jetzt sagen Sie doch mal ein Beispiel,
außer hier so rumzulamentieren!)

Sie haben, Sie können sich hier doch hinstellen.

Sie können sich mal, Sie machen es sich ja ganz einfach, Sie machen immer eine Art Postbetrachtung. Sie kommen hinterher her und sagen im Nachgang, was damals entschieden wurde, ist falsch, und wir sind die Einzigen, die wissen, wie es richtig gewesen wäre, und leugnen das Ganze,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und leugnen das Ganze und so weiter.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Man muss doch
selbst mal gucken, was man damals richtig und
falsch gesagt hat. Was ist denn das jetzt bitte?! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Das tun Sie, das tun Sie und das tun Sie aus einem einzigen Grund ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
CDU und SPD klopf sich nur selbst
auf die Schulter und sagt, man
hat alles richtig gemacht.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Waldmüller, kleinen Moment!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Horst Förster, AfD: Das ist doch unwürdig da!)

Sie haben noch Redezeit, meine Herren von der Fraktion der AfD, aber das, was jetzt an Zwischenrufen kommt, stört doch so erheblich, dass man hier vorne der Rede nicht mehr...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sie wissen, dass nur
einer reden darf. Der Hinweis auf die Redezeit
ist also geschäftsordnungstechnisch falsch. –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, Herr Lehrer!)

Herr Professor Dr. Weber, Sie wissen auch, wenn wir über die Geschäftsordnung reden, dass es die Möglichkeit einer persönlichen Erklärung gibt. Es gibt Geschäftsordnungsinstrumente, es gibt Kurzinterventionen, wo man seine Meinung äußern kann,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist aber keine Redezeit.)

wenn man es denn will und wenn man die Geschäftsordnung lesen kann.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist keine Redezeit.)

Ich hoffe, Sie lesen auch mal alle Artikel, nicht nur die, die Ihnen gefallen, und von daher habe ich jetzt hier die Sitzung unterbrochen, um Ihnen zu sagen, dass Sie zu viel reden. Und das ist so und das bleibt so, und wenn jetzt nicht in Zukunft das anders wird, dann werde ich Sie erneut darauf hinweisen und auch zu Ordnungsmaßnahmen greifen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Bitte schön ...

(Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber
meldet eine Kurzintervention an.)

Wunderbar, Sie haben meinen Hinweis verstanden. Dann hoffe ich auch, dass Sie die anderen Hinweise verstanden haben.

Und Sie können jetzt fortsetzen, Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Vielen Dank!

Ich war stehengeblieben, dass das antidemokratische Verhalten ist, wenn Sie sich bewusst nicht an demokratisch getroffene Regeln halten,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ein Beispiel
für diese infame Lüge, Herr Waldmüller, los!)

dass das die Eigenarten von Leugnern sind.

Gucken Sie, gucken Sie doch Ihr eigenes Verhalten an!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wir müssen uns doch keine Lügen
hier gefallen lassen am Pult!)

Gucken Sie die Aussage von Professor Dr. Weber an im Ältestenrat, wo damals Vereinbarungen für den Landtag getroffen wurden: Solange das nicht angewiesen ist, werde ich mich nicht an Vereinbarungen, an Mundschutz, an Sonstiges irgendwo halten. Das haben Sie doch ganz klar gesagt!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich war dabei ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich war dabei stehengeblieben ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich war dabei stehengeblieben zu sagen, Ihnen verantwortungsloses Handeln hier darzulegen, weil Sie eben Ihre Meinung immer ad hoc a posteriori hinterher bilden und dann zurück. Das dient Ihnen ausschließlich dazu, um Maßnahmen eben politisch zu diskreditieren, um eigenen politischen Profit daraus zu schlagen, aber nicht, weil Sie Verantwortung fürs Land, für die Bürger, für die Gesundheit der Bürger tragen, auf gar keinen Fall.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das sehen wir ganz anders.)

Regierungsverantwortung zeichnet sich aber dadurch aus, dass Sie in dem Moment, wo Sie etwas haben, dann auch entscheiden müssen. Und wenn man danach gegangen ist, ob Sie verantwortungsvoll gehandelt hätten, damals, als Sie das Schwedenmodell ad hoc haben wollten, dann nenne ich das, was Sie gerade gesagt haben, Herr Förster, eklatantes Versagen – und so viel zu Ihren Ausführungen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich möchte jetzt zu unserer eigentlichen, zur Regierungserklärung sprechen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das war die von Frau Schwesig,
das war nicht Ihre.)

Ich bin froh, dass wir das tun können. Die MPK war wieder mal, das ist ja schon fast geübte Praxis, und ich bin froh, dass dieses Format, bevor Entscheidungen getroffen werden, der Landtag eben mit beteiligt wird, dass also der Landtag nicht nur der reine Zuschauer, sondern Akteur ist, und das im gewissen Grade auch so Rechnung getragen hat. Ich bin froh, dass das in dieser Form auch so stattfindet.

Mitte Dezember ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Aber beim
entsprechenden Antrag haben
Sie damals dagegengestimmt.)

Mitte Dezember hatten, ...

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wie heuchlerisch ist das denn?!)

hatten ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Er wird halt seinen eigenen Regeln nicht
gerecht. Das ist halt Herr Waldmüller.
Was erwartest du?)

Mitte Dezember hatten sich Bund und Länder auf das weitgehende Runterfahren des öffentlichen Lebens eben geeinigt, und diese Regeln – das wissen Sie –, das sollte dazu führen, dass auch Weihnachten einigermaßen halbwegs unter normalen Bedingungen eben auch stattfinden kann.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Seien Sie doch mal selbstkritisch!)

Und das hatte, und das hatte das Ziel ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben den ganzen Sommer geschlafen.)

Und das hatte ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die Regierung hat den ganzen Sommer
geschlafen und nichts getan.)

Und das hatte das ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ein bisschen Selbstkritik wäre doch
mal angebracht, Herr Waldmüller! –
Minister Harry Glawe: Schwätzer, Schwätzer!)

Ah! Da fangen Sie mal bei sich an ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, ...

Wolfgang Waldmüller, CDU: ... und dann zeigen Sie mal auf andere!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Herr Waldmüller! Jetzt ist hier mal Ruhe bitte schön!

Ich glaube, ich habe mich deutlich ausgedrückt. Und es ist noch Redezeit da. Wir haben noch eine verbundene Aussprache, falls Sie das wissen. Sie können also hier reden, so viel, wie Sie wollen, wenn Sie sich innerhalb dieser Redezeit äußern. Es wird sicherlich für das, was Sie jetzt hier in Zwischenrufen zu sagen haben, reichen, und wenn das jetzt noch mal passiert, erteile ich einen Ordnungsruf. Es muss hier gewährleistet sein, dass der Redner seine Rede einigermaßen ungestört absolvieren kann. Das nehmen Sie für sich in Anspruch und das akzeptieren...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Also
mindestens so gut, wie ich das immer konnte. –
Heiterkeit bei Minister Harry Glawe)

Wir müssen hier nicht diskutieren und Sie wissen, dass Sie das nicht zu kommentieren haben! Schlucken Sie es einfach mal runter! Vielleicht schaffen Sie das ja auch noch, und ich werde jetzt demnächst wirklich mit Ordnungsmaßnahmen hier eingreifen. Ich finde es zwar nicht adäquat bei dem Thema, das wir hier behandeln, aber wenn es notwendig ist, mache ich das.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Danke!

Diese Regelungen, die wir damals getroffen haben, hatten – ich sagte es –, hatten zum einen den Hintergrund, das Weihnachtsfest halbwegs unter normalen Bedingungen stattfinden zu lassen, aber andererseits natürlich die exponentiell steigenden Inzidenzen eben zu begrenzen, dass eben auch die Krankenhäuser und die Gesundheitsämter mit der Bewältigung der Pandemie nicht überfordert werden.

Und jetzt kann man sich die Frage stellen – Stand heute –, ist das gelungen oder ist es nicht gelungen. Und ich würde sagen, es ist insofern gelungen als das, wenn wir nichts gemacht hätten, wir ganz andere Inzidenzen jetzt im Land hätten. Das ist überhaupt keine Frage. Und dennoch müssen wir aber sagen, dass wir – das ist auch gesagt worden –, dass wir trotzdem heute, gerade mit dem heutigen Tag, die höchste Inzidenz ausweisen, die wir in Mecklenburg-Vorpommern jemals gehabt haben. Wir sind über 100 gekommen, erstmalig.

Und ich glaube, dass es ein einziges Mittel gibt, um überhaupt, ich sage mal, der Lage auch weiter Herr zu werden, weil eines haben wir gelernt: Der Virus, der lässt sich weder aus unserem Bundesland aussperren, noch interessiert er sich dafür, dass wir irgendwann mal die niedrigste Inzidenz gehabt haben. Und das einzige wirksame Mittel – ich will das auch gleich erklären – ist eben das Reduzieren von Kontakten, und genau das auch insbesondere im privaten Bereich. Und wir hatten, und diese Sondersitzung hatte natürlich eine Vorgeschichte. Und wenn wir noch über einen relativ unbeschwerten Sommer sprechen können, dann ist es natürlich automatisch so, dass im Herbst/Winter die Inzidenzen natürlich hochgehen müssen, weil es in der Natur der Sache liegt, dass man sich eben mehr in geschlossenen Räumen aufhält und dergleichen, und deswegen war da auch im Herbst damals – Sie erinnern sich – dieses Wort „Wellenbrecherlockdown“. Wo wir angefangen haben einzuschränken, war das eben das Schlagwort. Und als diese erste MPK stattfand, ich weiß nicht, ob ich es noch richtig im Kopf habe, da hat die Bundeskanzlerin damals gesagt, es reicht nicht, was wir machen. Und wir im Land haben gesagt, ja, wir setzen das um, aber wir gucken auch, wo wir unsere Landesinteressen, wo wir die eben dann auch noch durchsetzen können, und haben dies dann auch so bei uns gemacht.

Und Sie sehen daher schon, dass es von jeher, von jeher immer einen Streit um den besten Weg, das geht nicht um recht haben, es geht auch nicht, glaube ich, um Parteipolitik, sondern es geht tatsächlich darum, wie haben wir, wie kriegen wir den besten Weg hin, was ist denn der richtige Weg, um Inzidenz nach unten zu kriegen und wieder zurück, und das schnellstmöglich und dann wieder zurückzukommen, ich sage mal, zum wahren Leben. Und da gibt es die unterschiedlichsten Auffassungen. Die einen sagen, komplett harter Lock-

down, mit allen Konsequenzen. Ich will nicht nach Wuhan gucken, was da gemacht wurde, aber das ist die Übertreibung dessen, was passieren kann. Und die anderen sagen, na ja, wir müssen eins tun, wir müssen natürlich immer die Verfassungsrechtsmäßigkeit, wir müssen immer die Angemessenheit wahren, und wir müssen auch noch gucken, dass das und das und das und das noch irgendwie funktioniert. Zwischen diesen zwei Welten bewegen wir uns permanent und suchen den richtigen Weg, immer einen Weg, was uns alle eint, hoffe ich zumindest, schnellstmöglich öffnen zu können. Das muss eigentlich der Antrieb sein, den wir alle haben. Und da muss man sich dann fragen: Ist es der richtige Weg?

Ich will jetzt nicht sagen, das oder das ist gut oder ist schlecht, sondern der Streit um den richtigen Weg. Und wir müssen trotzdem konstatieren, dass wir hier in Mecklenburg-Vorpommern trotz unserer maßvollen Entscheidungen und meines Erachtens richtigen Entscheidungen, dass wir trotzdem weiterhin auf einem hohen Niveau sind und weit davon weg sind aus heutiger Sicht, irgendwas öffnen zu können. Und das darf eben nicht passieren, sondern wir wollen so schnell wie möglich öffnen, und deswegen muss man sich die Frage stellen: Woher kommt denn das jetzt? Woher kommt denn das, dass wir trotz dieser Bemühungen, trotzdem wir das alles machen, woher kommen denn trotzdem diese weiterhin hohen Inzidenzen?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Einkaufen! Von den Einkaufswagen.)

Wir haben natürlich auch Begründungen und Sie sehen es ja auch, dass wir gerade in dem Bereich der über 80-Jährigen ganz hohe Inzidenzen haben, dass wir gerade in Alten- und Pflegeheimen immer wieder Ausbrüche haben, hohe Inzidenzen haben, und es ist so, dass natürlich im Wesentlichen auch im privaten Kontaktbereich eben diese Ansteckungen auch erfolgen. Und das ist das Besondere daran und das müssen Sie irgendwann einmal bei der AfD lernen, dass es darum geht, dass durch Kontakte diese Infektionen eben übertragen werden. Das müssen Sie irgendwann mal begreifen.

(Horst Förster, AfD: Herr Waldmüller, wir sind doch nicht in der Sonderschule hier!)

Und dann ist die Frage: Hält man sich an diese Beschränkungen, die wir gemacht haben, oder nicht. Und im Privatbereich ist es oftmals so, das ist natürlich so und das soll auch so sein, dass der Privatbereich natürlich nicht kontrollierbar ist, das ist so. Und um Gottes willen, ich will nicht dafür plädieren, nicht, dass Sie mich falsch verstehen, dass man da kontrollieren muss – nein, um Gottes willen, Privatsphäre ist heilig. Aber es geht trotzdem darum, dass dort, genau dort im Privatbereich die Infektionen eben dann passieren. Und dann gibt es einen Großteil der Bevölkerung, Gott sei Dank, einen Großteil der Bevölkerung, der sagt, wir halten uns an diese Regeln und wir machen das und setzen das um, und da kann man nur vielen, vielen Dank sagen für all diejenigen, die das dann auch tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Aber es gibt eben auch einen Teil, die dann Eigenverantwortung in der Art auslegen, dass die Eigenver-

antwortung da endet, genau da endet, wo mein persönliches Wohl oder mein persönlicher Vorteil infrage steht. Und da muss ich mich dann fragen, und das ist nicht kontrollierbar, da können Sie machen, was Sie wollen. Sie können Verordnungen erlassen, wie Sie wollen, Sie können das nicht einschränken, was alles im Privatbereich eben stattfindet. Und das ist eben diese Eigenverantwortung. Und im Privatbereich, wo wir Eigenverantwortung haben, ich habe es gesagt, das ist nicht kontrollierbar. Es gibt aber immer wieder welche, die sich hier ganz bewusst drüber stellen, absichtlich oder vielleicht auch wider besseres Wissen, auch möglich, kann auch sein. Aber es finden eben diese Kontakte statt.

Und warum ist das jetzt, warum – und das müssen Sie auch begreifen bitte –, warum ist das das Problem? Weil eben einmal, weil es nicht kontrollierbar ist, und zum Zweiten, wenn Sie sich mal die Lageberichte angucken, da stehen immer die Fälle dabei, wie viele positiv Getestete da sind insgesamt, und da werden Sie feststellen, dass davon heutigen Tags 35 Prozent positiv Getestete symptomlos sind. Symptomlos!

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und das ist genau dieser, und das ist genau dieser private Kontaktbereich, auf den es drauf ankommt, wo genau dort, wo sie symptomlos sind, Ansteckungen im Privatbereich stattfinden, die Sie nicht mal merken. Und wenn Sie jetzt nicht irgendwann die Kontakte beschränken, werden Sie permanent diesen Schub, diesen Inzidenzwert nach oben permanent wieder anschieben, selbst wenn Sie große Maßnahmen machen, um wieder nach unten zu kommen.

Und das ist die Krux, und deswegen ist es unserer Ansicht nach die einzige Möglichkeit, in der Tat kurz und schmerzlos, sage ich mal, doch die Kontakte so zu beschränken, mit dem Ziel – und das muss es sein –, dass wir dann so schnell wie möglich öffnen können. Und deswegen sprechen wir auch für diese Entscheidungen, die dort im Bund getroffen sind. Ich glaube, das ist auch so richtig. Aber wir reden dann trotzdem noch von diesem Teil, der nicht kontrollierbar ist. Und da kann man nur an die Eigenverantwortung der Menschen appellieren, die, ich sage mal, 80 Prozent hinnehmen, bei der Stange sind und sagen, wir wollen das. Und dann gibt es eben ein paar, die auf Kosten der anderen es nicht einhalten wollen, ganz bewusst nicht einhalten wollen, und die meines Erachtens dafür verantwortlich sind, dass wir dieses Niveau halten, und das auf Kosten der Wirtschaft, die dadurch in Existenznot kommt und wir nicht öffnen können.

Und in dem Sinne, glaube ich, brauchen wir, wenn wir an die Eigenverantwortung der Menschen appellieren, dann müssen die Menschen auch eine Perspektive haben, sowohl die Bürger als auch die Unternehmen. Und das ist, glaube ich, ganz entscheidend, ich brauche eine sichtbare Perspektive: Was passiert bei welcher Inzidenz wann? Und wenn wir das und das, glaube ich, und das ist auch in dem Antrag unter dem Punkt 6 mit aufgeführt, und wenn man das, und das ist unsere Aufgabe, die müssen wir auch erledigen, das aufzuzeigen, und wenn die Menschen dann auch eine Perspektive haben, dann bin ich fest davon überzeugt, dass wir geschlossen mit Vernunft und alle zusammen diese Corona-Lage auch gut überstehen können.

Ich will nicht weiter, ich habe schon ziemlich lange geredet, ich will das dann abkürzen. Ich bin bei dem Weg, der ist ja schon angeführt, aber den Weg, den wir mit den Schulen gehen, gehen wir mit. Dass die Abschlussklassen deswegen am Montag wieder in den Präsenzunterricht zurückkommen, das ist richtig, das ist wichtig so. Natürlich ist der Präsenzunterricht das, was obligatorisch und was schnellstmöglich insgesamt, in Abhängigkeit natürlich der Inzidenz, gemacht werden muss. Das ist überhaupt keine Frage.

Ein letzter Punkt zu dem Thema des Impfens, des Impfens: Frau Ministerpräsidentin hat es schon gesagt, wir haben einen guten Anlauf gehabt. Die Entscheidung, wie wird das gemacht, die mobilen Teams, in die Alten-/Pflegeheime und so weiter reinzugehen, und wenn das alles gelingt, wenn der Impfstoff auch regelmäßig nachkommt, wovon wir jetzt einfach mal ausgehen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Einfach mal dran glauben reicht aber nicht. Man muss den auch bestellen.)

dann ist es eben so, dass wir Ende Januar in den Pflegeheimen in Mecklenburg-Vorpommern durch sind. Und das ist eine gute Nachricht. Wenn eine gute Nachricht das bedeutet, dass wenn es, selbst wenn es noch ein wenig dauert, bis die Herdenimmunität erreicht ist – vielleicht im ersten Halbjahr, also Ende Juni ist das vielleicht soweit in ganz Deutschland –, also selbst wenn das noch ein bisschen dauert, so werden zumindest durch die Impferei, durch das, dass wir in die Alten- und Pflegeheime gehen, zumindest die schweren Verläufe sowie die Anzahl der Toten sinken. Und für mich ist das zu Jahresbeginn, für unsere Fraktion zu Jahresbeginn eine Botschaft, die mich mit großem Optimismus auf die erste Jahreshälfte blicken lässt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Schluss soll dieser Appell auch noch mal gelten, dass wir, wir haben die Chance, mit diesen Maßnahmen, die jetzt wirklich einschneidend auch sind, auch tatsächlich von den Inzidenzen runterzukommen. Wir haben die Chance, dann auch eine Perspektive aufzuzeigen über die Öffnungen. Ich möchte appellieren an alle, an alle Demokraten, an alle diejenigen, die sowieso schon mitmachen, dass wir zusammenstehen. Es ist überschaubar, es ist Licht am Ende des Tunnels, und wir müssen diese Hürde gemeinsam nehmen.

Und zum Schluss will ich all denjenigen danken, die dafür sorgen, dass diese momentane Situation für die allermeisten Menschen trotzdem halbwegs erträglich ist. Das sind in erster Linie alle Menschen, die in unserem Gesundheitssystem arbeiten und dafür sorgen, dass Krankheitsverläufe eine gute medizinische Betreuung erhalten. Und es sind all diejenigen Angestellten in den Supermärkten, seien es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Logistik, im Transport, bei den Paketzustellerinnen und Paketzustellern, aber auch insbesondere bei den Belastungen, die die Polizei hier bei uns zu tragen hat. Es sind zahlreiche ehrenamtlich Engagierte. Und all diesen Menschen möchte ich sagen, dass wir, möchten wir irgendwann dann sagen, die Corona-Pandemie hat uns allen schwer zugesetzt, umgeworfen hat sie uns nicht. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Fraktionsvorsitzender, zu Ihrem Wortbeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Förster!

Horst Förster, AfD: Vielen Dank!

Herr Waldmüller, ganz kurz: Ich finde es eigentlich traurig, dass Sie eingangs mit Beschimpfungen angefangen haben, denn es waren Beschimpfungen, Unterstellungen: „antidemokratisch“, „Leugner“. Das haben Sie doch eigentlich gar nicht nötig. Dann ist der Punkt „symptomfrei“. Da ist vielleicht etwas richtigzustellen. Ich habe Sie so verstanden sinngemäß, dass also die symptomfreie Geschichte nur oder jedenfalls überwiegend im Privatbereich stattfindet. Das ist nicht so. Wenn ich richtig informiert bin, dann glaube ich, bis zu 80 Prozent Infektionen verlaufen symptomfrei. Wir haben also ein riesiges Hintergrundgeschehen, das auf allen Ebenen überall stattfindet. Das macht es ja auch schwer, das so auszumachen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wie wir ausgeführt haben. Dann haben Sie, glaube ich, am Schluss sinngemäß gesagt, dass die alle hier, die zusammenstehen, als Demokraten eingeordnet. Sicherlich sind das keine Udemokraten. Aber was Sie damit subtil doch aussprechen wollten, ist, die, die an den Maßnahmen zweifeln, die das kritisieren, das sind für Sie Udemokraten.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sehen Sie, das ist genau etwas anderes als demokratischer, fairer Diskurs, denn ich würde mir nicht anmaßen, diejenigen, auch die, die hier vielleicht unvernünftige Argumente haben, deshalb als Antidemokraten zu bezeichnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dann ist ein entscheidender Punkt, wo Sie wirklich irren und wo man nicht verschiedener Meinung sein kann, Sie haben von den Strategien gesprochen, nämlich eine Strategie zwischen zwei Welten, einmal total oder eben angemessen, was noch geht. Da liegen Sie völlig schief, denn was an Maßnahmen zulässig ist, bestimmt die Rechtsordnung. Und bei Eingriffen, Grundrechtseingriffen gibt es – das ist verfassungsmäßiger Grundsatz – ganz klare Regeln, die müssen angemessen, verhältnismäßig sein. Da gibt es kein Rumdoktern, wir machen jetzt mal ganz dicht, weil das ja vielleicht schneller geht. Nein, erlaubt ist immer nur das, was notwendig ist und angemessen ist und verhältnismäßig ist. Da gibt es also rechtlich keinen Spielraum.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster, Ihre zwei Minuten sind dann auch vorbei.

Horst Förster, AfD: Da liegen Sie also völlig daneben. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie antworten Herr Waldmüller?

Wolfgang Waldmüller, CDU: Ganz kurz.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Wolfgang Waldmüller, CDU: Wenn Sie von der Strategie reden, die Sie gerade zum Schluss angesprochen haben, dann müssen Sie mir zuhören. Ich habe gesagt, dass es bei dem Suchen nach dem besten Weg gibt von den einen, die sagen, total, und die anderen, die sagen, die maximale Erweiterung. Ich habe nie davon gesprochen, dass die Verordnungen oder die Vereinbarungen oder die Beschlüsse nicht dem rechtsstaatlichen Prinzip in der Verfassung oder Sonstigem nicht entsprechen müssen. Ich habe auch von Angemessenheit gesprochen. Aber dennoch gibt es einen Abdeckungsraum, einen Spielraum, und diesen Spielraum habe ich damit aufgezeigt.

Beim Zweiten, bei den Antidemokraten, ja, das ist das Gleiche, wie ich eingangs ja gesagt habe. Verändern Sie doch mal Ihr Verhalten einfach, indem Sie Ihre Meinung nicht als Meinungsfreiheit titulieren, sondern als die einzig richtige, um eben die anderen politischen Meinungen zu diskreditieren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie sind doch von Ihrer Meinung
auch überzeugt, Herr Waldmüller!)

Das ist doch der Hintergrund Ihres ganzen Tuns.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und machen Sie doch irgendwann einmal konkrete Vorschläge, entwerfen Sie doch selbst irgendwo mal einen Plan! Sagen Sie doch mal genau,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Haben wir gemacht hier, 15 Minuten lang!)

wie Sie sich das genau vorstellen, bevor Sie da permanent hinterher das kritisieren, was wir vor einem halben Jahr, einem Vierteljahr, letzten Monat entschieden haben!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und die Corona-Infektion, die symptomlos ist, da bestätigen Sie eigentlich nur das, was ich gesagt habe. Wenn Sie sogar noch von einem höheren Anteil sprechen, umso wichtiger, umso mehr bestätigen Sie ja,

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

dass wir die Kontakte beschränken müssen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplín.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Jahr ist noch jung, das haben mehrere festgestellt, und auch wir seitens der LINKEN möchten Ihnen und uns beste Gesundheit wünschen. Wir wünschen Ihnen und uns persönliches Wohlergehen. Wir wünschen uns mehr politischen Erfolg als Ihnen.

(Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und wir wünschen nicht nur, wir erwarten, so, wie es Herr Waldmüller vorhin sagte,

(Minister Harry Glawe:
Bis Ostern! Bis Ostern!)

dass wir auf Fakten basierend darum ringen, den bestmöglichen Weg zu finden, um aus dieser ganz, ganz schwierigen Lage für die Menschen in diesem Land und global für alle Menschen herauszukommen. Das ist so ungeheuer wichtig, weil wir, davon sind wir überzeugt, an einem ganz sensiblen Punkt im Umgang und letztlich in der Bewältigung mit der Corona-Pandemie sind.

Warum ist der so besonders sensibel? Es ist faktisch so wie ein Kipppunkt. Einerseits, das ist hier mehrfach betont worden, gibt es den Hoffnungsstrahl, die Hoffnung, die sich verbindet mit den Impfstoffen. Zwei sind jetzt zugelassen, weitere Zulassungen werden erwartet. Und wir hoffen, bangen aber auch. Mit Zuversicht schauen wir auf die Zahlen derjenigen, die geimpft werden, und natürlich auch die Erfahrungen, die damit gemacht werden. Und andererseits sind wir uns, denke ich mal, bewusst oder müssen uns bewusst machen, vor welchen Gefahren wir stehen. Das zeigt die Zahl der Neuinfektionen, die Dynamik, die Inzidenzen und der Umstand – Frau Ministerpräsidentin hat es gesagt –, dass wir mit Mutationen zu kämpfen haben, die entdeckt wurden und die eben große Gefahren mit sich bringen.

Und wie Sie führen wir eine ganze Reihe Gespräche, auch mit denjenigen, die sich aufopferungsvoll um die Gesundheit der Mitmenschen kümmern, zum Beispiel mit Schwestern, Personal aus Noteinrichtungen. Die sagen, die Situation ist schwieriger und dramatischer, als manche es annehmen. Und sie sagen, wir sind nur wenige Wochen von einer Triage entfernt, aber, aber – und das ist das Besondere – wir haben es in der Hand. Wir haben es in der Hand, die abzuwenden!

Und dem sozusagen untergeordnet ist letztendlich dieser Antrag, der hier in Rede steht. Die Regierungserklärung dazu haben wir gehört. Der Antrag, den die Fraktionen vorgelegt haben, zeigt, zu welchen Auffassungen wir gekommen sind, welche Positionen damit verbunden sind, zeigt auch, welche Maßnahmen notwendig sind. Das ist auch ganz wichtig, dass wir im politischen Diskurs zu den Maßnahmen kommen und dass wir uns davor hüten, Herr Förster, davor hüten, Mythen zu entwickeln. Sie haben ja selber gesagt, dass es eine Vermutung ist, wenn Sie feststellen, dass in Rostock die Zahlen geringer sind, weil vermutlich dort weniger getestet worden wäre.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Uns ist natürlich auch die Unterschiedlichkeit der Zahlen aufgefallen. Wir haben unseren Sozialsenator Steffen

Bockhahn gefragt und haben gesagt, also kannst du uns das mal erklären. Und er sagt, unser Gesundheitsamt ist nicht überlastet gewesen, hat also testen können. Und wir haben in Rostock nicht weniger getestet als an anderen Orten.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

Es liegt an anderen Gründen, nicht daran, die Sie jetzt zu entwickeln suchten. Das wollen wir ganz gerne klarstellen an dieser Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Für uns, sehr geehrte Damen und Herren, seitens der LINKEN ist es eine Selbstverständlichkeit gewesen, hier Miteinreicherin dieses Antrags zu sein, denn es muss mit aller Konsequenz darum gerungen werden, dass wir die Zahl der Neuinfektionen verringern. Und der Antrag betrachtet ja mit Blick auf die vergangenen Feiertage und den Jahreswechsel den Hintergrund des Ganzen und bestätigt im Wesentlichen die Ergebnisse der Beratungen der Kanzlerinrunde. Und er verweist auch – das ist uns wichtig –, es handelt sich bei dem, was wir hier entscheiden, die Einschränkungen, immer um eine Abwägung zwischen den Grundrechten, zwischen sozialen Aspekten und wirtschaftlichen Erfordernissen. Und es macht deutlich, dass und wie wir von den besagten Ergebnissen der Kanzlerinrunde abweichen wollen beziehungsweise, Herr Förster, unsere konkrete Verantwortung hier wahrnehmen wollen.

Und die Punkte 4 und 6 dieses Antrages sind uns dabei besonders wichtig. Frau Ministerpräsidentin hat darauf Bezug genommen, auf die 1-Personen-Regelung. Und Sie haben ja in Aussicht gestellt, wenn dieser Beschluss gefasst ist, davon ist ja auszugehen, dass Sie in der Runde morgen darüber reden, wie kann man das umsetzen. Das ist uns deshalb so sehr wichtig, weil bei allen Maßnahmen: Familien sind zu schützen und die Maßgaben, die wir beauftragen, müssen gerechtfertigt sein, auch unter sozialen Aspekten. Und die Frage, was geschieht mit Familien, wo in Scheidungsfamilien Kinder in den Haushalten sind, ist ein solcher sozialer, aber vor allen Dingen auch moralischer Aspekt.

Heute früh habe ich telefoniert mit einer guten Freundin. Ich darf das Beispiel nennen. Sie ist wieder verheiratet. Im Haushalt leben Zwillinge, die sind heranwachsend, und es gibt die Regelung, an einem Wochenende, also die Kinder wohnen bei ihnen im Haushalt und jedes zweite Wochenende können die Kinder zu ihrem Vater, zum leiblichen Vater. Und nach der Regelung, so, wie sie ursprünglich jetzt aufgesetzt war, können sie das nicht. Sie haben gestern Abend mit ihrem leiblichen Vater telefoniert und meine Freundin sagte mir, die Kinder waren danach fix und fertig, weil sie möchten selber nicht krank werden, sie möchten andere auch nicht anstecken, aber sie möchten auch zu ihrem leiblichen Vater. Und wer von den Zwillingen darf und wer nicht? Also wie damit umgehen? Es lässt sich eine Regelung finden, davon sind wir überzeugt, deswegen hier auch der Prüfauftrag.

Und der zweite Aspekt: Der Punkt 6 beleuchtet ja noch mal das gemeinschaftliche Handeln von Wirtschaft, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Politik, um nach Regelungen zu suchen. Das halten wir für ungeheuer wichtig. Wir brauchen eine Corona-Strategie für dieses Land im Umgang jetzt und den von uns angestrebten

Ausstieg. Was es braucht insgesamt, sind Verantwortungsbewusstsein und Solidarität in dieser Gesellschaft, Verantwortungsbewusstsein eines jeden Einzelnen für sich, seinen nächsten Angehörigen, aber auch für die Gesellschaft. Und es braucht gesellschaftliche Solidarität.

Und weil wir die Infektionsketten bezwingen und brechen müssen und weil wir die lokalen Herde, von denen heute geredet wurde, unter anderem jetzt die noch bedrohlichere Situation als andernorts in der Mecklenburgischen Seenplatte, geht es darum, diese Hotspots einzugrenzen und sie quasi auszutrocknen. Und es braucht deshalb einen energischen Lockdown. Dafür sprechen wir uns aus. Der muss zugleich, das sind zwei Seiten einer Medaille, muss ein solidarischer Lockdown sein. In einem solchen solidarischen Lockdown stellen wir selbst unter Beweis, was es bedeutet, wenn wir sagen, dass wir in einem Sozialstaat leben, wie stark und tragfähig sie sind, die Grundpfeiler der Demokratie, und wie robust und leistungsfähig die soziale Marktwirtschaft mit ihren zwei Seiten, dem wettbewerblichen Markt und der sozialen Sicherung ist.

Wir wissen darum, dass dieser Tage wie hier in dieser Rede, in meiner Rede hier von Solidarität geredet wird, die oft beschworen wird. Häufig wird dabei von einer Solidarität gesprochen, die immer so auf den Einzelnen abzielt, sein eigenes Verhalten solidarisch zu gestalten, und in diesem Zusammenhang auch an das Verhalten des Einzelnen appelliert. Das ist uns seitens der Linksfraktion schon ein wichtiger Aspekt, aber dabei stehen zu bleiben, wäre zu kurz gesprungen. Die Mehrheit der Menschen verhält sich nämlich verantwortungsvoll, oft solidarisch und rücksichtsvoll. Und wir danken allen, die das tun, die an sich und andere denken, die vor allen Dingen für andere auch da sind, für deren Gesundheit, die sich tagtäglich aufreiben und auch ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen, und das durch alle Berufsgruppen. Hier zu danken, will ich auf alle Fälle auch betonen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

und an dieser Stelle auch Ihnen. Das machen wir nicht allzu oft. Wir setzten uns gern und häufig kritisch mit Ihrer Arbeit auseinander, Frau Ministerpräsidentin, aber an der Stelle auch ein Dankeschön. Wir erleben es ja selbst, wie Sie sich Tag und auch Nacht aufreiben, um in Ihrer Verantwortung das Notwendige zu tun, um die Gesundheit der Bevölkerung zu sichern. Dafür herzlichen Dank an dieser Stelle!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, gleichzeitig, neben all dem, was wir wissen, dass sich viele solidarisch verhalten, wissen wir um die enormen sozialen Folgen der Einkommensverluste, die bei vielen eben auch zu Einschränkungen, Unsicherheiten führen und vor allem für diejenigen von großer Tragweite sind, die über geringe Ressourcen verfügen. Wir meinen, dass es neben dem persönlichen Solidarverhalten ebenso wichtig ist, dass die Regierungen auf Bundes- und Landesebene auf Grundlage von Parlamentsentscheidungen Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Solidarität schaffen. Der Staat ist nicht nur verpflichtet, einer Bevölkerung zu helfen, die sich zum Schutz vor dem Corona-Virus auf zahl-

reiche und extreme Einschränkungen eingelassen hat, sondern die betroffenen Menschen haben ein Recht auf Hilfe. Niemand darf durch den Lockdown in den existenziellen Abgrund geraten.

Die Hilfen der Bundesregierung sind – das zeigen uns Informationen, die wir bekommen, wenn wir fragen, wie ist es denn mit der Auszahlung der Novemberhilfen, Dezemberhilfen, wie ist es mit den Abschlägen, wie funktioniert das –, es ist gesagt worden, 348 Millionen sind im vergangenen Jahr ausgezahlt worden. Wir erfahren aber auch, dass es an vielen Stellen schleppend verläuft und es nicht so funktioniert, wie es notwendig ist. Ich erinnere schon an die frühzeitigen Lageeinschätzungen des Wirtschaftsstaatssekretärs Rudolph vor dem Wirtschaftsausschuss, aber auch an anderen Stellen. Soziale Garantien und staatliche Vorleistungen sind jetzt dringend notwendig. Der Schlüssel dafür liegt bei der Bundesregierung, nicht so sehr bei den Ländern und Kommunen, die vielfach weder die Rechtssetzungskompetenz noch die Mittel dafür haben.

Bereits jetzt, mitten in der Pandemie, lassen sich aber erste Lehren aus der Situation erkennen. Eine zentrale Lehre ist, sich bewusst zu machen, wie wichtig die Stärkung des Öffentlichen ist, wie wichtig ein starkes Gesundheitswesen und der öffentliche Gesundheitsdienst sind. Dazu gehört, sich bewusst zu machen, dass ohne starke und moderne staatliche Infrastruktur auch wirtschaftspolitisch kaum Innovationen möglich sind. Zu solchen Innovationen gehört die Entwicklung von Impfstoffen. Impfstoffe werden ja üblicherweise in einem über mehrere Phasen laufenden Prozess im Verlauf von mehreren Jahren entwickelt. Und es ist eine großartige Leistung von Forscherinnen und Forschern, von all denjenigen, die dazu beigetragen haben, dass wir jetzt über die ersten Impfstoffe verfügen. Das ist nicht hoch genug zu wertschätzen.

Dass dies möglich ist, dass wir diese Impfstoffe haben, hat im hohen Maße etwas damit zu tun, dass es öffentliche Hilfen gegeben hat. Es ist nicht zu unterschätzen die Leistung, die die öffentliche Hand erbracht hat. Allein in Deutschland waren es nach unser Kenntnis 750 Millionen Euro, die zumindest an drei Impfstoff entwickelnde Firmen ausgereicht wurden. Und es gibt aus diesem Grund und mehr noch aus ethischen Gründen gute Argumente, die jeweiligen Impfstoffpatente als immaterielles Welterbe zu betrachten und über Lizenzen und fachliche Auflagen – es ist ja klar, dass nicht jeder einen Impfstoff produzieren kann, der es für notwendig hält, das muss mit klaren fachlichen Kriterien einhergehen – eben dafür zu sorgen, dass überall auf der Welt Impfungen ermöglicht werden. Das ist uns wichtig. Nicht nur, dass wir auf unsere Situation schauen, sondern dass wir die globale Dimension der Herausforderung immer im Blick haben.

So sehr wir uns freuen können, dass es nunmehr die ersehnte Impfmöglichkeit gibt, so sehr beklagen wir, dass es nicht genug Impfstoff gibt und es ihn schneller geben muss. Das tun wir auch als Linksfraktion. Wir reihen uns aber nicht ein in die Schar der – das ist ja verblüffend – Tausenden und Abertausenden „Impfexperten“, die plötzlich aller Orten auftauchen und die nun, Welch Wunder, genau wissen, wie man im vergangenen Sommer hätte handeln müssen, verhandeln müssen und bestellen müssen. Im Nachgang irgendetwas zu beurteilen, ist immer ziemlich einfach, wohlgermerkt zu einem Zeitpunkt,

ja, Sommer, Herbst vergangenen Jahres, zu dem noch nicht einmal klar war, ob es gelingt, die Impfstoffe an den Start zu bringen. Es war richtig aus unserer Sicht, dass Deutschland im Geleitzug der Europäischen Union mitgezogen ist. Hätten wir das nicht gemacht, hätten wir uns nicht anders verhalten als der, den wir hier heute auch schon kritisiert haben, als Donald Trump mit seiner unsäglichen Parole „America first“. Dann hätten wir gesagt, die Deutschen zuerst und dann sollen die anderen. Nein, es ist ganz wichtig, dass man sich an dieser Stelle auch solidarisch verhält.

Sehr geehrte Damen und Herren, fakt ist, Mecklenburg-Vorpommern hat mit 7,1 Impfungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner – das ist Stand 4. Januar – die höchste Impfquote. Das ist gut. Und unser Anspruch muss schon darin bestehen, zügig die für den Schutz der Gesamtbevölkerung erforderliche Impfquote von 60 bis 70 Prozent zu erreichen. Die Situation, die wir feststellen, wenn wir das jetzt hier würdigen auch aus Sicht der Linksfraktion, ist aber, das müssen wir wissen, nur eine Momentaufnahme. Es gilt, da dranzubleiben und letztendlich auch dafür zu werben, dass Menschen sich impfen lassen.

Was wenig hilfreich ist, ist, falsche Hoffnungen zu wecken, das hat es auch gegeben, also wenn Fachleute und Politiker, sagen wir mal, Herr Reisinger sagt und Herr Glawe kam damit auch um die Ecke, wir werden in wenigen Monaten die Durchimpfung haben oder die Problemlösung haben. Wir können das gut nachvollziehen, auch Sie hängen sich ja, Herr Glawe, da sehr rein. Aber es ist nicht hilfreich, wenn da falsche Hoffnungen geweckt werden. Das wird uns das ganze Jahr, jemand hat das hier heute auch schon gesagt, beschäftigen.

(Minister Harry Glawe: Ich habe Ihnen den Impfbeginn genau vorausgesagt. Da haben Sie auch gesagt, das wird nichts, und es ist was geworden.)

Es ist notwendig, dass wir da keine falschen Hoffnungen wecken.

(Minister Harry Glawe: Jaja, Herr Koplín!)

Auch hier gilt es, besonnen zu handeln und seriös zu bleiben. Zur Seriosität gehört, in Verantwortung stehen, kurzfristig und langfristige Maßnahmen zu ergreifen. Dabei gilt es, Bundes- und Landesebene zu unterscheiden.

(Minister Harry Glawe: Ich habe Ihnen gesagt, kurz nach Weihnachten beginnt das Impfen, und das hat stattgefunden.)

Von der Bundesregierung verlangen wir kurzfristig erstens die reibungslose ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Koplín!

Herr Glawe, ich weiß, Sie sind angesprochen worden. Ich habe Ihnen eine gewisse Freiheit gegeben, aber jetzt muss ich Sie doch darauf hinweisen, dass es von der Regierungsbank keine Kommentare zu geben hat. Sie wissen, von wo aus Sie kommentieren können.

Jetzt können Sie fortfahren Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Danke schön Frau Präsidentin!

Also was wir von der Bundesregierung und der Bundesebene kurzfristig erwarten, ist die reibungslose Zurverfügungstellung von Impfstoffen.

Zweitens verlangen wir die unverzügliche und vollumfängliche Gewährung der Wirtschaftshilfen. Ich sprach davon, dass einige nur schleppend ankommen, und das ist unakzeptabel, wenn wir zur Kenntnis nehmen würden, ja, der Lufthansa, der TUI wird mit Milliarden und unverzüglich geholfen und viele Tausende andere sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Wir müssen beidermaßen diejenigen im Blick haben. Es muss ein Sonderprogramm geben zur Unterstützung des Einzelhandels. Das macht uns große Sorgen. Der lokale Einzelhandel braucht Stärkung und Förderung. Wir müssen vermeiden, dass es ein Innenstadsterben gibt, und müssen diesbezüglich ebenfalls rasch handeln.

Drittens. Wir verlangen Corona-Zuschläge auf Sozialleistungen, eine generelle Erhöhung der Hartz-IV-Sätze und eine Verlängerung der ALG-I-Bezugszeiten.

Wir wollen viertens einen generellen und vollständigen Ersatz des Verdienstauffalls für Eltern, wenn ihre Kinder nicht in die Schule oder in den Kindergarten gehen können. Die nun vorgesehene Regelung von zehn Tagen Kinderkrankengeld beziehungsweise 20 Tage für Alleinerziehende ist zwar vorteilhaft, aber wirklich gut ist sie noch nicht. Besser schon ist die Forderung des DGB, diese Regelung bis zum 31. März zu verlängern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Kinderkrankengeld, sehr geehrte Damen und Herren, ersetzt in den meisten Fällen nur bis zu 90 Prozent des Nettoverdienstes. Der vollständige Ersatz des Nettoverdienstauffalls wäre tatsächlich sozial gerecht.

Fünftens. Wir verlangen eine Nachbesserung des Krankenhauszukunftsgesetzes.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Über dieses sollte das Krankenhauspersonal Corona-Hilfen in Höhe von 1.500 Euro je Pflegekraft erhalten. Tatsächlich ist, wie jüngst der Geschäftsführer der Landeskrankenhausesgesellschaft, Herr Borchmann, mitteilte, an kein Krankenhaus hierzulande Geld geflossen. Dies allein, weil die Auszahlungskriterien so gestrickt wurden, dass niemand die Prämie erhalten konnte. Die Basis waren Inzidenzwerte im sehr hohen – für damalige Verhältnisse –, hohen Bereich im Mai vergangenen Jahres. Das erinnert so ein bisschen und traurigerweise an die Fabel vom Fuchs und den Trauben. Man könnte lachen, wenn es nicht so ernst wäre. Zu klatschen, besonders laut zu klatschen und dann die Hände in den Schoß legen, das ist nicht unsere Sache und das darf auch nicht sein.

Apropos Prämie: In der Altenpflege wurde sie gezahlt, in der Behindertenhilfe nicht. Auch das lässt eher auf Symbolpolitik der Bundesregierung schließen. Uns werden, da brauchen wir uns nichts vorzumachen, Viren und Virenepidemien auch in Zukunft Sorgen bereiten. Auch wenn es hoffentlich rasch zur Bezwingung der Coronapandemie kommt, aber Viren werden in unserem Leben

eine Rolle spielen und wir müssen damit umgehen und die Bevölkerung davor schützen. Und deswegen ist es so wichtig, dass wir Pflegekräfte haben in den Krankenhäusern, in den Altenheimen, in der Behindertenhilfe. Deshalb brauchen wir jetzt ein attraktives Einstellungs- und Rückholprogramm für mehr Personal in Krankenhäusern, in der Pflege und der Behindertenhilfe mit höheren Löhnen und einer langfristigen Beschäftigungsgarantie.

Sechstens. Wir wollen ein schnelles Überbrückungsgeld für Kulturschaffende, welches nicht nur die Betriebskosten, sondern auch die Lebenshaltungskosten bezuschusst. Das ist eine bundesweite Aufgabe. Dass das Land das Stipendium für Kulturschaffende verlängert, ist gut. Aber wir haben bereits darauf hingewiesen – ich erinnere an die Wortmeldung dazu von meiner Kollegin Eva Kröger –, dass einmalig 2.000 Euro für gleich mehrere Monate nicht reichen. Benötigt wird aus unserer Sicht eine Pauschale von monatlich mindestens 1.200 Euro. Die Pandemie, da sind wir fest von überzeugt, muss doch auch als Chance – jedes Problem birgt auch Chancen in sich –, als Chance gesehen werden

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

zu erkennen, dass es ein monatliches Grundeinkommen geben muss, das vor Armut schützt, das vor sozialen Abstürzen,

(Egbert Liskow, CDU: Sagen Sie doch mal, wer zahlen soll!)

vor Existenzsorgen ...

Wer das zahlt, dazu werde ich auch ganz gerne noch etwas sagen.

Aber die Pandemie muss für uns auch der Moment sein, wo wir sagen, welche –

(Egbert Liskow, CDU:
Geld spielt keine Rolle!)

nein –, welche Rolle spielt Kultur in dieser Gesellschaft. Kultur ist ein Lebensmittel, das muss uns bewusst sein. Das ist ein Stellenwert der Kultur und derjenigen, die Kultur schaffen, die als Kreative unterwegs sind und dafür sorgen, dass diese Gesellschaft zusammenhält, dass wir besonders schöne Momente erleben, ja, viel lernen dabei, die Bildungskomponente. Das ist so ungeheuer wichtig.

Mit dieser Forderung an den Bund bin ich an einem Punkt, wo es um Grundsätzliches geht. Die prekäre Situation der Kulturschaffenden hat zu einer gesellschaftlichen Diskussion über Existenzsicherung geführt. Der Hamburger Sozialsenator schlug eine Arbeitsversicherung für Kulturschaffende vor. Wir als Linksfraktion meinen, dass es höchste Zeit ist für ernsthafte Anstrengungen, ein existenzsicherndes Grundeinkommen zu gewähren. Das leitet sich aus den Grundrechten des Grundgesetzes ab. Und wie zeitgemäß es ist, hier etwas vor Armut und Existenzgefahr Schützendes auf den Weg zu bringen, wird uns tagtäglich vor Augen geführt.

Ein zweiter grundsätzlicher Gedanke, und da bin ich gern bei Ihnen, Herr Liskow:

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir wissen alle, dass diese dreifache Herausforderung, vor der wir stehen, erstens den demokratischen Wandel zu bewältigen, zweitens die Digitalisierung der Lebenswelt zu gestalten und drittens dann die Folgen der Corona-Pandemie – über die Summen haben wir noch vor Ende vergangenen Jahres gesprochen –, die Folgen der Corona-Pandemie zu schultern, und das wird nie und nimmer, das wissen Sie und das wissen wir, das wird nie und nimmer allein zu finanzieren sein aus dem hoffentlich rasch einsetzenden Wirtschaftswachstum.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb brauchen wir zwingend, jetzt wiederhole ich das, was wir an anderer Stelle schon mehrfach gesagt haben, meine Kollegin Jeannine Rösler in ihren Reden und Pressemitteilungen, brauchen wir zwingend eine Vermögensabgabe

(Zurufe vonseiten
der Fraktion der CDU: Oooh!)

der Superreichen in dieser Gesellschaft, die nicht ...

Das sind etwa 0,1 Prozent. Das sind Einkommensmillionäre und Vermögensmilliardäre,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber die gehen doch dann
weg aus Deutschland!)

etwas über 80.000 Menschen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber die gehen doch dann
aus Deutschland weg!)

Und nicht selten sind es diejenigen, die an dem Sparkurs und an der Entwicklung einer Umverteilung von unten nach oben sehr gut verdient haben.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber die ziehen dann doch einfach um!)

Von ihnen jetzt etwas zurückzuverlangen, ist doch nur recht und billig. Und insofern ist diese Vermögensabgabe aus unserer Sicht zwingend erforderlich, und wir verstehen überhaupt nicht, warum Sie sich davor drücken, diese geringe Zahl schwerreicher Leute zur Solidarität zu zwingen, wenn sie nicht selbst bereit sind, das zu tun.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber die engagieren sich doch
fast alle in der Gesellschaft! –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Einige sind es, ja. Einige sind es, ja, und würden es. Also schaffen wir doch die Regelung!

Zweitens ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Machen doch viele freiwillig sowieso!)

Durch Gesetzgebung, das ist ja der Wille des Parlaments, oder auch nicht. Sie offensichtlich nicht. Damit zeigen Sie ja, wessen Interessen Sie vertreten. Das ist ja schön, dass wir darüber reden können.

Und zweitens. Wir sind für eine gerechte Besteuerung der großen Internetkonzerne.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist okay, da gehen wir doch mit.)

Ich hatte vorhin darüber gesprochen, welche Gefahren damit verbunden sind, dass unsere Innenstädte aussterben. Wie sehr schlecht es vielen lokalen Einzelhändlern geht, das kann uns doch nicht kaltlassen. Und an anderer Stelle, ich meine, es gibt – Olaf Scholz hat sich dazu geäußert, andere auch –,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

es gibt schon Bestrebungen, aber wir haben keine gerechte Besteuerung der global agierenden Internetkonzerne. Da müssen wir ran, sonst werden wir das nicht schultern können, was ich vorhin genannt habe.

Und drittens. Wir brauchen, das stellen wir hier auch erneut zur Diskussion, wir brauchen eine Diskussion darüber, welchen Sinn oder welchen Unsinn es mit der Schuldenbremse auf sich hat. Wir sind dem Ministerpräsidenten Weil aus Niedersachsen sehr dankbar, dass er das angestoßen hat und gesagt hat, die Schuldenbremse muss zumindest weiterentwickelt werden,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

weil nach der Überwindung der Corona-Pandemie und den dann kommenden finanziellen Folgen können wir, Herr Liskow, die Investitionsleistungen nicht schultern. Wir als LINKE sagen, die gehört abgeschafft, nicht, weil wir, koste es, was es wolle, Geld rauswerfen wollen, sondern weil Investitionen zum Beispiel auch immer Werte verkörpern. Und dieser Vorstoß von Ministerpräsident Weil ist aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt im gesellschaftlichen Diskurs, wie mit der Schuldenbremse denn weiter verfahren werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir schauen nicht allein in Richtung des Bundes. Wir selbst müssen unserer Verantwortung gerecht werden und die Landesregierung mit den erforderlichen Aufgaben betrauen.

Erstens. Die Impfstrategie muss aus unserer Sicht überarbeitet werden. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben ja vorhin argumentiert. Wir haben da eine andere Auffassung. Das heißt, nicht alles umzustoßen, aber wir sagen, wenn es Lockerungen gibt in einzelnen Bereichen, dann muss auch da besonders geschützt werden. Deswegen gibt es gute Gründe, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer nicht wie vorgesehen in der Impfpriorisierung zu behandeln, sondern das vorzuziehen.

(Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:
Vor wem? Vor wem?)

Die Impfstrategie ist ja nicht in Stein gemeißelt.

(Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:
Vor wem? Sie müssen sagen,
wen wir zurückstellen!)

Sie sagen, Sie orientieren sich an den RKI-Empfehlungen. Das ist unbenommen, das soll auch weiterhin so sein, aber unsere Meinung in dieser Hinsicht haben wir zumindest gesagt.

Zweitens. Es gilt, heute an morgen zu denken. So verständlich all die Ad-hoc-Reaktionen sind, wir brauchen dringend eine Pandemiestrategie. Mit unserem Antrag heute gehen wir diesen Weg. Ausgangspunkt kann aus unserer Sicht hierfür der 6-Phasen-Plan der Landesregierung aus dem Frühjahr 2020 sein.

Wir verlangen, drittens, von der Landesregierung, dass sie sich beim Bund starkmacht, dass Kindern auch im Lockdown Bundesmittel für Essen zur Verfügung gestellt werden. Im Moment wird sich hinter angeblichen Regelungen des SGB II versteckt. Tatsächlich kann man die Mittel umwidmen, wenn es politisch gewollt ist. Das Land Schleswig-Holstein macht es uns vor. Im Übrigen, gerade in diesen Zeiten gilt es eben, die Situation von Familien besonders in den Blick zu nehmen. Und deswegen, meine Kollegin Jacqueline Bernhardt hat ja schon mehrfach darüber gesprochen, dass wir uns dafür aussprechen, einen Kinder- und Familiengipfel einzuberufen, da fordern wir Sie zu auf, Frau Ministerpräsidentin.

Viertens. Während es viele Einschränkungen im Privatbereich gibt, treffen sich täglich Hunderttausende Menschen in der Erwerbsarbeit. Wir verlangen, dass auch für diesen Bereich Hygieneregeln weiterentwickelt werden beziehungsweise neu definiert werden und diese Hygienemaßnahmen selbstverständlich auch gefördert werden.

Fünftens. Eine jeder Zeit erreichbare, flächendeckende Telefon- und E-Mail-Seelsorge auszuweiten, ist uns wichtig, um insbesondere Alleinlebende, Menschen mit Behinderungen, psychischen und chronischen Erkrankungen sowie Seniorinnen und Senioren bei Fragen zur Bewältigung des Alltags in der Corona-Pandemie zu unterstützen und einer sozialen Isolation entgegenzuwirken.

Sechstens. Wir erwarten mit Nachdruck, dass die Landesregierung die Zusagen zur Unterstützung des Kinder- und Jugendtourismus einhält und im Wege eines Investitionsprogramms die Einrichtungen vor dem endgültigen Aus bewahrt.

Siebtens fordern wir einen zweiten ÖPNV-Rettungsschirm. Die Präsenzpflicht ist zwar aufgehoben, aber der Schülerverkehr erfolgt wie gewohnt. Durch die Schließungen, fehlende Touristen, Kurzarbeit und auch Arbeitslosigkeit nutzen weniger Menschen Bahn und Bus. Die Kosten bleiben, die Einbrüche bei den Fahrgastzahlen und die Einnahmeverluste sind hoch. Der ÖPNV-Rettungsschirm ist also weiterhin zu spannen. Wir brauchen einen Verlustausgleich, nicht nur, sondern wir brauchen wieder Vertrauen in die Nutzung des Nahverkehrs. Das, was notwendig ist, sollte dann auch weiterhin gelten.

Achtens und Letztens, ein letzter Punkt: Die Bekämpfung und die notwendigen Hilfen, nein, die Bedeutung und die Notwendigkeit von Hilfen für den Tourismus ist unumstritten. Alle Hilfen richten sich aber auf die gewerbliche Vermietung aus. Diese Hilfen sind aus unserer Sicht also lückenhaft, denn sie berücksichtigen nicht diejenigen, die vermieten im nicht gewerblichen Bereich. Das sind nicht wenige, das sind 38.000 Betten mit fünf Millionen Übernachtungen hierzulande. Schleswig-Holstein ist auch hier Vorreiter, die haben mit dem Bund verhandelt, und zwar so verhandelt, dass die Hilfen auch für nicht gewerbliche Vermieter gelten. Das sollten wir ebenfalls machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Antrag belegt, dass die Linksfraktion ein breites Einverständnis mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat. An zahlreichen Stellen sind wir mit dem Handeln der Bundesregierung und der Landesregierung noch unzufrieden, deshalb auch unsere Forderungen. Es hat sich aber, das will ich betonen, bewährt, dass der Landtag einbezogen wird und auf Entscheidungen Einfluss nimmt. So soll es auch weiterhin sein. Das ist gut für die Demokratie in diesem Land und vor allen Dingen gut für die Menschen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter!

Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Ministerpräsidentin, Herr Waldmüller, anstatt jetzt hier die gestrigen Ereignisse in Washington, von denen wir ja noch gar nicht so genau wissen, was da konkret eigentlich abgelaufen ist,

(Jochen Schulte, SPD:
Doch, vier Tote!)

für Ihr obligatorisches AfD-Bashing zu instrumentalisieren, hätten Sie mal lieber ein bisschen auf die Kritik an Ihrer eigenen Politik eingehen sollen, die ja inzwischen nicht nur von irgendwelchen Verschwörungstheoretikern oder Aluhutträgern, wie Sie solche Leute ja immer gern verunglimpfen, kommen, zum Beispiel auch von dem bayerischen Landsmann des Herrn Waldmüller, nämlich Heribert Prantl, der den aktuellen Maßnahmen eine brutale Fantasielosigkeit unterstellt hat. Und damit hat er ja auch recht.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

So ein Lockdown mag ja am Anfang der Pandemie ein probates Mittel gewesen sein, inzwischen ist aber schon ein Jahr fast vergangen und Sie taumeln hilflos und planlos durch diese Krise und Ihnen fällt immer noch nichts anderes ein als immer noch einen Lockdown und noch einen Lockdown oder, wie Herr Prantl es bezeichnet, ich zitiere: „ein Existenzvernichtungsprogramm ... für den Einzelhandel“.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Inzwischen haben Sie doch genug Zeit gehabt, sich Strategien und Konzepte zu überlegen, wie man die Pandemie bekämpfen kann, ohne gleich die halbe Wirtschaft in Schutt und Asche zu legen.

(Rainer Albrecht, SPD: Das ist nicht wahr!)

Selbstverständlich ist das wahr!

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht wahr!)

Da haben Sie genug Zeit gehabt.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Leider sehr wahr!)

Stattdessen verabreichen Sie den Bürgern eine Medizin, die ja nachweislich überhaupt nichts gebracht hat, der Lockdown hat doch überhaupt gar nichts gebracht, trotzdem kriegen die Bürger immer mehr von der falschen Medizin verabreicht.

Auch ein anderer Kritiker, der Wirtschaftsjournalist Olaf Gersemann, der hat den Regierenden nämlich vorgeworfen: „Das Nicht-Wissen diktiert Deutschlands härtesten Lockdown.“ Er redet davon, dass die aktuellen Beschlüsse den Geist totaler Verunsicherung atmen, weil nach den Feiertagen ja die Faktenlage noch überhaupt nicht so ist, dass man solche Maßnahmen, wie sie jetzt getroffen worden sind, überhaupt begründen kann. Selbst die Kanzlerin hat gesagt, eine klare Datenlage über die wirkliche Inzidenz ist erst ab 17. Januar zu gewinnen.

So lange haben Sie auch nicht gewartet. Stattdessen geben Sie den Bürgern die Schuld an Ihrem eigenen Versagen, indem Herr Waldmüller jetzt sagt, dass die Inzidenzzahlen noch so hoch sind, liegt daran, dass die Bürger sich nicht ausreichend an die Maßnahmen der Obrigkeit halten.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das habe ich so nicht gesagt.
Das habe ich so nicht gesagt.)

Das haben Sie gesagt. Damit spalten Sie die Gesellschaft.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Sie spalten die Gesellschaft und tun genau das Gegenteil von dem, was hier gefordert wurde, nämlich konterkarieren den Zusammenhalt der Menschen, und nichts anderes. – Danke!

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Mann, Mann, Mann!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Landsleute! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Im Grunde ist alles gesagt.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Wir haben unterschiedliche Positionen, das haben wir bereits mehrfach gehört, und ich möchte doch noch mal die Absurdität bestimmter Forderungen noch mal hervorheben.

Insbesondere treibt mich um, weil ich davon persönlich betroffen bin, diese Regelung, dass ein Hausstand und eine Person aus der Familie sich praktisch nur noch treffen dürfen. Ich hoffe, dass die Ministerpräsidentin diese Regelung kippt oder zumindest abändert dermaßen, dass man dort wieder vernünftige familiäre Zusammenkünfte machen kann. In meinem Fall wäre das so, dass also heute ich mit meinen Kindern und deren Kindern, oder meinen Enkelkindern, mich treffen darf und morgen meine Frau. Ansonsten leben wir aber zusammen. Das heißt also, epidemiologisch totaler Unsinn, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Genauso unsinnig sind diese 15-Kilometer-Regelungen, die selbst die Kanzlerin für Berlin inzwischen ja als nicht,

(Horst Förster, AfD: Relevant.)

nicht relevant angesehen hat. Das ist noch blödsinniger, weil nämlich gerade in den ländlichen Bereichen diese Kilometerzahl absolut unsinnig ist, weil die Menschen dort eben, wenn sie zum Einkaufen fahren, unter Umständen bereits 15 Kilometer fahren müssen. Also ich halte das wirklich für dermaßen unsinnig, was hier epidemiologisch sinnvoll sein soll, dass ich mich frage, wer überhaupt diese Berater der Bundesregierung oder der Kanzlerin sind. Aber es sind ja immer wieder dieselben.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Wir hören immer wieder dieselben Leute, die dort zusammensitzen, und es wird sich nicht wirklich kritisch mit den Kritikern dieser Politik auseinandergesetzt, mit den kritischen Fachleuten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, überdenken Sie Ihr Vorgehen! Der Schaden ist immens, den Sie hier anrichten. Also lassen Sie das und kommen Sie zu einer realistischen Einschätzung der Situation zurück! – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie einige meiner Kollegen auch, möchte ich einsteigen mit dem, was da in Amerika passiert ist. Ich bin zutiefst erschüttert, wie es sein kann, dass in einem demokratischen Land – und die USA werden ja oft als die älteste Demokratie der Welt bezeichnet –

(Dr. Ralph Weber, AfD: England!)

es sein kann, dass ein aufgehetzter Mob hier vor den Toren des Kapitols, des dortigen Parlamentes, steht und in dieses Parlament eindringt, zumal wir wissen, dass der Präsident der Vereinigten Staaten durch falsche Behauptungen, durch Fake News, die Menschen vorher aufgehetzt hat. Am Ende hat es Tote gegeben, und, meine Damen und Herren, das ist durch nichts zu entschuldigen, was dort passiert ist. Ich habe Interviews gestern Abend gehört von Menschen, die dort demonstriert haben, und einige – ich habe das mehrfach gehört – haben gesagt, wir holen uns unser Land zurück. Und, meine Damen und Herren, da sind mir Parallelen aufgefallen zu dem, was wir hier in Deutschland gesehen haben.

(Horst Förster, AfD: Ja. –
Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Und für mich ist die Frage: Was haben wir als Lehren aus diesen Vorgängen? Das Erste ist – und das haben wir hier öfter schon diskutiert –, was mein geschätzter Kollege und jetziger Innenminister, hier noch Fraktionsvorsitzender war, Torsten Renz, der hat das hier in einer Rede mal sehr schön ausgeführt, wie aus Worten Taten wer-

den. Das haben wir da gesehen in Amerika. Und ich würde uns allen raten, hier unsere Verantwortung wahrzunehmen und unsere Worte auch abzuwägen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zweite Erkenntnis ist: Fake News, so krude sie auch sein mögen, es gibt immer Menschen, die daran glauben, und es gibt Menschen, die damit loslaufen. Ob wir denen erzählen, oder ob da welche erzählen – so muss ich das ja sagen –, dass mit der Impfung ein Chip eingesetzt wird, oder ob da erzählt wird, dass es Corona gar nicht gibt oder dass Corona von alleine verschwindet, nur, weil die Zeit weitergeht – alles Fake News, alles Dinge, die aber die Gesellschaft beeinflussen. Und auch da müssen wir aufpassen, dass wir immer hier bei der Wahrheit bleiben und die Dinge auch wirklich auf den Punkt bringen.

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

Die dritte Lehre, meine Damen und Herren, ist, wir haben eine Verantwortung. Wir haben eine Verantwortung, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Und diese Verantwortung, meine Damen und Herren, haben wir alle hier, jeder Einzelne hier hat diese Verantwortung.

Und, sehr geehrte Herren von der AfD, insbesondere der Beitrag von Herrn Förster war das Gegenteil von dem, was Verantwortung wahrnehmen ist,

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

was Verantwortung, die Gesellschaft zusammenzuhalten, mit sich bringt. Wir sind in einer der schwersten Krisen dieses Landes. Das, was Sie gemacht haben, ist das Gegenteil. Aber ich will meine Rede ja gar nicht davon bestimmen lassen, weil genau davon leben Sie ja, dass wir hier einzeln darauf eingehen und uns damit breit beschäftigen, was Sie hier sagen. Deswegen will ich zu Beginn meiner Ausführungen das nur ankündigen, das mache ich später.

Meine Damen und Herren, 2020 ist vorbei, die Corona-Krise ist leider nicht vorbei – ganz im Gegenteil. Ich möchte einsteigen, indem ich mich bedanke.

Ich möchte mich bedanken bei all den Menschen, die über Weihnachten und Silvester auf Abstand geachtet haben, die ein besonderes Weihnachtsfest gefeiert haben, die vielleicht nicht ihre Lieben alle getroffen haben und damit dazu beigetragen haben, dass das Virus sich nicht noch weiter verbreitet.

Ich möchte mich bedanken bei allen, die kein unbeschwertes Weihnachten hatten, weil sie arbeiten mussten, weil sie die Gesellschaft am Laufen gehalten haben, weil sie beispielsweise auf einer Intensivstation gearbeitet haben. Auch bei denen möchte ich mich herzlich bedanken.

Und eine dritte Gruppe möchte ich nennen, an diese Gruppe möchte ich erinnern an dieser Stelle. Da sind meine Gedanken, die zu den Familien gehen, die kein unbeschwertes Weihnachtsfest hatten, weil vielleicht einer ihrer Lieben im Krankenhaus liegt oder weil vielleicht einer ihrer Lieben auch verstorben ist. Auch davon haben wir sehr viele Familien in diesem Jahr gehabt, die das

Weihnachtsfest vor diesem Hintergrund nicht unbeschwert begehen konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere diesen Menschen gegenüber stehen wir in der Pflicht, alles dafür zu tun, dass wir die Pandemie überwinden und dass wir uns an die Kontaktbeschränkungen halten, an die Regeln halten. Da ist jeder selbst für verantwortlich. Wir können hier die besten Regeln machen, wir können hier jeden Bereich versuchen zu regeln, am Ende muss aber jeder für sich beurteilen, wo geht es, wo geht es nicht, wo kann ich mich noch zurückhalten, wo kann ich auf Kontakte verzichten, weil das, meine Damen und Herren, ist wichtig.

Richtig ist, wir werden bis weit in dieses Jahr hinein mit den Auswirkungen der Pandemie zu tun haben. Dabei geht es um die direkten und um die indirekten Auswirkungen. Ein Lichtblick – das ist hier von meinen Vordnern auch schon gesagt worden – sind die zwei Impfstoffe, die hier entwickelt worden sind, die jetzt auch zugelassen sind. Und ich habe mich sehr gefreut, als wir mit dem Impfen begonnen haben und sowohl in den „Tagesthemen“ als auch im „heute-journal“ Mecklenburg-Vorpommern immer als Beispiel dafür gesehen worden ist, wie effektives Impfen funktionieren kann, und damit andere Länder im Vergleich gezeigt worden sind, die das nicht ganz so effektiv hinbekommen haben. Ich möchte ein herzliches Dankeschön sagen an den Gesundheitsminister und an das Team rundherum, die das organisiert haben. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich unterstütze den Gesundheitsminister auch an einer anderen Stelle ausdrücklich. Der Gesundheitsminister hat deutlich gemacht, dass bis zum Sommer jeder, der es möchte, dass dem ein Impfangebot gemacht wird. Ich unterstütze Harry Glawe in diesem Ziel ganz ausdrücklich.

Und, sehr geehrter Herr Koplín, Sie haben – das habe ich in der Presse zumindest so gelesen – dem Herrn Minister vorgeworfen, dass er da falsch gerechnet hat. Ich sage Ihnen, das, was Harry Glawe gemacht hat, ist das richtige Ziel. An diesem Ziel müssen wir arbeiten.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist nicht der Punkt.)

Das ist wichtig für das Land, das ist wichtig für die Wirtschaft, das ist wichtig für die Menschen in unserem Land. Genau dieses Ziel brauchen wir.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Klar und richtig ist, dass im ersten Schritt noch zu wenig Impfstoffe da sind. Offenbar haben andere Staaten das besser hinbekommen. Das kritisieren wir ausdrücklich. Wir hätten da besser sein können. Ich finde es richtig, dass wir im Rahmen der Europäischen Union gehandelt haben. Ich kritisiere aber auch die Europäische Union. Auch da wäre mehr drin gewesen. Die Angebote waren da. Es ging da offenbar auch darum, dass man Geld sparen wollte. Ich finde, das ist an der Stelle falsch gespartes Geld. Wir brauchen am Ende mehr Impfstoff.

Ich gehe davon aus, dass unsere Landesregierung beim Bund sich vehement dafür einsetzt, dass die Impfstoffproduktion nun schnell nach oben gefahren wird. Das ist nämlich der wesentliche Baustein, um aus der Pandemie herauszukommen. Und wenn nicht in Deutschland als Hochtechnologieland, wo sonst sollte es möglich sein, hier eine entsprechende Produktionsstätte möglichst zügig aufzubauen?

Auf dem Weg bis dahin gilt es, Impfstoffe so gut wie möglich einzusetzen. Die Gruppen, die einen besonders schweren Krankheitsverlauf erwarten lassen, müssen dabei vornan stehen. Das sind die Menschen in Pflegeheimen, das sind die Menschen auch in der ambulanten Pflege, die hochbetagten Menschen. Und, meine Damen und Herren, das ist für mich ein Gebot der Humanität, dass diese Menschen – übrigens die Menschen, die Nachkriegsdeutschland aufgebaut haben –, dass die hier vornan stehen und als Allererste den Impfstoff bekommen. Das ist wichtig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, sehr geehrter Herr Koplín, natürlich können wir darüber diskutieren, wen man vorzieht oder wen man nicht vorzieht, aber in dem Moment, wo wir darüber diskutieren, ist es eine einseitige Diskussion, indem man sagt, diese Gruppe ziehen wir vor, weil wenn wir sagen, diese Gruppe ziehen wir vor, müssen wir im gleichen Zuge sagen, welche Gruppe stellen wir dann zurück, weil das heißt natürlich im Umkehrschluss, eine andere Gruppe steht zurück. Diese Aussage haben Sie nicht getroffen. Und wir werden im gleichen Zuge dann auch sagen müssen, wenn wir eine Gruppe vorziehen, warum parallele Gruppen nicht vorgezogen werden, beispielsweise die Verkäuferinnen im Lebensmitteleinzelhandel.

Meine Schwiegereltern wohnen in Gielow, einem kleinen Dorf bei Malchin.

(Marc Reinhardt, CDU:
So klein ist das gar nicht.)

Da ist jetzt vor Weihnachten aufgrund von Krankheit der Lebensmittelbus nicht gekommen. Was meinen Sie, was das bedeutet für die Leute dort? Also wir würden im gleichen Zuge sagen müssen, warum solche Leute denn zurückstehen müssen, die übrigens mit Tausenden Menschen, und zwar querbeet, Kontakt haben, und eine andere Gruppe vorgezogen wird. Das müssten wir an der Stelle sagen. Wenn wir das gut beantworten können, dann können wir da etwas machen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Tja, wir haben keinen Impfstoff.)

Für mich ist wichtig, dass wir vor allem darauf drängen, dass mehr Impfstoff produziert wird. Es gibt den Lichtblick, dass der zweite zugelassen ist, es gibt den Lichtblick, dass ein dritter kurz vor der Zulassung steht, also der von AstraZeneca – in Großbritannien wird damit ja geimpft –, und dass wir es damit hinbekommen, dass möglichst breit hier auch die Impfungen stattfinden können.

Meine Damen und Herren, wir sind eben bei den zu Impfinden gewesen und ich habe darauf hingewiesen, dass ich insbesondere bei den Pflegeheimen Wert darauf lege und bei der ambulanten Altenpflege Wert darauf

lege, dass geimpft wird. Hier gilt es aber, auch noch weitere Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben strenge Hygienemaßnahmen, die haben wir schon lange. Da hat übrigens auch keiner geschlafen, wie hier gesagt worden ist, sondern die strengen Hygienemaßnahmen gelten schon lange. Aber wir hatten längere Zeit niedrige Inzidenzen, und jetzt, wo höhere sind, war es richtig, dass unsere Ministerpräsidentin darauf gedrungen hat,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dass es eine Teststrategie gibt.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und ich weiß, Frau Ministerpräsidentin, dass es da viele Widerstände gab, und ich möchte ein ausdrückliches Dankeschön dafür sagen, dass Sie hier an dieser Stelle hart geblieben sind und wir jetzt diese Teststrategie in Mecklenburg-Vorpommern auch haben. Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und Sie haben geschlafen, natürlich
haben Sie das, im Sommer.)

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle auch dafür werben – der Impfstoff steht zur Verfügung, noch nicht ausreichend –, aber ich will dafür werben, dass die Menschen sich auch impfen lassen. Ich finde, es ist eine großartige Leistung von den Wissenschaftlern, dass binnen kurzer Zeit die Impfstoffe entwickelt werden konnten. Ich habe mir die Sachen auch noch mal genau angeschaut. Es ist ja nicht so, dass da irgendwelche Kontrollen ausgelassen worden sind, sondern man hat alle Schritte, die bei einer normalen Impfstoffentwicklung üblich sind, auch hier gemacht, nur, dass man einige Dinge eben schon parallel gemacht hat, dass man in den Versuchsstadien schon den Kontrollbehörden die jeweiligen Ergebnisse zukommen lassen hat, dass man vorher das sehen konnte. Und ich bin davon überzeugt, dass wir hier zwei sichere Impfstoffe mit hoher Wirkung und guter Verträglichkeit haben, und ich werbe dafür, dass die Menschen sich impfen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ist es aber nicht so weit. In unserem Land haben noch nicht alle Menschen Impfschutz, deswegen gilt es, die jetzt weiter – und auch dafür werbe ich –, dass wir die Maßnahmen einhalten. Wir werden die Gesellschaft leider noch nicht öffnen können, wir werden weiter auf Abstand bleiben müssen. Wir müssen weiter den ungeliebten Mund-Nasen-Schutz tragen. Das sind keine schönen Botschaften, aber letztlich geht es darum, dass wir unsere Mitmenschen schützen, und es geht vor allem darum – und das kommt immer zu kurz, das kommt auch bei Ihnen, meine Herren von der AfD, zu kurz –, es geht darum, dass die Krankenhäuser und Intensivstationen nicht überlastet werden.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Es geht um Rücksichtnahme, auch gegenüber all denen, die seit Monaten in der Pandemiebekämpfung Großartiges leisten, und auch denen sage ich herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, wenn wir das gesellschaftliche Leben einschränken, dann wissen wir, dass wir auch Schäden damit verursachen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir diese soweit es geht begrenzen. Dies gilt auch für die Wirtschaft. Die betroffenen Firmen können eben nicht nachvollziehen, dass sie in vielen Fällen bis heute auf die Auszahlung der Novemberhilfen warten müssen. Wenn die Liquidität in den Firmen nicht mehr ausreicht und die Firmen unverschuldet damit in Schwierigkeiten kommen, nützt den Firmen nicht der Hinweis, dass da auf Bundesebene schwer zu programmierende Programme sind. Es nützt den Mitarbeitern nichts, wenn sie am Ende kein Geld mehr bekommen. Die Unternehmen brauchen schnell Hilfe. Ich erwarte vom Bundeswirtschaftsministerium, seinen großen Ankündigen endlich Taten folgen zu lassen und schnellstmöglich die vollständige Auszahlung der Hilfen umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein schwieriges Thema, zugegebenermaßen, ist das Öffnen von Schulen. Hier haben wir als Parlament wichtige Entscheidungen getroffen, die aus meiner Sicht auch Bestand haben müssen. Wir wollen, dass vorrangig Abschlussklassen in den Präsenzunterricht zurückkehren. Dabei geht es um die 10. Klassen an den Regionalen Schulen, die Abgangsklassen an den Berufsschulen und natürlich um die Abiturklassen an den Gymnasien. Hier stehen Prüfungen an, hier muss es einen Vorrang geben. Wichtig bleibt uns, dass wir, sobald es möglich ist, auch wieder zum Präsenzunterricht in den anderen Klassenstufen zurückkehren können, dies vor allem für die, die das digitale Lernen von zu Hause nicht so einfach haben. Ich meine die Klassen im Grundschulbereich.

An dieser Stelle noch ein Einschub, Herr Koplin: Ja, Sie haben recht, Kultur ist wie ein Lebensmittel. Unsere Gesellschaft ohne Kultur ist einfach nicht vorstellbar,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Genau.)

weil die Menschen brauchen Kultur, das ist wichtig, und natürlich müssen wir darüber im Gespräch bleiben, wie wir Kultur hier erhalten, wie wir Kultur retten. Ich habe aber den Eindruck, dass Mecklenburg-Vorpommern – anders als viele andere Länder – das von Beginn an gesehen hat. Wenn es da Dinge gibt, wo Sie sagen, da sind jetzt aber richtige Lücken, da fallen die Leute richtig durchs Raster, müssen wir miteinander ins Gespräch kommen, müssen wir darüber reden. Kultur ist uns wichtig!

Und Sie haben die Finanzierung angesprochen, auch da will ich etwas zu sagen. Ich will hier gar kein spezielles Modell favorisieren, aber klar ist doch, dass die, die deutlich mehr als der Rest der Normalbevölkerung haben, dass die stärker dazu herangezogen werden, die Lasten der Pandemie zu tragen als der Rest. Das ist eine Diskussion, die werden wir mit dem Auslaufen der Pandemie mit Sicherheit haben, die werden wir haben, aber klar ist, dass die, die mehr haben, am Ende dann auch entsprechend beitragen müssen.

Meine Damen und Herren, ich habe mir mal die Mühe gemacht, eine Rede von Herrn Abgeordneten Dr. Jess von der AfD auf die Erwiderung meines geschätzten Kollegen Julian Barlen, die er beim letzten Mal hier gehalten hat, noch einmal anzuhören, und da wird deutlich, wer durch welche Motivation getrieben wird. Ich zitiere aus der Rede von Herrn Dr. Jess: „... den Schaden, den

Sie bei Hunderttausenden ... anrichten, den negieren Sie total.“ Nein, meine Herren von der AfD, das tun wir nicht! Es gibt den Schaden, den viele Menschen erleiden, und das haben meine Vorredner ja hier auch deutlich gesagt. Also sowohl Herr Waldmüller als auch Herr Koplin haben deutlich gemacht, wo da die Kollateralschäden sind. Und ich habe eben von den Schäden in der Wirtschaft gesprochen, ich spreche von Arbeitsplatzverlusten. Ja, die haben wir. Wir haben Einnahmeverluste bei Arbeitnehmern, wir haben die Schwierigkeiten bei den Geschäftsleuten, die nicht wissen, wie sie über die Monate kommen sollen. Das sind Probleme. Ich will diese Probleme überhaupt nicht kleinreden.

Und neben diesen monetären Problemen gibt es auch die Herausforderungen, die man nicht auf den ersten Blick sieht. Auch die will ich ausdrücklich benennen. Ich spreche beispielsweise von Vereinsamung von älteren Menschen, die – das kenne ich aus dem eigenen Familienbereich – sich zum Teil in Selbstisolation begeben, über Monate hinweg. Ich spreche von den Kindern, die nicht zur Schule gehen können, mit ihren Freunden nicht spielen können, die Schulstoff verpassen. Ich spreche von Gläubigen, denen die Gemeinschaft in der Kirche fehlt. All das sehen wir. Wer glaubt denn, dass wir das nicht sehen?! Das ist doch eine absurde Auffassung, eine völlig absurde Auffassung.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber dürfen nur Sie das
ansprechen oder jeder?)

Und ja, richtig, das muss ausgewogen betrachtet werden. Unser Weg bedeutet für viele Menschen im Land große Härten, und ich will das überhaupt nicht kleinreden, aber unser Weg ist ein Weg, der anders ist als der schwedische Weg, den Sie befürworten: eine große Anzahl von Menschenleben retten, Menschen, die nächstes Jahr wieder mit ihren Kindern und Enkeln Weihnachten feiern können, die dann auch wieder die Gemeinschaft in der Kirche erleben können, Menschen, die dann, anders als viele Schweden, noch leben. Das ist das Ergebnis unserer Abwägung.

In meinen Augen ist der schwedische Weg gescheitert, und wenn wir uns mal in die Nachrichten rund um Weihnachten zurückversetzen, da gab es auch eine ganze Reihe von Berichterstattungen, dass in Schweden selbst die Stimmen auch inzwischen sehr laut und vernehmbar sind, am prominentesten das Staatsoberhaupt, der König, der eigentlich zur Neutralität verpflichtet ist, der in einem Interview ganz klar gesagt hat, es erschüttern ihn die vielen toten Menschen und er hält den Weg für gescheitert, den Schweden gegangen ist. Meine Damen und Herren, das sehen wir auch.

Und dann gab es hier die Rede von Herrn Förster. Herr Förster, ich bin, wie Sie hier geredet haben, einfach nur entsetzt. Ich kann das gar nicht anders sagen. Ich habe mir vorgenommen, das hier alles ruhig vorzutragen. Es entsetzt mich, wie Sie hier geredet haben. Sie haben – ich habe mir einiges mitgeschrieben –, Sie sprachen von einem durch Panikmachung verängstigten Volk. Wir informieren die Menschen, wir informieren die Medien, und die Medien informieren zum Beispiel über die Zahl der Infektionen.

(Heiterkeit und Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das ist keine Panikmache, das ist einfach nur informieren. Das tun wir. Und natürlich versuchen wir dann oder sind dann dabei, faktenbasiert Maßnahmen dazu zu ergreifen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und das, was Sie hier vorgetragen haben – ich bitte Sie einfach mal in ein Krankenhaus zu fahren und mit einem Arzt oder einer Krankenschwester, die auf einer Covid-Station arbeitet, mit denen mal darüber zu reden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Haben wir! Haben wir!)

Was Sie hier gesagt haben, das ist,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

das ist für mich unterirdisch, was Sie hier vorgetragen haben. Ich kann das nicht anders sagen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und das, was Sie vorgetragen haben, wie Sie möchten, dass diese Gesellschaft aufgebaut ist, was Sie möchten, was geöffnet wird, das heißt am Ende, dass hier Menschen sterben werden. Das muss man mal so deutlich auf den Punkt bringen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist Populismus, was Sie da machen. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Sie haben doch gerade gesagt, Gaststätten sollen geöffnet werden, Schulen sollen geöffnet werden und viele, viele andere Sachen. Sie haben, Sie haben überhaupt nicht beachtet, dass wir landesweit inzwischen eine Inzidenz von über 100 haben, dass wir Regionen im Land haben, ganze Landkreise über 200. Und dann haben Sie vorgetragen – das grenzt an das, was ich eingangs mit Donald Trump und den Fake News gesagt habe, das will ich Ihnen, das werfe ich Ihnen auch so deutlich vor –, dann haben Sie vorgetragen, dass Sie davon ausgehen, so haben Sie es zumindest ausgedrückt, dass mehr getestet wird, und dadurch finden wir natürlich auch mehr, und deswegen sind die Inzidenzen hoch.

Schauen Sie, mein Sohn, der arbeitet, der arbeitet in einem solchen Labor, und der sieht, was da reingeht und was da nicht reingeht.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

In der Tat sind in den Monaten vor Weihnachten die Testkapazitäten hochgefahren worden. Die sind jetzt aber auf einem Level, schon eine ganze Weile auf einem Level. Und das, was an positiven Testen reinkommt, ist deutlich größer als das, was früher reingekommen ist. Und so, wie Sie sich ausgedrückt haben, negiert das die gesamte Entwicklung. Und wenn jemand Neutrales, der überhaupt nichts mit der Sache zu tun hat, das hört, hat er den Eindruck, na ja, die Regierung, die bauscht das alles auf, aber das ist alles gar nicht so schlimm, weil die testen ja einfach nur mehr. Und das ist gefährlich, weil es ist deswegen gefährlich, weil dann die Leute sich nicht an die Regeln halten, nicht an die Kontaktbeschränkungen halten. Sie sagen ja selbst, Sie wollen, dass die freiwillig

das machen, aber diese freiwilligen Regelungen funktionieren auch dann nur, wenn die Leute daran glauben, dass es gefährlich ist. Und das, was Sie machen, ist ein Relativieren, und die Leute glauben es nicht mehr, die Ihnen glauben, die glauben es dann nicht mehr, und dann finden die Kontakte statt, und das ist gefährlich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dann haben Sie ausgeführt, dass die Grippe ja gar nicht mehr da wäre – das konnte ich so schnell nicht mit-schreiben –, aber Sie haben deutlich gemacht, die Grip-pewelle rollt nicht so. Ich habe darüber auch im familiären Bereich mit einer Apothekerin gesprochen. Die hat mir gesagt, ja, das ist dieses Jahr so. Wir haben weniger Fälle an Grippe. Das hat zwei Ursachen – übrigens auch Erkältungskrankheiten sind geringer –, das hat zwei Ursachen: Das eine ist, mehr Menschen haben sich gegen Grippe impfen lassen, und das Zweite ist, das Zweite ist, wir tragen inzwischen alle sehr konsequent Mund-Nasen-Schutz.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nein, nicht alle.)

Das heißt, das heißt, Ansteckungen werden auch dadurch verringert. Das sind einfach die Effekte, die daraus ent-stehen.

Ich habe den Eindruck, Herr Förster, dass, so, wie Sie das hier vorgetragen haben, am Ende das Ganze gefährlich ist. Sie haben dennoch darauf abgezielt: Meinungsfreiheit. Es gibt diese Meinungsfreiheit, natürlich haben Sie das Recht, diese aus meiner Sicht falsche Meinung hier zu äußern, aber Sie müssen damit leben, dass auch wir eine Meinung haben und wir Ihnen widersprechen. Und auch das gehört zur Meinungsfreiheit dazu.

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Nicht nur Ihre Meinungsfreiheit, auch unsere Meinungsfreiheit zählt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich frage mich, ich frage mich, welche Strategie dahinter-steckt. Das sage ich Ihnen ganz offen: Ich habe,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Bei Ihnen wissen wir das.)

ich habe den Eindruck oder mir stellt sich zumindest die Frage, ob Ihre Strategie der Destabilisierung der Gesell-schaft dienen soll. Diese Frage stelle ich mir.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das machen doch nur Sie!)

Wollen Sie Gewinner einer solchen Destabilisierung sein?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie machen das!)

Das ist die Frage, die ich mir stelle.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Mit Ihrer ganzen Argumentation
spalten Sie die Gesellschaft, und
Sie destabilisieren sie damit.)

Das ist die Kernfrage.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
... weil Ihnen unsere Meinung
nicht gefällt.)

ich will zurückkommen zur Rede von Dr. Jess.

(Glocke der Vizepräsidentin)

In der Rede von Dr. Jess haben Sie, Herr Dr. Jess, dann seinerzeit auch auf die Kosten der Pandemie verwiesen, und ich zitiere gerne mal aus dem, was Sie gesagt haben: Sie sagten, Zitat: „... indem Sie riesige Schulden ... verabschiedet haben, indem Sie die Steuerzahler über Jahrzehnte massiv belasten, da tun Sie jetzt so, als wenn das eine gewaltige, hervorragende menschliche Leistung von Ihnen ... oder ... der Regierung gewesen wäre.“ Zitatende. Nein, Herr Dr. Jess, das ist keine gewaltige, herausragende menschliche Leistung von Regierung und Parlament, es ist eine gewaltige, herausragende menschliche Leistung dieser Gesellschaft, eine Gesell-schaft, die den Weg des Humanismus geht, eine Gesell-schaft, die sich der Würde des Menschen verschrieben hat, und eine Gesellschaft, die, wenn es um den Schutz des Lebens geht, nicht zuallererst auf den Euro schaut. Und meine Fraktion ist stolz darauf, eine solche Gesell-schaft mitzugestalten. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Kurzintervention
war angemeldet. War schon angemeldet!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ja, ja, ja, natürlich! Ich habe ja noch gar nichts gesagt, Herr Profes-sor Weber.

Zunächst erst mal herzlichen Dank, Herr Fraktionsvorsit-zender! Zu Ihrem Beitrag ist allerdings eine Kurzinterven-tion angemeldet worden.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Herr Dr. Jess, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Bedanken Sie sich dann bitte
bei jedem Redner danach,
Frau Präsidentin, bei jedem!)

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Hat sie doch gesagt.)

Sehr geehrter Herr Schulte ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Jetzt bitte still!

(allgemeine Heiterkeit)

Leider haben wir keine Redezeit mehr, sodass ich das über die Kurzintervention machen muss. Ich finde es ja erst mal sehr erfreulich, dass Sie sich so intensiv mit unseren Reden beschäftigen. Das stimmt mich optimistisch, aber ich möchte trotzdem noch mal auf einige Dinge hinweisen.

Das Erste ist, ob der schwedische Weg gescheitert ist, Herr Schulte, das würde ich, ehrlich gesagt, sehr infrage stellen, das zeigt sich nämlich erst ...

(Zuruf aus dem Plenum: „Herr Krüger!“)

Entschuldigung! Ich verwechsle Sie immer. Tut mir leid, Herr Krüger!

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Aber das werde ich in Zukunft nicht mehr tun, das werde ich in Zukunft nicht mehr tun.

So, das heißt, das wird sich erst in ein, zwei Jahren zeigen, weil wir dann nämlich die Gesamtzeit überblicken können. Das müssen Sie ja wohl auch anerkennen.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Und ich habe mir natürlich gerade die schwedischen Zahlen insbesondere angesehen und habe das auch damals in der Debatte mit Herrn Barlen schon deutlich herausgestrichen, das ist genau das, was Sie hier sagen, dass wir dann in Mecklenburg-Vorpommern diese sogenannten 1.000 Tote mehr hätten, dass das eben genau nicht richtig ist. Wenn Sie nämlich an die harten Fakten rangehen, dann sehen Sie, dann müssen Sie die Übersterblichkeit in Mecklenburg-Vorpommern und in Schweden vergleichen, und Sie müssen die jeweiligen vielfaktoriellen und mehrfaktoriellen Dinge berücksichtigen wie zum Beispiel, dass wir Hitzetote haben, dass wir auch zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern weniger Inzidenz haben oder weniger Tote haben als im restlichen Deutschland. Das alles muss man mitberücksichtigen bei diesen Berechnungen. Und wenn man das tut, was ich getan habe, dann,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

wenn man das tut, dann würde man nämlich herausbekommen, dass es nicht 1.000 Tote mehr wären beim schwedischen Weg bis November 2020, sondern 250 mehr.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Das ist auch nicht gut, das ist auch nicht gut, aber ich habe ja bereits gesagt, wir müssen den Gesamtzeitraum beachten. Und in Schweden ist es nämlich so, da hatte man die Anzahl, die höheren Toten in der ersten Welle, und jetzt ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege, ...

Dr. Gunter Jess, AfD: ... hat man, ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... Ihre Redezeit ...

Dr. Gunter Jess, AfD: ... jetzt hat man weniger.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... ist zu Ende.

Dr. Gunter Jess, AfD: Tut mir leid, wir können das jetzt nicht mehr weiter ausführen.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, möchten Sie antworten?

Thomas Krüger, SPD: Mit der Namensverwechslung, das ist okay, das kann uns allen passieren.

Schwedischer Weg ist gescheitert. Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben letztes Mal die reinen Zahlen erwähnt. Damals haben wir Ihnen das vorgerechnet, dass das so nicht geht, jetzt kommen Sie mit der Übersterblichkeit, um einen neuen, um einen neuen Weg hier zu konstruieren. Ich sehe den Weg bis hierher. Das Corona-Virus hat sich von China weltweit ausgeweitet, von China aus weltweit ausgeweitet. Es ist in Deutschland fast zeitgleich wie in Schweden aufgelaufen. Und bis hierher mit unseren Maßnahmen haben wir fast 1.000 Menschenleben gerettet. Punkt!

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Jawoll!)

Wir haben weniger Infektionen, das ist richtig. Was die Übersterblichkeit anbetrifft: Sie können sonst was heranziehen, am Ende sehen wir die Infektionen, die Menschen, die infiziert sind und sterben. Und danach haben wir 1.000 Menschen hier heute, 1.000 Menschenleben hier heute statistisch – klar, das ist eine statistische Größe, gestehe ich zu – mehr als in Schweden, und da beißt die Maus keinen Faden ab. Wir können hinterher uns das gerne angucken, aber so wie bei uns sind auch in Schweden die Inzidenzen gestiegen.

Und die Schweden gehen jetzt übrigens auch einen anderen Weg. Das muss man auch mal sehen. Die Schweden haben inzwischen auch Teile ihrer Gesellschaft geschlossen, zum Beispiel bei den Schulen gibt es massive Einschränkungen inzwischen, das heißt, sie haben auch Maßnahmen gemacht. Aber bis hierher müssen wir sagen, wir sind deutlich besser gefahren, und aus meiner Sicht, der schwedische Weg ist gescheitert. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5697. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. Danke schön! – Gegenprobe. Danke schön! – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE auf Drucksache 7/5697 bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete und Gegenstimmen der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Errichtung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern“, hierzu den Antrag der Landesregierung – Zustimmung des Landtages gemäß Paragraf 63 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung, hier: Errichtung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern“, auf Drucksache 7/5696.

Errichtung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“

**Antrag der Landesregierung
Zustimmung des Landtages
gemäß § 63 Absatz 1 LHO
hier: Errichtung der „Stiftung
Klima- und Umweltschutz MV“
– Drucksache 7/5696 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Landesregierung die Ministerpräsidentin. Bitte schön, Frau Schwesig, Sie haben das Wort.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte heute im Namen der Landesregierung einen Antrag zur Einrichtung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern“ einbringen. Umwelt- und Klimaschutz ist seit Gründung unseres Landes eines der großen Landesziele, fest verankert in unserer Landesverfassung. Das Thema Klimaschutz hat gerade in den letzten Jahren immer weiter an Bedeutung gewonnen, und ich freue mich, dass ganz besonders die jungen Menschen sich sehr für dieses Thema engagieren.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir haben deshalb mit dem Rat für Umwelt und Nachhaltigkeit eine Form geschaffen, damit sich gerade die jungen Menschen beteiligen können. Wir haben von Anfang an gesagt, Demonstrationsrecht, das ist natürlich gut und wichtig, aber wir wollen auch, dass die jungen Menschen mitmachen können. Darüber hinaus gibt es sehr viele engagierte Verbände, Vereine und lokale Initiativen, die zu diesem Ziel beitragen wollen. Und wir haben es schon oft hier im Landtag diskutiert, wir müssen aus Verantwortung gegenüber unseren nachfolgenden Generationen den Klimaschutz noch verstärken. Klima schützen heißt Zukunft sichern. Klima schützen heißt unser Land sichern. Deshalb wollen wir diese Stiftung auf den Weg bringen und ich bitte Sie dafür heute um Ihre Zustimmung.

Mecklenburg-Vorpommern, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, leistet seit vielen Jahren einen großen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Das tun wir mit einer Vielfalt von Maßnahmen. Wir haben Maßnahmen im Naturschutz, zum Beispiel mit dem Nationalparkprogramm bereits seit 1990, mit dem wir ein Drittel der Landesfläche unter Schutz gestellt haben. Damit ist unser Bundesland führend in Deutschland.

Und an dieser Stelle möchte ich mich noch mal ganz herzlich bei den Umweltverbänden, auch bei denen, die sich gerade in der Wendezeit vor über 30 Jahren engagiert haben, bedanken, denn es ist ihnen zu verdanken, dass wir gerade 1990 diese Programme in einer Form bekommen haben, dass wir heute so viele Teile unseres Landes unter Schutz stellen. Hier haben sich gerade die

Umweltverbände, gerade auch aus der friedlichen Revolution heraus, sehr verdient gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir haben auch Maßnahmen in der Landwirtschaft. Das Land fördert, dass Bauern ihre Dünger emissionsarm ausbringen und auch Ställe so bauen, dass möglichst wenig Emissionen ausgestoßen werden.

Und auch für den Wald haben wir Maßnahmen ergriffen. Wir haben gerade im letzten Jahr die Initiative „Unser Wald in Mecklenburg-Vorpommern“ auf den Weg gebracht. 20 Millionen Euro stehen zur Verfügung, um den Zustand unseres Landeswaldes zu verbessern, der vor allem aufgrund von Dürre und Bränden gelitten hat. Und ich bin Ihnen als Parlament sehr dankbar, dass Sie mit dem großen Nachtragshaushalt dafür gesorgt haben, dass wir diese Maßnahmen trotz der großen Corona-Herausforderungen, trotz der sinkenden Steuereinnahmen machen können, denn sie sind Maßnahmen für die Zukunft, die wir jetzt trotz aller Sorgen wegen Corona, auch aller finanzieller Sorgen, nicht vernachlässigen dürfen.

Und auch für den Bodenschutz haben wir Maßnahmen ergriffen. Sie sind für Mecklenburg-Vorpommern deshalb so entscheidend, weil Böden fünfmal so viel Kohlenstoff speichern wie die Vegetation. Und deshalb ist die Renaturierung von Mooren und Feuchtgebieten der wichtigste Beitrag des Landes zur Bindung von Treibhausgasen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und auch hier sind wir Vorreiter. Mit den MoorFutures kann sich jeder daran beteiligen.

Und auch in der Energiepolitik haben wir wichtige Maßnahmen ergriffen. Wir legen einen politischen Schwerpunkt vor allem bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir haben eine energiepolitische Konzeption inklusive Aktionsplan Klimaschutz erarbeitet, die Landesenergie- und Klimaschutzagentur und das Landesenergiezentrum gegründet. Wir sind Vorreiter in Deutschland auch bei den erneuerbaren Energien. Schon 2017 haben wir mehr als doppelt so viel Strom aus regenerativen Energien produziert als für unseren eigenen Bedarf nötig, 2.000 Windkraftanlagen im Land errichtet, vier Offshorewindparks.

Und auch vorne dabei sind wir, wenn es um Forschung und Anwendung von grünem Wasserstoff geht, mit Modellprojekten, Plänen für eine Wasserstoffforschungsfabrik. Vorpommern-Rügen gehört zu den Modellregionen der Nationalen Wasserstoffstrategie des Bundes. All das ist unser Beitrag zum Klimaschutz, zu einer gelingenden Energiewende in Deutschland.

Und, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit der „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ wollen wir einen weiteren Beitrag leisten. Und aus den Maßnahmen, die ich jetzt skizziert habe, die wir schon machen, die uns in den verschiedensten Bereichen zum Vorreiter in Deutschland machen, wissen wir aber auch, dass Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz alle gut finden, aber wenn es dann konkret umgesetzt werden muss – der Windpark, die Renaturierung von Mooren und Feuchtgebieten, auch zum Beispiel Düngefragen –, dann haben wir auch Diskussionen und Akzeptanzprobleme.

Deshalb ist es so entscheidend, dass wir zukünftig dafür sorgen, dass wir alle Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern beim Thema „Klima- und Umweltschutz“ mitnehmen. Corona hat das Problem des Klimawandels nicht beiseitegeschoben. Das Problem gibt es weiter und wir müssen uns weiter beim Klima- und Umweltschutz anstrengen. Und das kann nicht allein eine staatliche Aufgabe sein, das kann nicht allein eine Aufgabe von Vereinen und Verbänden sein, sondern ganz entscheidend ist, dass auch hier alle Bürgerinnen und Bürger mitziehen und wir deshalb Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen. Und das ist eine ganz besondere Idee und ein ganz besonderer Schwerpunkt dieser neuen Umwelt- und Klimaschutzstiftung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Deshalb soll diese Stiftung sowohl Aufklärungs- als auch Bildungsarbeit betreiben, Ansprechpartner zu Fragen des Klimaschutzes sein und auch viele dabei unterstützen. Sie soll konkrete Natur- und Klimaschutzprojekte bei uns in Mecklenburg-Vorpommern und vor unserer Küste unterstützen. Das gilt auch für Projekte der Artenvielfalt und des Gewässerschutzes. Die Stiftung soll Wissenschaft und Forschung im Bereich des Klima- und Umweltschutzes fördern. Unterstützt werden können Projekte von Wissenschaftlern, auch von Unternehmen, die zum Gelingen der Energiewende in Deutschland beitragen, zum Beispiel zur Entwicklung von neuen Speichertechnologien oder Lösungen zur Sektorenkopplung. Außerdem soll die Stiftung Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich des Klima- und Umweltschutzes betreiben.

Eine Besonderheit ist, dass sie auch einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb bekommen kann, der zeitlich befristet ist und genutzt werden kann, die Fertigstellung der Ostseepipeline 2 zu unterstützen. Dabei kann und soll die Stiftung mit den schon vorhandenen Akteuren im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes in Mecklenburg-Vorpommern zusammenarbeiten.

Und, das ist mir ganz wichtig zu betonen, diese Stiftung soll vor allem die Beteiligung von Verbänden, Vereinen, Initiativen, Wissenschaft, Unternehmen unterstützen und auch die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Und deshalb richtet sich diese Stiftung an alle Bürgerinnen und Bürger im Land, an alle, die zum Klima- und Umweltschutz beitragen wollen, an Wissenschaft und Wirtschaft, an die großen Umweltverbände, aber eben gerade auch an viele kleine Initiativen, die vor Ort etwas bewegen wollen.

Für diese Stiftung ist ein Stiftungskapital erforderlich in Höhe von 200.000 Euro. Dafür bitten wir Sie heute hier um Zustimmung. Und es gibt Möglichkeiten zu Zustiftungen. Und die Nord Stream 2 AG hat sich bereit erklärt, die Stiftung finanziell zu unterstützen, jetzt sofort zu Beginn beim Aufbau mit 20 Millionen Euro und später dann eine dauerhaft jährliche Unterstützung, wenn die Ostseepipeline fertiggestellt ist.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, das ist gar nichts Ungewöhnliches. Auch beim Bau der ersten Ostseepipeline sind mit Unterstützung der Betreiber der Pipeline zwei Stiftungen eingerichtet worden, die seitdem sehr erfolgreich Umweltprojekte, insbesondere mit Bezug zur Ostsee, also auf der Ostsee und davor, unterstützen, im Übrigen in ganz enger Zusammenarbeit mit Umweltverbänden wie dem WWF in Deutschland.

Und das ist für uns ein Erfolgsmodell, diese beiden Ostseestiftungen. Und wir wollen an diese Erfolgsmodelle anknüpfen und natürlich jetzt das Spektrum erweitern, weil diese Ostseestiftungen sind vor allem fokussiert auf Ostsee, auf Bezug zu Wasser. Und ich habe es eben beschrieben, wir wollen natürlich viel mehr, was neue Technologien angeht, was Artenschutz angeht, was sozusagen sich sonst noch alles bei uns im Land zum Thema „Umwelt- und Klimaschutz“ abspielt, unterstützen. Und deswegen sage ich, es ist schon gelungen, mit zwei Ostseestiftungen den Umweltschutz zu befördern, und deswegen sind wir sehr zuversichtlich, dass diese neue Stiftung auch das weiter machen kann. Und wir laden alle Verbände ein, auch diese Stiftung gemeinsam mit uns zum Erfolg zu führen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Neu ist an dieser Stiftung, an dieser dritten Stiftung, dass sich auch das Land beteiligt. Und ich finde, sehr geehrte Damen und Herren, dass das durchaus gerechtfertigt ist, denn sich alleine nur auf das Engagement letztendlich von Unternehmen und von Verbänden zu verlassen, das reicht nicht aus. Wir als Land wollen uns auch stärker beteiligen und haben dann damit natürlich auch stärkere Mitspracherechte. Und ich bin sicher, dass das eine gemeinsame gute Situation werden kann.

Die Stiftung wird einen Vorstand haben, und – das will ich ausdrücklich betonen – dieser Vorstand wird ehrenamtlich arbeiten. Und ich bin sehr dankbar dafür, dass sich drei hochrangige Person aus unserem Land bereit erklärt haben, im Vorstand dieser Stiftung zu arbeiten. Zunächst unser früherer Ministerpräsident Erwin Sellering, er hat sich bereit erklärt, diesen Vorsitz zu übernehmen. Und ich will Herrn Sellering sehr danken und bin sicher, dass er mit seinen Erfahrungen auch der Ehrenamtsstiftung diese Stiftung mit allen Partnern auf Augenhöhe zum Erfolg führen wird.

Und weil es ja schon angefangen hat und in den nächsten Tagen noch weiter zunehmen wird, dass es natürlich auch Kritiker geben wird, die diese Idee zu zerreden versuchen und in Misskredit zu bringen: Ich will daran erinnern, dass, als Herr Sellering die Ehrenamtsstiftung des Landes vorgeschlagen hat, es viel Kritik und Gegenwind gab: Brauchen wir so was, ist das nicht alles zu aufgebläht und so weiter und so fort. Heute möchte niemand mehr die Ehrenamtsstiftung des Landes missen. Der Ehrenamtsstiftung ist es gelungen, genau diese breite Beteiligung der Zivilgesellschaft, die kleinen Initiativen zu unterstützen. Über 2.000 Projekte wurden gefördert. Wir haben eine große Akzeptanz. Es wird Aus- und Fortbildung gemacht. Und die Landesehrenamtsstiftung war auch eine gute Blaupause, eine gute Bewerbung dafür, dass wir sogar die Bundesehrenamtsstiftung nach Mecklenburg-Vorpommern bekommen haben.

Das zeigt, dass man sicherlich am Anfang erst mal Kritiker, Nörgler und Leute hat, die das wieder alles nicht gut finden, und ich sage Ihnen voraus: Diese Umwelt- und Klimaschutzstiftung wird im Land Klima- und Umweltprojekte voranbringen und auch in einigen Jahren spätestens die gute Akzeptanz haben wie heute die Ehrenamtsstiftung. Und deswegen bin ich froh, dass Herr Sellering diese Erfahrung für den Vorsitz der Stiftung mitbringen wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich bin auch Herrn Werner Kuhn sehr dankbar, der als ehemaliger europäischer Abgeordneter auch genau diese Kenntnisse mitbringt, die wir für die Stiftung brauchen, denn natürlich endet Klima- und Umweltschutz nicht an unseren Landesgrenzen. Und ich bin auch Frau Enderlein, die sich als Unternehmerin schon in anderen wichtigen gesellschaftlichen Programmen, Projekten und Kommissionen unseres Landes wie dem Zukunftsrat, aber wie zum Beispiel auch dem Kuratorium Gesundheitswirtschaft engagiert, dass sie sich auch hier einbringt. Das ist eine gute Mischung von starken Persönlichkeiten mit ganz unterschiedlichen Perspektiven. Und ich bin sicher, dass es gelingt, für das Kuratorium weitere Persönlichkeiten zu finden, auch gerade aus dem Umwelt- und Klimabereich, die dann gemeinsam als Team diese Stiftung voranbringen können.

Und ich sage es noch mal ganz deutlich: Es ist ein ehrenamtlicher Vorstand. Und ich kann verstehen – und darauf komme ich noch –, dass einige, die schon immer ein Problem mit der Ostseepipeline hatten, jetzt all das in Misskredit bringen wollen. Und man kann gerne auch die Idee kritisieren – bitte sachlich und konstruktiv –, aber jegliche Unterstellung gegenüber denen, die jetzt hier Verantwortung übernehmen, und sei sie auch nur in Frageform, dass irgendjemand dort einen persönlichen Vorteil hätte, die weise ich zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Burkhard Lenz, CDU)

Vielleicht gibt es den einen oder anderen, der sich auch noch vorstellen kann, dass viele von uns handeln im Interesse des Landes, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und oft dafür ihre eigenen Interessen sehr weit, sehr weit nach hinten stellen.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Und deswegen sage ich ganz klar, wir können über alles diskutieren und Kritik ist herzlich willkommen, aber jegliche persönliche Unterstellung von persönlichen Vorteilen weise ich strikt – insbesondere für diese drei handelnden Personen – zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Im Gegenteil, wahrscheinlich müssen diese drei handelnden Personen eher damit rechnen, dass sie Nachteile bekommen werden, und trotzdem haben sie sich dafür bereit erklärt. Denn wir alle wissen, dass es zum Bau der Ostseepipeline unterschiedliche Auffassungen geben wird. Und deshalb müssen wir damit rechnen, und das ist ja auch schon in vollem Gange, dass man versucht, diese Stiftung – obwohl es, wie gesagt, schon zwei Ostseestiftungen gibt – in Misskredit zu bringen. Und deswegen möchte ich auch ganz klar auf die Kritik eingehen und drei Dinge dazu sagen:

Erstens. Was hat eigentlich die Ostseepipeline mit Klima- und Umweltschutz zu tun? Die Landesregierung war immer der festen Überzeugung – und so habe ich auch die Landtagsbeschlüsse verstanden –, dass wir den Bau der Ostseepipeline für richtig halten. Und ich habe mich immer gefreut, dass es dafür hier auch eine breite Mehrheit im Landtag gegeben hat, denn die Pipeline ist wichtig für die Energieversorgung von Deutschland und auch Europa.

Und was hat die jetzt mit Klimaschutz zu tun, fragen sich einige. Das liegt ganz klar auf der Hand: Es ist richtig, dass wir 2022 aus Atomenergie aussteigen. Und, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, 2022, das ist morgen! Wir alle wissen, wie schnell dieses Jahr vorbeigehen wird. Im nächsten Jahr werden wir aus der Atomenergie aussteigen. Und es ist auch richtig, dass wir aus Kohlekraft aussteigen, und auch das 2038. Und da wird darüber diskutiert, ob es nicht hätte sogar eher sein müssen. Das ist nicht mehr lange hin. Aber der Energiebedarf wird der gleiche sein. Und gerade wir als Industrienation – und das wollen wir bleiben – sind angewiesen auf Energie. Und ich sage schon, dass es wichtig ist, dass wir weiter eine stabile Energieversorgung haben.

Und Ziel dieses Landes ist, dass wir unsere Energieversorgung stemmen aus erneuerbaren Energien. Das will ich ganz deutlich sagen, dieses Ziel verlassen wir auch nicht. Im Gegenteil, ich habe es eingangs gesagt, wir im Land produzieren schon doppelt so viel, wie wir eigentlich bräuchten. Aber Deutschland ist größer als Mecklenburg-Vorpommern, und deshalb ist es so wichtig, dass wir auf dem Weg dahin es schaffen, die erneuerbaren Energien auszubauen – wir setzen dabei auf die grüne Wasserstofftechnologie –, und deswegen wollen wir auch mit der Stiftung dort Wissenschaft und Unternehmen unterstützen.

Aber der Weg dorthin, der muss auch funktionieren für eine erfolgreiche Energiewende, für einen erfolgreichen Klimaschutz. Und der Weg dorthin, und das ist schon immer unsere Auffassung, ist Gas, Gas aus der Ostseepipeline anstatt Fracking-Gas. Und deshalb hat diese Pipeline und die Fertigstellung der Pipeline sehr wohl etwas mit Klimaschutz zu tun.

Wenn jetzt Kritiker sagen, das sehen sie so nicht, dann ist das ihre Auffassung und das können sie auch so sagen. Man kann aber nicht dem Land Mecklenburg-Vorpommern vorhalten, dass das irgendwie Mogelei ist, denn wir haben schon immer diese Auffassung vertreten, dass die Ostseepipeline zum Klimaschutz gehört, weil zum Klimaschutz eine gelingende Energiewende gehört und weil man für eine gelingende Energiewende auch eine Brückentechnologie braucht. Und dazu brauchen wir die Ostseepipeline.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, sind wir in dieser Frage konsequent, konsistent und auch glaubwürdig.

Zweitens. Die Ostseepipeline ist natürlich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für das Land. Und ich muss mal sagen, dass ich es abenteuerlich finde, dass man mittlerweile dafür kritisiert wird, dass man sich für die Wirtschaft in seinem Land starkmacht. Ja, was denn sonst?! Worüber reden wir die ganze Zeit in der Corona-Krise? Und deshalb will ich sagen, für den Hafen Mukran, der dadurch auch langfristig als Standort für Offshoreprojekte gestärkt worden ist, ist es ein wichtiger Faktor, zum Beispiel als Logistikstandort für den Bau einer Pipeline von Polen nach Norwegen. Auch der Standort Lubmin profitiert vom Bau der Pipeline mit den beiden Anlandestationen. Firmen, die Spezialschiffe ausrüsten, haben in Vorpommern ihren Sitz.

Natürlich geht es auch bei diesem Projekt um Arbeitsplätze. Und das ist übrigens nichts Schmutziges, es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es auch in unserem Land gute und gut bezahlte Arbeitsplätze gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und deshalb war es für uns immer wichtig, dass diese Pipeline auch fertiggestellt wird, weil: Wer will es eigentlich verantworten, dass da eine 11-Milliarden-Ruine in der Ostsee versenkt wird?

(Horst Förster, AfD: Ja, eben!)

Und für die Fertigstellung dieser Pipeline sind natürlich Unternehmen verantwortlich. Und wir alle wissen, dass leider deutsche Unternehmen, europäische Unternehmen in den letzten Jahren immer stärker sanktioniert worden sind, zuletzt durch neue Gesetzgebungen in der Jahreswende. Und ich will noch mal ausdrücklich sagen, niemand, der am Bau, an der Fertigstellung der Pipeline mitwirkt, tut etwas Falsches oder gar Unrechtes. Falsch handelt, wer versucht, aus eigenen wirtschaftlichen Interessen den Bau der Pipeline in letzter Sekunde noch zu verhindern

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

und dafür deutsche, europäische Firmen zu sanktionieren.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Das ist falsch und das muss ein Ende haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und deshalb haben wir weiterhin die klare Erwartung, dass unsere Bundesregierung dafür sorgt, dass allen Sanktionen und Sanktionsdrohungen, die vor allem durch die amerikanische Gesetzgebung erfolgen, dass wir denen entschieden entgegentreten.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Es muss wieder Normalität für unsere Unternehmen geben. Die Ostseepipeline muss man nicht richtig finden, die kann man auch kritisieren, das ist legitim, aber was nicht geht, ist, dass man, wenn sie rechtsstaatlich genehmigt ist, Firmen, die dort rechtsstaatlich mitwirken, sanktioniert. Das ist nicht in Ordnung und da gehen wir dagegen an.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und deshalb wäre es uns wichtig, dass es weiter die Möglichkeit gibt für Firmen, diese Ostseepipeline fertigzustellen.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, ja, die Stiftung hat die Möglichkeit – übrigens nur zeitlich befristet –, einen Wirtschaftsbetrieb aufzunehmen. Im Gegenzug dazu, nicht im Gegenzug, im Gegensatz dazu, ist ihre Haupttätigkeit, Umwelt- und Klimaschutz, zeitlich unbefristet, um auch mal die Verhältnismäßigkeiten klarzustellen. Wir haben nicht vor, dass diese Stiftung diese Pipeline baut oder betreibt, es geht lediglich darum, dass die Stiftung die Möglichkeit hätte, einen Beitrag dazu zu leisten, dass

die Pipeline fertiggestellt wird. Ob diese Möglichkeit gebraucht und genutzt wird, hängt davon ab, ob die USA weiter auf Sanktionen gegen deutsche, europäische Firmen setzen. Und deshalb ist es wichtig, dass die Bundesregierung alles dafür tut, dass diese Sanktionen zurückgenommen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Stiftung bietet aus unserer Sicht zwei Vorteile für das Land: Wir bekommen erstens eine gute Stiftung mit Kapitalmöglichkeiten für Klima- und Umweltschutz.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Und zweitens, wenn es nötig ist, kann die Stiftung einen Beitrag dazu leisten, dass die Pipeline fertig wird. Aber sie wird sie weder bauen noch betreiben. Wir kommen also mit dieser Stiftung auch dem Auftrag des Landtags entgegen, uns für Klima- und Umweltschutz einzusetzen und auch für die Pipeline.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich zum Abschluss außerordentlich bei unserem Energieminister Christian Pegel bedanken, der in den letzten Wochen mit vielen Akteuren diese Umwelt- und Klimaschutz-Stiftung für uns geplant hat. Und es hat hier im Landtag immer eine große, breite Mehrheit gegeben, wenn es auch um die Ostseepipeline ging. Und wir alle wissen, dass dieses Projekt umstritten ist, ideologisch umkämpft. Und deswegen, wenn wir uns auf diesen Weg begeben, müssen wir uns klar sein, werden wir auch Gegenwind aushalten müssen. Ich finde, das ist kein Problem, wir sind norddeutsch und stehen stark und fest im Sturm, wenn es drauf ankommt.

(Burkhard Lenz, CDU: Und ein Bayer!)

Und deshalb bitte ich Sie, dass wir uns auch nicht abbringen lassen und uns auch gegen Kritik, die unsachlich ist, wehren. Ich würde mir weiter wünschen, dass wir parteiübergreifende Einigkeit haben in dieser Frage.

Und ich will ganz zum Schluss sagen, Hauptzweck dieser Stiftung ist Klima- und Umweltschutz. Ich bin sicher, dass wir mit der Stiftung die Möglichkeit haben, in den nächsten Jahren viele, viele gute Projekte in unserem Land umzusetzen. Das ist das, was unser Land braucht. Und ich weiß, dass in einigen Jahren viele wie bei der Ehrenamtsstiftung sagen werden, das war der richtige Weg, das hat unserem Land etwas gebracht, und darum geht es uns bei unserem Handeln. Dafür steht jede und jeder auch bei uns in der Landesregierung. Es geht uns darum, etwas Gutes für das Land und die Bürgerinnen und Bürger zu tun. Die Stiftung hätte dieses Potenzial und deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Die Ministerpräsidentin hat die angemeldete Redezeit um elf Minuten überschritten.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorab möchte ich mich, da es ja mit diesem Antrag der Landesregierung sehr schnell gehen musste, noch mal beim Herrn Minister Pegel bedanken, der uns heute in der Fraktionssitzung noch mal ein paar offene Fragen beantwortet hat. Vielen Dank noch mal dafür! Und herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! Das wussten wir nicht, Herr Pegel, das tut uns leid, sonst hätten Sie noch was gekriegt.

Gut, ein anderer Punkt, das hat die Ministerpräsidentin ja bereits angesprochen, die drei für den Stiftungsvorsitz vorgesehenen Personen dort, die jetzt irgendwie in Misskredit zu bringen, das liegt uns fern. Es ist natürlich so, dass diese drei Personen dort eventuell auch Nachteile erleiden werden. Das muss man anerkennen, das muss man auch sagen, das gehört zur Wahrheit dazu.

Gut, dieser Antrag, der besteht ja im Prinzip aus zwei Teilen, wenn man das so mal aufteilen will. Einmal geht es um die Fertigstellung der Nord-Stream-2-Pipeline, und zum anderen geht es um die Gründung einer Stiftung, die langfristig die Ziele der Landesregierung in puncto Energiewende unterstützen, flankieren will.

Für uns ist klar, die Nord-Stream-2-Pipeline muss fertiggestellt werden. Es ist dort ein Betrag von mittlerweile deutlich über 10 Milliarden Euro, der steht im Feuer, wenn es fertiggestellt wird. Wenn es nicht fertiggestellt wird, haben wir dort eine Investitionsruine, die Leitung verrostet dann einfach am Grunde der Ostsee und niemand hat etwas davon. Wenn man sich die Energiepolitik der letzten 20 Jahre in Deutschland anschaut, haben wir schon genügend Investitionsruinen produziert. Es geht einmal um den Ausstieg aus der Kernkraft, es geht zum anderen um den Kohleausstieg, jetzt ganz aktuell ja die Außerbetriebnahme des hochmodernen Kohlekraftwerkes in Hamburg-Moorburg nach etwas mehr als fünf Jahren Betriebszeit. Es werden dort also, es wurden in den letzten Jahrzehnten dort also Beträge von zig Milliarden Euro im Grunde genommen verschleudert. Das hätte man sich eigentlich alles sparen können, aber gut, die Mehrheit in der Politik ist eine andere. Das ist zu akzeptieren und man muss das hinnehmen.

Jetzt geht es in dem Antrag natürlich im zweiten Teil darum, dass man dort auf längere Sicht eine Stiftung installiert. Die anderen Ziele neben der Fertigstellung der Nord-Stream-Pipeline, die lehnen wir auch nicht zur Gänze ab, es sind dort durchaus einige Gesichtspunkte dabei, die wir teilen. Es ist natürlich so, dass wir mehr Erdgas brauchen. Die Nord-Stream-Pipeline in Vollkapazität hat eine Kapazität von 110 Milliarden Normkubikmetern Erdgas pro Jahr – das ist mehr als der gesamte Erdgasbedarf Deutschlands, und wir beziehen ja nicht nur über die Nord-Stream-Pipeline Erdgas, sondern auch etwa aus Norwegen, aus den Niederlanden und natürlich auch aus anderen Ländern –, sodass die Rolle Deutschlands als Handelsdrehscheibe für Erdgas dadurch natürlich gestärkt wird, was wir natürlich positiv sehen. Es liegt natürlich auch an der zentralen geografischen Lage Deutschlands in Europa. Dagegen ist eigentlich auch nichts zu sagen.

Jetzt ist es so, die Landesregierung setzt darauf, dass wir unseren Strombedarf in Zukunft durch Wind- und

Solkraft im Wesentlichen decken, natürlich auch durch andere Sachen, wie durch Biogas, Geothermie, andere Energiequellen, aber natürlich ist es halt so, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, dann brauchen wir schnell reagierende Kraftwerke, die dann den aktuell anstehenden Strombedarf decken können.

In der Begründung des Antrages ist das ja auch deutlich aufgeführt, dass dort eben jetzt Erdgaskraftwerke favorisiert werden. Das ist ja etwas, was der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft bereits seit Jahren fordert. In Deutschland sind leider zurzeit fast keine Erdgaskraftwerke in Planung oder Bau. Und wenn wir bis 2022 aus der Kernkraft und spätestens 2038 aus der Kohlekraft aussteigen wollen, dann wird es Zeit, dass dort Erdgaskraftwerke in großem Umfang in Deutschland errichtet werden müssen. Wir haben eine Spitzenlast in Deutschland von 70 Gigawatt elektrischer Leistung. Die wird in Zukunft wahrscheinlich noch zunehmen, wenn man in Elektromobilität geht, wenn man die angedachte Wasserstoffstrategie weiterverfolgt. Wir werden also eine immer weiter steigende Spitzenlast in Deutschland haben, und die muss dann eben in der Dunkelflaute durch Erdgaskraftwerke gedeckt werden, und die Kapazitäten sind nicht da. Wenn wir diese Kapazitäten von vielleicht 70 Gigawatt jetzt bauen wollen, dann bedeutet das einen Investitionsbedarf in dreistelliger Milliardenhöhe für ganz Deutschland. Das sind also weitere Kosten, die auf die Stromverbraucher zukommen. Wir schalten moderne Kraftwerke ab, Hamburg-Moorburg habe ich genannt, man könnte auch weitere Beispiele anführen, aber es ist natürlich so, dass das die Kosten der Energiewende erheblich steigern wird, und die Frage ist, wie die Akzeptanz beim Bürger dafür ist.

Gut, wir haben uns, die Landesregierung hat sich für diese Stiftungslösung entschieden, aus unserer Sicht durchaus nachvollziehbar und notwendig. Eine andere, bessere Lösung haben wir auch nicht auf der Tasche. Deshalb finden wir das jetzt erst mal in Ordnung, das mit der Stiftung. Die brauchen wir, um die Nord-Stream-Pipeline fertigzustellen. Wann die fertig ist, wissen wir nicht, wahrscheinlich vielleicht übernächstes Jahr. Hoffen wir mal, dass das alles gutgeht.

Allerdings, die Einrichtung einer Stiftung auf Dauer, die dann auf unbeschränkte Zeit existieren soll, die halten wir eben unter den vorgenannten Bedingungen nicht für sinnvoll. Wir denken, wenn die Landesregierung dort ihre energiepolitischen Ziele verfolgen will, dann sollte sie das primär durch den Landtag – transparent – machen und nicht über eine Stiftung. Es ist natürlich in Rechnung zu stellen, dass dort Zustiftungen seitens des Nord-Stream-Konsortiums erfolgen. Das ist natürlich ein Argument, was dafürspricht. Andererseits sind wir der Meinung, dass die Transparenz dabei verloren geht, wenn wir dort eine Stiftung gründen, die dann quasi eine Parallelpolitik macht, und deshalb lehnen wir den Antrag nicht ab, aber wir können ihm auch nicht zustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf die vielen inhaltlichen und organisatorischen Fragen, aber auch auf den Zusammenhang der Pipeline mit dem Klima- und Umweltschutz ist bei der Einbringung die Frau Ministerpräsidentin umfassend eingegangen. Deshalb erspare ich mir an dieser Stelle und auch Ihnen unnötige Wiederholungen.

Erstaunlich finde ich allerdings, dass sich der bisherige mediale Fokus von den im Antrag unter elf Anstrichen aufgeführten Stiftungszielen ausschließlich auf den letztgenannten Stiftungszweck konzentrierte. Dabei geht es um die, wie es angesprochen worden ist, temporären gewerblichen Aktivitäten der Stiftung, die nach meiner Auffassung durchaus nachvollziehbar und erklärbar auch sind, weil aus dieser gewerblichen Tätigkeit auch die Stiftungsziele neben dem Stiftungskapital zu finanzieren sind.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die CDU hat sich in den zurückliegenden Jahren im Zusammenhang mit der Energiewende immer für einen geordneten Umbau der Energieversorgung eingesetzt, wobei wir nie aus den Augen verloren haben zu unterscheiden zwischen dem, was technisch möglich ist und was lediglich Wunschträume sind. Deswegen spielen nach unserer Auffassung neben den erneuerbaren Energieträgern auch die fossilen Energieträger nach wie vor noch eine bedeutende Rolle, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Insbesondere ist Erdgas unter den fossilen Energieträgern derzeit der klimafreundlichste. Deshalb wird die Versorgung mit Erdgas auch in Zukunft noch eine bedeutende Rolle in Deutschland und Europa einnehmen.

Auch wenn es vom politischen Radar sehr vieler Menschen verschwunden ist, vor ziemlich genau zwei Jahren begannen auch bei uns Proteste gegen die Art und Weise, wie Deutschland seine Energieversorgung sichert. „Fridays for Future“ lautet das Stichwort. Mehrfach waren diese Demos auch Thema hier im Landtag. Und ich habe immer diese These vertreten, dass es wenig Sinn hat, gar unverantwortlich wäre, über unverhältnismäßige Einsparvorhaben unsere Volkswirtschaft zu ruinieren. Die Position meiner Fraktion war immer, wir werden unseren Energiebedarf langfristig nur dann umweltschonend und sicher decken können, wenn wir auf Innovation setzen, hier insbesondere auf das Thema „erneuerbare Energien“ und „Wasserstoff als Speichermedium“, aber auch auf die Kernfusion. Bis wir unsere Energie auf der Basis von Wasserstoff oder mittels Kernfusion gänzlich decken können, brauchen wir weiterhin einen halbwegs sauberen und sicher zur Verfügung stehenden fossilen Energieträger, und das ist nun mal Erdgas.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Ob das jeder im Blick hatte, der vor zwei Jahren auf die Straße gegangen ist, ich weiß es nicht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Was ich aber weiß, ist, dass man allein mit Luftschlössern nun mal keine Volkswirtschaft erfolgreich energetisch versorgen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Horst Förster, AfD)

Da, glaube ich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie mir zu, da sind Maß und Mitte erforderlich, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Und die Umsetzung der Energiewende, so, wie ich sie eben beschrieben habe, geht mit einem längeren Übergangszeitraum einher. Gerade Gaskraftwerke sind aufgrund ihrer Flexibilität geeignet, die Grundlastfähigkeit in Deutschland für die kommenden Jahre zu sichern.

Für uns als CDU ist das Projekt Nord Stream deswegen von enormer Bedeutung. Wir sehen die sichere Versorgung mit Erdgas als Voraussetzung für die weiterhin gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Deutschland ist eben nach wie vor ein Industriestandort, der viel Energie braucht. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern wissen wir, welche fatalen Folgen Deindustrialisierung haben kann. Der Grund dafür, dass die Löhne bei uns bis heute im Durchschnitt niedriger als in anderen Teilen Deutschlands sind, ist in erster Linie im Fehlen von Industrie zu suchen. Schon deshalb muss uns daran gelegen sein, für die Industrie in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland eine langfristige sichere Energieversorgung zu sichern.

Fachleute gehen aktuell davon aus, dass die Nachfrage nach Erdgas in Europa in den nächsten 20 Jahren mindestens stabil bleiben wird. Gleichzeitig wird mit einem Rückgang der Produktion in Norwegen, Großbritannien und auch in den Niederlanden gerechnet. Um diese Lücke zu schließen, ist es notwendig, Maßnahmen für eine sichere Versorgung mit Erdgas zu gewährleisten. Mit dem Projekt Nord Stream 2 soll die entsprechende Infrastruktur dafür geschaffen werden.

Dennoch ist der Bau der Pipeline nicht unumstritten, nicht in Deutschland, nicht in der EU und weltweit schon gar nicht. Jeder Staat auf dieser Welt verfolgt Interessen. Die USA tun das, Deutschland tut das und Russland tut es auch. Mitunter decken sich die Interessen von Staaten, mitunter tun sie das nicht. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich frühzeitig zum Bau der Pipeline bekannt, und deswegen ist die Errichtung der Pipeline zur Absicherung des Projektes ein logischer Schritt.

Gleichzeitig möchte ich hier noch darauf hinweisen, dass in den vergangenen Jahren sehr viel transatlantisches Porzellan zerschlagen wurde. Der Hauptverantwortliche dafür wurde vor einigen Monaten abgewählt, und nach den gestrigen Ereignissen in den USA kann man sehr wohl sagen, Gott sei Dank! In etwa zwei Monaten wird sein Nachfolger ernannt. Ich habe sehr große Hoffnung, dass die politische Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten vor einer Renaissance steht. Anders wird es nicht möglich sein, die Probleme auf dieser Welt zu lösen. Der Bau beziehungsweise die Fertigstellung der Pipeline, davon gehe ich ganz fest aus, wird die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht nachhaltig eintrüben.

Zugleich muss uns gleichwohl an partnerschaftlichen Beziehungen mit Russland gelegen sein, auch wenn die innenpolitischen Zustände in Russland durchaus besorgniserregend sind, und das nicht erst seit gestern. Ich persönlich halte diese Lösung für ein sehr wichtiges Infrastrukturprojekt mit einem erheblichen langfristigen volkswirtschaftlichen Nutzen, nicht nur für beide Staaten, sondern für Europa insgesamt wichtig. Aus diesem Grund befürwortet meine Fraktion unverändert den Bau der Pipeline, ebenso jetzt die Errichtung der Pipeline, die

neben dem Klimaschutz auch den Bau der Pipeline absichern soll.

Zum Schluss, sehr geehrte Damen und Herren, sei mir jedoch noch eine Bemerkung zum Kommentar des Herrn Reißer in der SVZ vom 06.01.2021 gestattet. Fragwürdig finde ich seinen Aufruf zur Anstiftung der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, die Stiftungsurkunde nicht zu unterschreiben. Sehr geehrter Herr Reißer, an dieser Stelle darf ich auf Artikel 22 Absatz 1 unserer Landesverfassung hinweisen, ich zitiere: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Zitatende. Ich jedenfalls lasse mich von niemandem anstiften. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Eifler!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag widmet sich heute zwei entscheidenden Zukunftsthemen: der Frage, wie die Herausforderungen der Corona-Pandemie gestemmt werden können, und der Frage, wie Mecklenburg-Vorpommern den Klimaschutz weiter voranbringen kann. Beide Themen werden die Politik des Landes noch sehr viele Jahre begleiten. Dabei ist der Schutz des Klimas nicht nur eine akute Aufgabe für die nächsten fünf bis zehn Jahre, nein, es ist, wie im vorliegenden Antrag passend formuliert, eine Jahrhundertaufgabe.

Und es gibt noch eine weitere Gemeinsamkeit mit dem heute Vormittag diskutierten Thema, nämlich die Akzeptanz. Die Corona-Maßnahmen müssen von der Bevölkerung verstanden, akzeptiert und umgesetzt werden, damit sie auch Erfolg haben. Genauso ist das beim Klimaschutz. Nur wenn jeder Einzelne seinen Beitrag leistet, erlernte Verhaltensmuster ändert, Maßnahmen versteht und akzeptiert, nur dann wird letztlich auch der Klimaschutz Erfolg haben.

Und dazu braucht es klar definierte und nachvollziehbare Ziele und konkrete, abrechenbare Maßnahmen. Diese hat aus meiner Sicht das Land noch nicht. Und das ist ein Problem, das ich seit Längerem kritisiere. Die Ziele fehlen und an der Kommunikation mangelt es auch. Das muss sich zwingend ändern. Und da wiederhole ich gern die Forderung meiner Fraktion, Mecklenburg-Vorpommern braucht ein Klimaschutzgesetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem heute vorliegenden Antrag sehe ich einen Schritt in die richtige Richtung (mehr Klimaschutz) und vielleicht sogar auch einen Schritt in Richtung Klimaschutzgesetz für Mecklenburg-Vorpommern. Von einer Stiftung für Klima- und Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern können wichtige Impulse ausgehen, nicht nur für eine bessere Kommunikation in die Öffentlichkeit. Nein, ich sehe die Möglichkeit, und das ist ja auch geplant, konkrete Projekte anzuschließen, die die Menschen beim Klima- und Umweltschutz mitnehmen, denn es geht ums Mitmachen, für den Aha-Effekt und für die eigene Verhaltensände-

rung. Und darum ist die Stiftung auch ein Schritt für ein Klimaschutzgesetz, weil eine Stiftung konkrete Ziele und Maßnahmen braucht, die sie flankiert und die sie umsetzt.

Meine Damen und Herren, mit der Gründung der Stiftung sollte allen deutlich werden, dass die energiepolitische Konzeption oder die Loseblattsammlung aus dem Aktionsplan Klimaschutz mit wichtigen, aber unverbindlichen Maßnahmen nicht mehr ausreichen. Besonders zu begrüßen ist, dass Forschung und Entwicklung für den Klimaschutz ganz oben auf der Agenda der Stiftung stehen sollen.

Meine Damen und Herren, wie es jetzt schon deutlich wurde, die Stiftung hat darüber hinaus einen weiteren wesentlichen Zweck. Von den Gegnern wird sie als „Trick“ bezeichnet. Der Antrag zeigt, dass wir noch lange nicht so weit sind, um gänzlich auf fossile Energieträger verzichten zu können. Mit dem Atomausstieg und auch dem Kohleausstiegsplan sind zwar Meilensteine definiert, aber der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien ist noch ein langer und steiniger Weg.

Um diesen Weg zu gehen und gleichzeitig die Energiesicherheit zu gewährleisten, werden flexible Gaskraftwerke ein wesentlicher Baustein sein müssen. Wir wollten das so nicht, denn wir wollen so schnell wie möglich aus der fossilen Energiewirtschaft aussteigen, ebenso wie aus der Atomwirtschaft. Daran wird sich auch nichts ändern, aber die jahrelange Blockade des Ausbaus der erneuerbaren Energien durch die verschiedenen Bundesregierungen der vergangenen Legislaturen zwingt faktisch dazu, Gas als Brückentechnologie zu nutzen. Und wie der Antrag richtig feststellt, wird auch die Etablierung von Speichern im industriellen und massenproduktions-tauglichen Maßstab noch eine Weile dauern, ebenso wie die Verwirklichung der Sektorenkopplung, zumal leider auch mit dem aktuellen Klimapaket und der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nicht wirklich zu erkennen ist, dass in Richtung Ausbau erneuerbarer Energien, Speicherung und Sektorenkopplung tatsächlich eine Kohle zugelegt wird. Gas als Energieträger wird nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur für Deutschland, sondern auch für die europäischen Staaten von besonderer Bedeutung auf dem Weg in eine Zukunft mit 100 Prozent erneuerbaren Energien und mehr Klimaschutz sein.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine Randbemerkung: Ich finde es schon erstaunlich, wie sich die GRÜNEN hier im Land dazu positionieren. Mit Beschimpfungen kann ich umgehen, das bleibt offenbar leider nicht aus in der Politik. Aber die GRÜNEN sollten nicht vergessen, dass zahlreiche Mitglieder der Naturschutzverbände und auch Teile der Partei Seite an Seite mit Bürgerinitiativen gegen den Ausbau der Windenergie hier bei uns im Land demonstrieren. Und gegen den Import von Fracking-Gas habe ich grüne Stimmen bisher auch nicht so sehr laut gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Irgendwie passen diese Positionen nicht zusammen. Unsere Position ist klar, wir wollen so schnell wie möglich die Energiewende vollenden. Auf diesem Weg brauchen wir Gas als Brückentechnologie. In diesem Wissen hat sich ja auch der Landtag insgesamt bereits mehrmals

für die Fertigstellung der Nord-Stream-2-Pipeline ausgesprochen. Die Stiftung für Klimaschutz und Umwelt muss der Garant dafür sein, dass diese Pipeline auf den letzten Metern auch fertiggestellt wird.

Dass die Fertigstellung den USA nicht passt, das spüren die beteiligten Unternehmen und auch das Land bereits ziemlich deutlich. Die Eskalationsspirale wird Stück für Stück nach oben gedreht. Es sind knallharte wirtschaftliche und strategische Interessen, die dahinterstehen. Europa soll das wesentlich umweltschädlichere und auch noch deutlich teurere Fracking-Gas aus den USA beziehen. Dass Russland nebenbei noch ein geostrategischer Rivale der USA ist, ist da nur eine Randerscheinung bei diesem Geschäft.

Der Landtag hat sich bisher geschlossen gegen die Erpressungsversuche und Drohgebärden der US-Administration gezeigt. Das war ein starkes Signal. Wer aber in den letzten Wochen auch nur ein Fünkchen Hoffnung hatte, dass sich diese Politik, die Politik jenseits von Diplomatie und der Missachtung von souveränen Entscheidungen von Nationalstaaten, nicht mehr fortsetzt, der wurde eines Besseren belehrt. Inzwischen ist das Sanktionsgesetz in den USA beschlossen. Mit gleichberechtigten Handelsbeziehungen und respektvollem Umgang hat das nichts zu tun. Nach wie vor vermisste ich deutliche Worte aus der Bundesregierung oder auch Reaktionen auf europäischer Ebene. Ich muss wirklich staunen darüber, was sich die Bundesregierung und auch die europäischen Staaten insgesamt alles so bieten lassen.

Meine Damen und Herren, für meine Fraktion steht fest, Europa, Deutschland und als Letztes auch Mecklenburg-Vorpommern dürfen sich nicht zum Spielball der wirtschaftspolitischen Interessen der USA machen lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nach den starken Signalen, die auch wir mit den Beschlüssen aus dem Landtag heraus gesendet haben, folgen mit der Stiftung nun auch Taten, die verdeutlichen, dass Mecklenburg-Vorpommern souverän eigene Entscheidungen treffen kann und wird. Und wenn das als „Trick“ bezeichnet wird, so kann ich damit leben. Ich finde es eher bedauerlich, dass wir zu solchen Mitteln überhaupt greifen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Wir sind keine Kolonie der USA, die auf Weisungen wartet, ganz im Gegenteil, Mecklenburg-Vorpommern hat sich für den Bau von Nord Stream 2 ausgesprochen und Mecklenburg-Vorpommern wird heute einen entscheidenden Schritt machen, damit das auch ermöglicht wird. Und der Landtag wird außerdem an die Menschen in Sassnitz, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hafen und die Unternehmen, die am Bau der Pipeline in irgendeiner Weise beteiligt sind, das Signal senden, wir stehen an eurer Seite und werden euch auch zukünftig unterstützen. – Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

(Der Abgeordnete Holger Arppe verzichtet.)

Ich sehe, Herr Arppe hat seinen Wortbeitrag zurückgezogen. Dann hat jetzt das Wort für die Fraktion der AfD Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Um eins klarzustellen, das hat ja schon mein Kollege Obereiner gemacht, Nord Stream ist für uns keine Frage, da stehen wir 100-prozentig dahinter.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Na, dann stimmen Sie zu!)

Eine Stiftung für Klimaschutz lehnen wir im Prinzip ab, aus den Gründen, weil wir eine verfehlte Klimapolitik nicht unterstützen wollen. Für verfehlt halten wir sie deshalb, nicht, weil wir gegen Klimaschutz sind, sondern weil Klimaschutz, um das in wenigen Worten zu sagen, auf den Punkt zu bringen, ein globales Problem ist. Wir sind mit zwei Prozent weltweit am CO₂-Ausstoß beteiligt und agieren so, als ob wir mit unseren Maßnahmen die Welt retten könnten. Es ist schwierig, und das schafft ja kein anderes Land, zugleich aus der Kernenergie und zugleich aus der Kohle auszusteigen und dann zu glauben, man könnte wirtschaftlich vernünftig letztlich nur noch mit erneuerbaren Energien leben. Wir haben die höchsten Strompreise und, und, und, das kennen Sie alles. Also ganz klar die Position meiner Fraktion: Eine Stiftung für Klimaschutz lehnen wir ab.

Trotzdem sind wir natürlich in der Zwickmühle, weil uns vorgetragen wird – und das alles sehr knapp und sehr kurz und wir konnten, trotz der erfreulichen Erörterungen und Hinweise von Minister Pegel sind wir natürlich im Grunde schwach informiert von gestern Abend bis heute –, sind wir in der Zwickmühle, weil uns erzählt wird, dass diese Stiftung notwendig sei, um Nord Stream zu retten. Und da wundere ich mich schon, wie von gestern Abend bis heute dann wundersam plötzlich diese Dinge erklärt werden. Also ich habe irgendwo mal gelesen oder ich sage es auch so, Politiker und Juristen, glaube ich, können alles erklären, jedenfalls tun sie, als ob sie alles erklären können. Es ist einfach nicht glaubwürdig, dass diese Stiftung, ...

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Jaja!

... dass diese Stiftung, ...

Ich will ja gerade sagen, ich mache das nicht so ganz mit.

... dass diese Stiftung nun wirklich klimaschutzmotiviert ist. Also der ganze, wenn man das auf den Tisch stellt – stellen wir uns das mal wie ein gerichtliches Verfahren vor, man kann es ja übertragen auf einen Zivilprozess –, Sie kriegen so was auf den Tisch, die Motivation ist sonnenklar, die Unterlagen sind klar, das Ganze wird gegründet, um doch noch Nord Stream irgendwie hinzukriegen.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Und trotzdem stimmen Sie nicht zu!)

So, und wenn das so ist und es wirklich notwendig wäre – und deshalb sind wir in der Zwickmühle, da stehen wir ja dahinter, das hat mein Kollege Obereiner ja gesagt –, aber mich überzeugt das nicht. Die Amerikaner, das brauche ich ja auch nicht zu vertiefen, setzen knallhart ihre Interessen durch. Und da die auch, wer sagte das heute, die „Bild-Zeitung“ lesen und das alles mitkriegen hier, werden sie keine Schwierigkeiten haben, das als, ich sage es mal so überspitzt, als eine Mogelpackung zu entlarven, und sie werden auch rückwirkend, dann haben sie mit der Rückwirkung auch kein Problem, werden sie ihre Sanktionen da auch drauf erstrecken. Dessen bin ich mir sicher.

Wenn dieses Land es wirklich will, dann wäre hier ein Punkt, wo man genau das Verhältnis zu Amerika an der Stelle – und da ist jetzt der Präsidentenwechsel, stehen die Chancen ja nicht so schlecht – auf den Prüfstand stellen müsste, jedenfalls diesen Punkt klären müsste. Dann müsste man den vollen Rückhalt der Bundesregierung haben. Und wenn dem so wäre – das scheint nämlich nicht zu sein –, wenn der so wäre, dann würde nicht die Verantwortung für Nord Stream jetzt allein dem Land M-V aufgedrückt. Dann müsste die Bundeskanzlerin sich gerademachen mit Rückgrat und müsste den Amerikanern verklickern, dass, wenn die Beziehungen sich nun ändern sollen, dass sie mit diesen Sanktionen aufhören müssen, denn sie sind ja rechtswidrig, da sind wir uns ja alle einig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und da die Amerikaner knallhart, noch mal, ihre Interessen durchsetzen, wird diese Stiftung – das ist meine Prophezeiung – überhaupt nichts fruchten am Ende. Und bisher haben wir keine Erklärung bekommen, dass diese Stiftung wirklich der einzige Weg ist. Der Staat hat viele Möglichkeiten. Er kauft ja auch Impfstoff ein, er schafft die Subventionen. Also natürlich hätte auch – auch von staatlicher Seite und sei es über eine irgendwie kreierte Firma –, hätte man bewirken können, dass die Materialien, um die geht es ja, es sollen ja die Sachen herkommen und im Grunde gelagert werden, die dann für den weiteren Bau notwendig sind, das alles hätte auch von staatlicher Seite direkt erfolgen können. Und dass es nicht geschieht, ist für mich ein deutliches Signal, dass Berlin – und da gibt es ja genug Gegner, Röttgen ganz oben an –, dass Berlin nicht dahintersteht. Und das ist das eigentliche Problem. Und wenn Sie das glauben mit der Stiftung lösen zu müssen, dann wünschen wir Ihnen Glück, aber da es auch, ich habe diese Zwickmühle beschrieben, da das so ist, können wir unseren Beitrag nur in der Weise leisten, dass wir uns der Stimme enthalten, denn überzeugend ist das Projekt nicht. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit zwei Dingen zu Beginn meiner Rede anfangen, zwei grundsätzlichen Aussagen, und ich hoffe, dass das in der

Folge des Redebeitrages dann auch deutlich wird, was der Hintergrund dafür ist.

Erstens. Meine Fraktion begrüßt ausdrücklich die Einrichtung einer Klima- und Umweltschutzstiftung durch das Land. Daran gibt es überhaupt kein Vertun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und zweitens, zweitens, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich die Debatte heute hier verfolgt habe – mit Ausnahme des Redebeitrages der Ministerpräsidentin, die ja das eingebracht und vorgestellt hat –, dann bin ich mir nicht sicher gewesen, ob jeder der hier Anwesenden tatsächlich auch die Vorlage für die heutige Landtagssitzung wirklich gelesen hat, weil ich habe hier manchmal den Eindruck gehabt, es handelt sich hier um den Versuch, eine, ich nenne das mal, Fertigstellungsstiftung für Nord Stream 2 zu machen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich mal bemühen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ihnen und vielleicht auch der Öffentlichkeit in dem Zusammenhang deutlich zu machen, dass dem so nicht ist, sondern dass wir, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, heute hier über die Errichtung einer Klima- und Umweltschutzstiftung mit einem Grundkapital von 200.000 Euro debattieren, die unter anderem auch zur Förderung ihrer umweltpolitischen Stiftungszwecke einen wirtschaftlichen Betrieb einrichten kann. Und eine der Möglichkeiten dieses wirtschaftlichen Betriebes ist es unter anderem auch, im Bereich der Fertigstellung der Nord-Stream-2-Pipeline unterstützend mit tätig zu werden, und zwar – und dafür bin ich der Ministerpräsidentin ausdrücklich dankbar, dass sie das deutlich gemacht hat – dann auch am Ende des Tages nur zeitlich begrenzt, weil ich in der Vergangenheit, in den letzten, sagen wir mal, Tagen, ja immer schon wieder gelesen habe, dass es nachher möglicherweise auch darum gehen sollte, dass diese Stiftung möglicherweise NS2 – also Nord Stream 2, die Pipeline – betreibt, und das ist natürlich absoluter Unfug.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich vielleicht so beginnen: Meine Fraktion, meine Fraktion, meine Partei hat sich bereits seit Längerem ausdrücklich dafür eingesetzt, dass wir einen ökonomisch und sozialverträglich gestalteten Umbau unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft hin zu mehr Nutzung erneuerbarer Energien brauchen und vollziehen müssen. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sage das an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich, die Zukunft nicht nur unseres Landes, aber auch die von Mecklenburg-Vorpommern wird in einer stärker nachhaltig ausgerichteten und ökologisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik sein. Und dazu gehört natürlich auch die Verwendung erneuerbarer Energien, und das ist das Ziel meiner Fraktion und auch dieser Landesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns doch aber hoffentlich auch über einen Punkt einig an dieser Stelle – und zumindest habe ich auch die Frau Kollegin Schwenke so verstanden, aber ich glaube, Herr

Kollege Eifler hat es auch gesagt –, wir werden das nicht übers Knie brechen können. Wir werden nicht heute sagen können, wir haben diesen Fehler ja schon einmal mit einem Atomausstieg gemacht, dass wir gesagt haben, oh, wir steigen morgen aus der Atomenergie aus – was ich vom Grundsatz her für richtig halte –, aber ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie ich denn eigentlich mit den Folgen umgehe: Wo kriege ich die Energie für die Haushalte, für die Wirtschaft in diesem Land her, die ich dann tatsächlich brauche, wenn sie dort nicht mehr herkommt?

Und in der gleichen Situation sind wir momentan wieder. Wir haben einen Kohleausstieg beschlossen, wir wollen die Stärkung der erneuerbaren Energien, aber wir wissen ganz genau, dass wir das nicht machen können von heute auf morgen, und dafür – und da bin ich der sehr geehrten Kollegin Schwenke auch außerordentlich dankbar, dass sie das an dieser Stelle noch mal gesagt hat – brauchen wir Energieträger, die für einen entsprechenden Übergangszeitraum durch uns genutzt werden können. Da rede ich übrigens nicht für Mecklenburg-Vorpommern, das ist ein gesamtdeutsches, ein gesamt-europäisches Problem, vor dem wir stehen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist einer der Gründe – und das ist ja, glaube ich, Konsens in diesem Haus –, weswegen sich dieses Haus dann tatsächlich auch gemeinsam mit der Landesregierung immer dafür ausgesprochen hat, dass wir die Fertigstellung der Nord-Stream-2-Pipeline befürworten. Und daran hat sich, das sage ich an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich, daran hat sich auch bis heute nichts geändert, und wir begrüßen sämtliche Versuche, diese Pipeline auch weiter fertigzustellen, weil wir sie für die Energieversorgung mittelfristig in diesem Land – und damit meine ich jetzt nicht allein Mecklenburg-Vorpommern, sondern Deutschland – tatsächlich auch brauchen.

Aber lassen Sie mich an einer Stelle noch mal zunächst auf die Stiftung zurückkommen. Wofür ich dieser Landesregierung außerordentlich dankbar bin – und ich sage das jetzt nicht nur deswegen, weil es auch auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion da reingekommen ist in den Stiftungszweck, sondern weil ich das wirklich für wichtig halte, und ich hoffe, dass das auch über meine eigene Fraktion entsprechend Unterstützung, auch inhaltliche Unterstützung findet, nicht nur im Abstimmungsverhalten –, ist, dass mit dieser Stiftung, das ist der qualitative Unterschied zu den bereits von der Ministerpräsidentin genannten bestehenden Stiftungen, die dort errichtet worden sind, dass sich diese Stiftung halt nicht alleine auf den Bereich Mecklenburg-Vorpommerns beziehungsweise der Küstengewässer Mecklenburg-Vorpommerns bezieht, sondern dass hier explizit aufgenommen worden ist, dass sie auch sich im gesamten Bereich der Ostseeregion, der Ostseeanrainerstaaten engagieren kann.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir hier in diesem Haus, wir hier in diesem Haus haben in der Vergangenheit uns immer wieder dafür eingesetzt, dass wir die politische und gesellschaftliche Zusammenarbeit in der Ostseeregion selber nicht nur befürworten, sondern auch unterstützen wollen mit Maßnahmen, die wir machen können. Wir sind eines – und das muss man angesichts der Größe dieses Parlamentes und dieses Landes auch mal sagen –, das sehr, sehr viele Ressourcen einsetzt in dem Bereich, wie es sich in der Ostseeparlamentarierkonferenz einsetzt, wie es sich auch mit den Gremi-

en wie HELCOM dann beschäftigt, wie es sich im Parlamentsforum Südliche Ostsee einsetzt und den anderen. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sage das an dieser Stelle auch noch mal, damit fällt für mich – für meine Fraktion auch – das von diesem Landtag begrüßte, unterstützte und hoffentlich dann ja vielleicht in diesem Jahr auch noch in Kraft tretende Zusammenarbeitsabkommen mit der Duma der Oblast Leningrad zusammen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das ist Zusammenarbeit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die letztendlich allen nützt. Sie nützt den Klimaschutz- und umweltpolitischen Zielen im gesamten Ostseeraum,

(Beifall Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

weil die Ostsee macht keinen Unterschied davor, ob sie an die hiesigen Küsten plätschert mit ihrem Wasser oder ob sie das möglicherweise in Polen oder in Schweden oder in Russland macht, und es nützt letztendlich, auch wenn das vielleicht an dieser Stelle etwas hochtrabend klingen mag, es nützt auch der Verständigung zwischen den Staaten und ihren Völkern hier im gesamten Ostseeraum. Und es ist auch mit ein Teil, der letztendlich auch dazu dient, dass wir hier gemeinsam in Frieden leben, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Und deswegen ist es wichtig, deswegen ist es wichtig, dass diese Stiftung, diese neu gegründete Stiftung oder neu zu gründende Stiftung diese Überlegung hier mit aufnimmt und tatsächlich auch in den kommenden Jahren durch ihre Arbeit vertieft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will jetzt nicht so tun, ich will jetzt nicht so tun, als ob Nord Stream 2 da nichts mit zu tun hätte. Natürlich geht es am Ende des Tages auch – nicht, was den Stiftungszweck angeht, nicht, was die mittelfristige oder gar langfristige Arbeit dieser Stiftung angeht, aber was die momentane Situation, in der wir uns bewegen, nicht nur wir allein hier in Mecklenburg-Vorpommern, sondern wir insgesamt in Europa –, geht es auch um die Frage, wie gehe ich mit Nord Stream 2 um. Und dann sage ich das an einer Stelle erst mal zunächst, ich finde es gut, ich finde es gut, wenn ein Unternehmen wie die Nord Stream 2 AG, das in der Schweiz sitzt, in Zug – um da Steuern zu sparen, vermute ich mal –, dass dieses Unternehmen sagt, wir sind bereit, uns mittelfristig mit 60 Millionen Euro an dieser Stiftung zu beteiligen, nicht, weil wir daraus Rendite erwarten, sondern weil wir auch eine gesellschaftspolitische Verantwortung sehen, auch vor dem Hintergrund, was wir möglicherweise, na ja, nicht ganz so klimapolitisch positiv mit unserem Erdgas an der einen oder anderen Stelle machen. Das ist gesellschaftspolitische Verantwortung, wie man sie auch von Unternehmen erwarten kann und am Ende des Tages erwarten muss.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind 60 Millionen Euro angesichts eines Gesamtinvestitionsvolumens von rund 10 Milliarden Euro inzwischen für die Nord-Stream-2-Pipeline nicht unbedingt ein weltbewegender Betrag – es ist weniger als ein Prozent –, aber jetzt wollen wir doch mal ganz ehrlich sein: Wir können doch nur in die Hände klatschen, wenn sich ein Unter-

nehmen bereit erklärt zu sagen, wir geben jetzt einmal 20 Millionen im Zusammenhang mit der Gründung der Stiftung und sind auch bereit, in der Folgezeit noch mal 40 Millionen weitere Euro in diese Stiftung reinzugeben, um Ziele zu verfolgen, die nicht originär mit dem Unternehmensgegenstand zu tun haben. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das sollte man dann auch mal anerkennen!

Und, meine Damen und Herren, natürlich tut das die Nord Stream 2 AG auch – auch! –, weil sie tatsächlich ein Interesse an der Fertigstellung der Pipeline hat. Nur, wollen wir doch mal ganz ehrlich sein, völlig egal, ob Nord Stream 2 – und ich rede jetzt von dem Unternehmen, nicht von der Pipeline –, ob sie dieses Geld als Zustiftung geben würden oder nicht, wir haben hier im Land eine klare politische Position, die immer geheißen hat, wir unterstützen dieses Unternehmen bei der Fertigstellung der Pipeline. Die hätten sich genauso gut hinstellen können und sagen können, wir behalten unser Geld. Wir hätten trotzdem gesagt, dass wir diese Pipeline weiterhin unterstützen, auch gegenüber Berlin und auch an den anderen Stellen, wo wir das machen können. Das muss man an dieser Stelle auch mal deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Aber, aber, meine Damen und Herren, auch das will ich an dieser Stelle deutlich sagen, auch wir haben ein gewieftes Interesse, ein wichtiges Interesse an der Fertigstellung dieser Pipeline. Und das ist nicht nur der Grund, dass wir letztendlich es auch nicht verantworten können, dass auch mit der Beteiligung von westeuropäischen Unternehmen, die immerhin rund 5 Milliarden Euro inzwischen in die Fertigstellung dieser Pipeline investiert haben, dass wir es tatsächlich nicht verantworten können, einfach zuzugucken, wie ein solches Investment zu einer Investruine wird und dann tatsächlich in der Ostsee liegen bleibt, ohne dass das damit so gemacht werden kann. Das ist eine Verantwortung, eine wirtschaftspolitische Verantwortung, die wir gegenüber jedem Unternehmen haben, das sich hier in diesem Land engagiert hat, egal, ob es groß oder klein ist. Wir müssen das tun, was wir politisch und rechtlich verantworten können, um diese Unternehmen zu unterstützen, dass ihr Investment am Ende des Tages zu einem Erfolg kommt, völlig egal, ob es eine Nord Stream 2 AG ist oder ein kleiner Handwerksbetrieb, der in diesem Land tatsächlich sich engagiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, ich will das noch einmal kurz aufgreifen, ich will das nicht vertiefen, weil sowohl die Ministerpräsidentin als auch der Kollege Eifler und auch die Kollegin Schwenke haben das schon deutlich gemacht, aus meiner Sicht, aus Sicht meiner Fraktion gibt es im Endeffekt vier Gründe, die tatsächlich dafür sprechen, dass wir uns als Politik – damit rede ich jetzt nicht von der Stiftung, ich rede von uns hier, die wir heute hier auch darüber abstimmen –, dass wir uns als Politik für die Fertigstellung dieser Pipeline engagieren.

Der erste Punkt ist die energetische Versorgungssicherheit. Das ist in den nächsten Jahren substanziell für Deutschland, für Europa, dass wir tatsächlich auch weiter Erdgas bekommen. Wir haben ungefähr einen Bedarf, wenn ich das jetzt mal über den Daumen peilen kann, von, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, 400 Milliar-

den Kubikmeter Erdgas in Europa pro Jahr. Davon kommen rund 200 Milliarden Kubikmeter alleine aus Russland, völlig egal, ob jetzt Nord Stream 2 fertiggestellt wird oder nicht. Wir werden auch in den nächsten Jahren Erdgas brauchen für die Versorgungssicherheit, weil wir wissen alle, dass nicht nur wir hier in Deutschland zum Beispiel aus der Kohle aussteigen wollen, auch andere Länder tun das. Italien tut das, Österreich tut das, Niederlande tun das, und wir könnten diese Liste wahrscheinlich noch weiter ausdehnen. Alle diese Länder brauchen Erdgas, und das kommt zu einem Großteil heute schon aus Russland, und – da werden wir nicht dran vorbei diskutieren können – das wird es auch in Zukunft tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, sehr geehrte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ein Satz nur, weil es ist hier auch schon gesagt worden, der zweite Punkt ist die Sicherung von Arbeitsplätzen. Und ich hoffe, dass Sie mir das abnehmen, weil ich an dieser Stelle mich häufig genug auch für andere Unternehmen in diesem Land eingesetzt habe, dass wir möglichst viel tun, damit diese Arbeitsplätze gesichert werden, auch wenn ich nicht immer damit Begeisterungstürme in der einen oder anderen Region dieses Landes damit erreiche. Aber genauso, wie ich mich hier und wie sich meine Fraktion und wie diese Landesregierung sich zum Beispiel für die Sicherung der Arbeitsplätze der MV WERFTEN einsetzt, was ich auch für richtig halte und wichtig halte, genauso setzen wir uns natürlich auch für die Sicherung der Arbeitsplätze zum Beispiel in Mukran ein, weil auch das ist etwas, was für das Land wichtig ist. Auch diese Menschen müssen darauf vertrauen können, dass wir sie nicht einfach im Regen stehen lassen, nur weil es mal etwas schwieriger wird und weil es Winter ist und kälter und es draußen stürmt. Das kann so nicht sein, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und der dritte Punkt, der dritte Punkt, ich habe es eben schon mal gesagt, ist die grundsätzliche Bereitschaft, sich für die Unternehmer/-innen und Unternehmen in diesem Land tatsächlich zu engagieren. Die haben ein Recht darauf. Das ist kein Geschenk. Das ist ein Recht, das die Unternehmen – die in diesem Land – haben, darauf vertrauen zu können, dass sich die Politik tatsächlich für sie engagiert und für sie einsetzt.

Und der vierte Punkt, der mag für den einen oder anderen nicht wichtig sein, aber er ist für mich und er ist für meine Fraktion wichtig: Wir wollen auch weiterhin, dass das über Jahre entstandene positive Verhältnis zwischen unserem Land und Russland auch weiterhin dadurch unterstützt wird. Und ich persönlich halte es für wichtig, weil nur, wenn man miteinander redet, wenn man miteinander arbeitet, wenn man auch miteinander Geschäfte macht, dann schießt man nicht aufeinander. Und ich möchte nicht in die Situation kommen, in der wir im Kalten Krieg waren, wo die Truppen sich gegenüberstanden haben und gegenseitig dann auch die Gefahr bestand, dass man übereinander im wahrsten Sinne des Wortes herfällt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will jetzt nicht noch mal darauf eingehen, welche Bedeutung Erd-

gas und auch letztendlich diese Pipeline für die Versorgungssicherheit hat, aber ich will etwas deutlich machen. Ich habe zu Beginn meiner Rede gesagt, das ist keine Fertigstellungstiftung. Und ich sage das an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich, man sollte keine zu hohen Erwartungen daran setzen, was mit dieser Stiftung – und jetzt rede ich nur über den immer wieder in der Diskussion nach vorne gebrachten, was aus meiner Sicht gar nicht das Entscheidende ist, nach vorne gebrachten wirtschaftlichen Zweck, nämlich die Hilfestellung bei einer Fertigstellung von Nord Stream 2 –, ich will das an einem einzigen Beispiel deutlich machen, was diese Stiftung eben nicht leisten kann:

Diese Pipeline wird nur dann fertiggestellt werden – weil der größte Teil der noch zu verlegenden Rohre ist in dänischen Hoheitsgewässern –, wenn sich ein Zertifizierer findet, der die Verlegearbeiten in den dänischen Hoheitsgewässern zertifiziert. Und der muss nicht das Unternehmen oder die Stiftung oder Nord Stream 2 AG zertifizieren, er muss die Tätigkeit, nämlich das Verlegen der Pipeline, zertifizieren. Und der größte international tätige Zertifizierer – das ist DNV GL, dem einen oder anderen vielleicht noch als Germanischer Lloyd bekannt –, der ist ausgestiegen. Und ein wirklich immenses Problem, das Nord Stream 2 AG momentan hat, ist, im internationalen Markt einen Zertifizierer zu finden. Und wenn sie das nicht tun, dann wird diese Pipeline nicht gebaut. Und diesen Zertifizierer finden – da ist es völlig egal, ob Sie eine Stiftung bauen oder haben oder ob Sie eine Nord Stream 2 AG haben, die das macht, oder ob Sie noch ein drittes Unternehmen suchen, das das macht –, die Pipeline wird zertifiziert und das Zertifizieren der Pipeline ist sanktionsbewehrt. Deswegen also soll man mal deutlich machen, wir können Hilfestellung leisten, und das sollten wir auch tun, aber wir können nicht die Probleme von Nord Stream 2 und der Nord Stream 2 AG lösen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, warum machen wir das denn überhaupt? Warum machen wir das zu diesem Zeitpunkt? Die Frage ist ja auch aufgebracht worden. Dann will ich das an dieser Stelle auch ganz kurz noch anreißen – damit komme ich dann auch zum Ende meiner Rede –: Wir sind bei allen Schwierigkeiten, die wir mit unseren US-amerikanischen Partnern haben, in einer Situation, die auch eine Chance bietet, und diese Stiftung ist eine Möglichkeit, vielleicht den Beteiligten, die diese Chance nutzen wollen, auch ein bisschen Zeit zu verschaffen. Und das ist in meinen Augen der wesentliche Gedanke, wenn wir überhaupt über die Frage „Fertigstellung NS2“ reden. Wir haben mit dem neuen zukünftigen US-Präsidenten jemanden, der natürlich auch gesagt hat in der Vergangenheit, er ist nicht begeistert von Nord Stream 2, aber er ist, er ist auch jemand, der erklärt hat – und das jetzt auch gerade kürzlich wieder erklärt hat –, dass er an einer Verbesserung der transatlantischen Beziehungen Interesse hat. Und das betrifft nicht nur Deutschland und Europa, das betrifft auch das Verhältnis zu Russland.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, diesen Zeitrahmen sollte man dann auch den Partnern in den USA geben, um möglicherweise gemeinsam mit ihren russischen Vertragspartnern und russischen Gesprächspartnern, mit ihren europäischen Gesprächspartnern dann tatsächlich neue Lösungen zu finden. Und wenn die Stiftung nur dafür gut sein sollte, was

NS2 angeht, dann hat sie schon ihren Sinn erfüllt und dann ist sie auch gut, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vielen Dank, Herr Schulte!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 7/5696. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag der Landesregierung auf Drucksache 7/5696 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und LINKE sowie der fraktionslosen Abgeordneten und Enthaltung aus Teilen der Fraktion der AfD sowie dem fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Zwei Mitglieder des Landtages haben an der Abstimmung nicht teilgenommen und vorher erklärt, dass sie gemäß Paragraf 96 unserer Geschäftsordnung hierzu eine Erklärung abgeben möchten. Das sind zum einen Herr Professor Weber und Herr de Jesus Fernandes.

Bitte schön!

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Ich habe an der Abstimmung nicht teilgenommen und möchte kurz erläutern, warum.

Wie der Fraktionsvorsitzende der SPD in seinen Ausführungen mehrfach deutlich gemacht hat, handelt es sich bei dieser Stiftung nicht um eine Fertigstellungstiftung für die Nord-Stream-Pipeline. Da, wenn es nur darum gegangen wäre, hätte ich ohne Wenn und Aber zugestimmt. Ich bin felsenfest der Meinung, diese Pipeline muss fertiggestellt werden und wir dürfen und sollen uns dem Druck, Sanktions- und anderem Druck, aus den USA nicht beugen.

Dazu hätte es aber andere Möglichkeiten gegeben als diese Stiftung, insbesondere ein landeseigenes Unternehmen. Ich gehe mal davon aus, dass der Landesregierung, die sich deutlich für Nord Stream 2 ausgesprochen hat, nicht der Mut gefehlt hat, das so zu machen, sondern die Unterstützung im Bund. Und das finde ich schade. Und wir brauchen dann keine Stiftung, die über Jahrzehnte dann mit Stiftungsziel „Klimaschutz“ irgendwelche Umgestaltungsmaßnahmen im Sinne der erneuerbaren Energien und Energiewende fördert,

(Thomas Krüger, SPD:
Kommen Sie zur Sache!)

um Nord Stream 2 zu vollenden.

(Thomas Krüger, SPD:
Was ist Ihre Erklärung?)

Deswegen habe ich nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die entsprechende Erklärung zur Abstimmung Herr de Jesus Fernandes. Jetzt haben wir keinen mehr, der das Mikrofon sauber macht. Vielleicht nehmen Sie einfach das andere. Bitte schön!

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Ich unterstütze Nord Stream 2 uneingeschränkt und stehe hinter diesem Projekt, aber nicht so, wie es heute hier gemacht wird, und deswegen will ich erklären, warum ich an der Abstimmung nicht teilgenommen habe, und zwar habe ich Bedenken.

Wir konnten uns ja quasi alle erst seit gestern damit befassen, und wenn ich mir das Konstrukt angucke und wie das besetzt ist und durch wen, dann haben wir Herrn Selling dort von der SPD oben als Stiftungsvorsitzenden und dann haben wir auf der anderen Seite Beteiligte wie Herrn Schröder bei Gazprom et cetera. Und wir wissen alle, wie hier umgegangen wird mit öffentlichen Stiftungen oder anderen Vereinen. Nehmen wir als Beispiel die AWO

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

oder nehmen wir solche Geschichten wie Demokratiebahnhof oder Sonstiges. Und wir wissen ganz genau, dass sie immer missbräuchlich benutzt werden, um Wahlkampf zu machen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Und gerade ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... Herr de Jesus Fernandes, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: ... bei dieser Umweltstiftung ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... ich möchte Sie kurz darauf hinweisen, dass Sie bitte eine Erklärung abgeben, warum Sie nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das mache ich!

Präsidentin Birgit Hesse: ... analog, wie Herr Professor Weber es gemacht hat.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das mache ich, ...

Präsidentin Birgit Hesse: Und ich bitte, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: ... genauso analog.

Präsidentin Birgit Hesse: ... entsprechend dann auch zum Thema zu kommen.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das mache ich ganz analog genauso, und das ist das Thema.

Und das ist eben genau der Knackpunkt. Wäre es tatsächlich eine Stiftung gewesen, um Nord Stream zu retten, dann wäre das okay. Hier läuft man ganz große Gefahr, dass man versucht, hier ideologisch eine Hintertür zu öffnen, eine neue Institution zu schaffen, mit dem Vorwand quasi, hier nur irgendetwas retten zu wollen. Und da habe ich ein Problem und deswegen habe ich an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Präsidentin Birgit Hesse: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir waren bereits in der Abstimmung.

(Der Abgeordnete Jochen Schulte tritt ans Präsidium heran.)

Der Tagesordnungspunkt ist abgestimmt, Herr Schulte.

(Der Abgeordnete Jochen Schulte wendet sich an das Präsidium.)

Die SPD-Fraktion hat eine Sitzungsunterbrechung für fünf Minuten beantragt. Wir fahren also fort mit der Sitzung um 14.38 Uhr.

Unterbrechung: 14.33 Uhr

Wiederbeginn: 14.43 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung. Es tut mir leid, dass alle jetzt etwas warten mussten, aber wir hatten eine Situation, die wir so auch noch nicht so oft hatten. Insofern mussten wir uns einmal mit der Geschäftsordnung noch etwas näher befassen.

Die Ministerpräsidentin hat gemäß Paragraph 85 Absatz 3 noch einmal um das Wort gebeten. Insofern ist dann auch entsprechend die Beratung wiedereröffnet. Die Ministerpräsidentin hat das Wort.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mir ist es sehr wichtig und der ganzen Landesregierung, dass wir unsere Themen im Land hier sehr breit und auch kontrovers und konstruktiv debattieren. Dazu betreiben wir alle sehr viel Aufwand. Ich glaube, dass man das zum Beispiel gerade in der Coronapandemie sehen kann. Man könnte auch die Verordnung direkt am Dienstag nach der MPK-Schalte in Kraft setzen. Wir machen sehr viele gemeinsame Vorberatungen, wir machen heute eine Sondersitzung, morgen MV-Gipfel, das ist alles wichtig und richtig.

Und genauso ging es uns mit der Stiftungsidee. Wir waren von Anfang an dafür, dass wir diese Sachen transparent allen vorlegen. Das haben wir heute getan.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Heute!)

Energieminister Pegel hat sich heute auch in der Fraktion der AfD bemüht. Ja, wir sind unter Zeitdruck. Das hat auch Gründe. Das hat Gründe, das Sanktionsrecht der USA, das wir leider nicht in der Hand haben. Und da haben wir natürlich auch jede Zeit genutzt, denn unsere Aufgabe ist, zum Wohle des Landes zu handeln.

Und ich muss wirklich sagen, dass ich alles gut in diesen Debatten abkann. Was ich aber nicht in Ordnung finde, ist, dass die Geschäftsordnung missbraucht wird, sich einer offenen Debatte zu entziehen. Und das, sehr geehrter Herr Weber und Herr de Jesus Fernandes, ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Hallo! Für Sie immer noch „Dr. Weber“, ja?! Ich kann nichts dafür, dass Sie nicht promoviert haben!)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

einen Moment bitte!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Herr Professor Weber, es reicht jetzt langsam!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Herr Professor Weber, ich erteile Ihnen jetzt einen Ordnungsruf. Es steht Ihnen nicht zu, das zu kommentieren, was die Ministerpräsidentin hier ausführt.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Aber wie sie mich anspricht, schon!)

Einen Moment, Herr Professor Weber!

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das bewusste Weglassen ...)

Auch das steht Ihnen nicht zu, das können Sie mir gerne sagen,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das bewusste Weglassen eines
Dokortitels ist eine Beleidigung.)

aber das haben Sie nicht in dieser Debatte zu sagen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Da gibt es zig Urteile!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort.

Und, Herr Professor Weber, ich erteile Ihnen jetzt einen Ordnungsruf.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Herr Weber, es tut mir außerordentlich leid, dass ich Ihr Ego damit verletzt habe, dass ich den Dokortitel vergessen habe. Für mich ist das nicht so entscheidend. Das war nicht böse Absicht, aber ich weiß ja, dass Sie auf Leute, die das nicht haben, hinabgucken. Das unterscheidet uns.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Tue ich nicht.)

Und deswegen: Sehr geehrter Herr Dr. Weber! Wenn es Ihnen jetzt besser geht, sage ich das gerne so.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Na geht doch!)

Sehr geehrte beide Abgeordnete der AfD, Sie haben versucht, sich jetzt einer offenen parlamentarischen, demokratischen Debatte zu entziehen, indem Sie nämlich gar nichts gesagt haben in dieser Debatte, keine Ihrer kritischen Anmerkungen, und uns nicht mehr die Möglichkeit geben, als Landesregierung darauf zu reagieren. Und das finde ich nicht in Ordnung, erst recht nicht, wenn man dann noch nicht mal den Mut hat, sich an einer Abstimmung zu beteiligen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Das ist in meinen Augen feige

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

und das zeigt, mit welchen Mitteln Sie arbeiten. Sie versuchen, demokratische Mittel zu benutzen, um letztendlich Ihre,

(Marc Reinhardt, CDU: Wie lange geht denn jetzt die Debatte?)

Ihre Sachen letztendlich hier durchzubekommen. Und das, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich Ihnen ungern durchgehen lassen.

Und ich möchte vor allem auf Ihre Argumente eingehen. Ich habe schon bei der Corona-Debatte darüber hinweggesehen, dass Herr Förster seinen Redebeitrag genutzt hat, mehrfach mit Unterstellungen und Falschbehauptungen zu arbeiten, zum Beispiel der Unterstellung, wir würden ja Rostock einfach niedrig halten, indem nicht viel getestet wird. Ja, Sie haben es ganz elegant gemacht: „Man vermutet“!

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und ich könnte noch so viel erzählen, so viel darüber, dass Sie zum Beispiel nur daran denken, ob Sie krank werden, und nicht, dass Sie auch noch einer behandeln muss.

(Horst Förster, AfD:
Das ist eine Unterstellung!)

Und ähnlich war es jetzt eben auch hier,

(Horst Förster, AfD:
Das ist eine Unterstellung!)

und jetzt deshalb zu zwei Argumenten: Herr Weber sagt, wir machen die Stiftung und haben nicht als Land den Mut, die Fertigstellung der Pipeline mit einem Landesunternehmen zu betreiben. Ich sage Ihnen, was passiert, wenn wir so was machen würden. Dann würde, weil wir nicht amerikanisches Sanktionsrecht in der Hand haben, die Gefahr bestehen, dass nicht nur die Landesregierung, sondern mehr Teile des Landes sanktioniert werden. Und ich glaube, so weit kann bei allem guten Willen für eine Ostseepipeline auch das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht gehen. Deswegen hat uns nicht der Mut gefehlt, sondern: Verstand, mit unseren Aktionen dafür zu sorgen, dass es keinen Schaden für das Land gibt, das ist der Grund, Herr Weber.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und Ihre persönlichen Vorwürfe gegen die drei Personen, die hier Verantwortung übernehmen, die weise ich zurück, Herr Abgeordneter, insbesondere,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe niemandem was vorgeworfen.)

was ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich bin jetzt schon bei dem anderen Abgeordneten.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe von Thomas Krüger, SPD, Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Sie haben unterstellt, dass es hier Vorteile geben kann,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Kann!)

und ich sage es Ihnen hier ganz deutlich: Solche Unterstellungen gegenüber allen drei handelnden Personen finde ich unmöglich. Ich habe alles dazu heute gesagt. Und ich sage Ihnen auch, insbesondere gegenüber dem Ministerpräsidenten a. D., man kann – dass Sie sowieso anderer Meinung sind, ist klar –, aber Erwin Sellering hat viele Jahre

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Den schätze ich tatsächlich!)

alles dafür getan,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Den schätze ich tatsächlich!)

um sich für dieses Land einzusetzen. Und jetzt zu unterstellen, dass er oder andere hier Vorteile hätten, das ist unmöglich. Die gehen ein Risiko ein, weil Sanktionsrisiken gibt es die ganze Zeit und die Stiftung mit ihren handelnden Personen geht vielleicht Sanktionsrisiken ein. Und damit tun diejenigen viel mehr, als Sie Ihr ganzes Leben für dieses Land tun werden.

(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Oha!)

Und jetzt sage ich mal ganz deutlich, und jetzt sage ich Ihnen mal eins ganz deutlich: Diese Dinge, die Sie anderen unterstellen, Vorteilsnahme und andere schmutzige Sachen, können ja nur daher kommen, dass Sie vielleicht so handeln würden – wir nicht, Herr Abgeordneter! Und ich will Ihnen sagen,

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Lesen Sie denn keine Zeitung?)

und so, wie Sie hier auftreten, dass Sie Ihre Bedenken, Ihre Fragen, Ihre andere Position – die völlig legitim wäre – nicht hier in der Debatte einbringen können, sodass auch noch mal Fraktionen darauf eingehen können, sodass wir als Regierung vielleicht erklären können, dass Ihre Vorschläge massiven Schaden für unser Land bedeuten würden, dass Sie sich dem entziehen und am Ende hier nur stehen wollen, mit Ihrer Meinung, mit Ihren wieder teilweise falschen Behauptungen, Ihren puren Unterstellungen, das ist die Methode Trump, das ist die Methode, die der Demokratie schadet, das ist die Methode, die einem Land schadet.

Und deswegen kann ich nur uns allen anderen wünschen, dass wir uns immer wieder dagegenstellen. Vielen Dank allen anderen Abgeordneten für ihre fairen und konstruktiven parlamentarischen Beratungen! Das ist der Weg, den ich mir weiter für unser Land wünsche. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Mir liegen jetzt zwei weitere Wortmeldungen vor, einmal von Herrn Professor Weber und dann von Herrn de Jesus Fernandes. Ich weise darauf hin, dass Sie insgesamt acht Minuten Redezeit haben und sich die dann bitte auch teilen.

Bitte, Herr Professor Weber, Sie haben das Wort.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Sehr geehrte Frau Ministerpräsident! Ich bin dankbar, dass Sie mir noch mal die Gelegenheit geben, jetzt noch nahezu acht Minuten das noch mal zu erklären, was ich vorhin bei der persönlichen Erklärung in knapp zwei Minuten sagen musste. Erst mal dafür herzlichen Dank!

Zum Zweiten, wenn Sie einen Blick in die Geschäftsordnung werfen, eine persönliche Erklärung kann man nur abgeben, wenn man an der Abstimmung nicht teilnimmt. Deswegen habe ich nicht mit abgestimmt, um diese Möglichkeit wahrzunehmen. Das ist ein Individualrecht jedes Abgeordneten, und das steht Ihnen nicht zu, anderen dieses Recht abzusprechen.

Von der Zwickmühle in dieser Entscheidung, in der wir waren, hat Herr Förster schon gesprochen. Selbstverständlich und ohne Wenn und Aber steht die ganze AfD-Fraktion hinter der Entscheidung, Nord Stream 2 weiterzubauen und sich auch in klaren und deutlichen Worten

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und auch zur Not mit Gegensanktionen gegen die Versuche der USA zu wenden, das hier in vielleicht sogar rechtswidriger Weise zu sabotieren. So viel dazu!

Wenn Sie dann aber mir unterstellen, ich würde irgendetwas nicht verstanden haben, den Zeitdruck habe ich verstanden, der liegt in dem Sanktionsrecht und der knappen Frist, dass eben diese Bestellungen bis, sagen wir mal, Mitte Januar ausgeführt werden müssen. Aber das kann nicht nur eine Stiftung.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Das eben, genau diese Bestellung, hätte auch ein landeseigenes Unternehmen oder das Land selbst unternehmen können. Das Land selbst wäre sogar noch naheliegender gewesen, weil sich die US-Sanktionen – wenn Sie es nicht glauben, schauen Sie doch im Sanktionsrecht nach –, diese US-Sanktionen nicht gegen Regierungen und Länder, sondern gegen private Unternehmen richten, damit auch gegen die Stiftung. Da haben Sie recht, dass den drei, die sich da engagieren, eventuell Nachteile drohen, habe ich auch nie bestritten. Das ist ehrenhaft, sich da zu engagieren. Die Stiftung kann sanktioniert werden. Weder das Land hätte das können, und ein landeseigenes Unternehmen als Unternehmen kann genauso sanktioniert werden wie die Stiftung, aber nicht mehr und nicht weniger. Es drohen also keine größeren Schäden dadurch.

Warum macht das Land dann den Umweg über die Stiftung? Entweder – Mutmaßung eins –, weil Ihnen der Mut

fehlt, sich klar zu bekennen. Das glaube ich nicht, denn Sie haben mehrfach deutlich gemacht, wie wichtig Ihnen auch Nord Stream 2 und die Fertigstellung der Pipeline ist. Bleibt Vermutung zwei, Sie haben den notwendigen Rückhalt in der Bundesregierung nicht und sind von da irgendwie instruiert oder gebeten worden, das nicht als Land durchzuführen. Oder – Vermutung drei – Sie wollen dann mit der so ins Leben und, wie wir gehört haben, von Nord Stream 2 dann insgesamt, der Nord Stream 2 AG mit insgesamt 60 Millionen ausgefütterten Stiftung alle möglichen sonstigen Zwecke der Energiewende und sonst irgendwas verfolgen. Eine Stiftung ist juristisch potenziell unsterblich, das heißt, wir haben mit der Stiftung dann, jedenfalls unsere Abgeordneten, ein Leben lang zu leben und müssen das akzeptieren. Alles drei, egal, welche dieser Mutmaßungen zutrifft, war für mich nicht akzeptabel.

Aber es ist auch nicht akzeptabel, gegen den Antrag zu stimmen, eben weil diese Fertigstellung der Pipeline notwendig, wichtig und richtig ist. Und dann war der notwendige Ausweg, um das auch erklären zu können, der Weg, den ich gewählt habe. Daran ist nichts feige – und jetzt haben ja alle anderen die Gelegenheit, dazu noch mal Stellung zu nehmen, ich bin dankbar dafür –, daran ist weder was feige, noch ist es ein Trick mit der Geschäftsordnung, sondern ein ganz legitimes Vorgehen. Wenn Ihnen die Geschäftsordnungskennntnis dazu fehlt, das zu beurteilen, dann sollten Sie sich mal von Ihren vielen Juristen in Ihrer Regierung entsprechend unterrichten lassen.

Und einen Satz möchte ich noch sagen. Herr Thomas de Jesus Fernandes wird selber dazu was sagen, aber zu sagen, zu einem Abgeordneten zu sagen, mehr Gutes getan haben Sellering und Co – was ich nicht in Abrede stellen will –, als er in seinem ganzen Leben vollbringen wird, ist eine Unverschämtheit sondergleichen. A) wissen Sie nicht, was er in seinem Leben noch vollbringt, aber ich kann Ihnen sagen, viel mehr Schaden für dieses Land, als Sie, Frau Ministerpräsidentin, hervorgerufen haben, wird Herr Thomas de Jesus Fernandes in seinem ganzen Leben in der Tat nicht zustande bringen. So, das war es.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Holger Arppe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt, das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Ich muss ja gar nicht schreiben, wenn Sie mal ruhig bleiben würden da hinten auf Ihren Plätzen.

(Zuruf aus dem Plenum: Das sagt der Richtige!)

Also noch mal ganz klar, wir haben eine ganz klare Geschäftsordnung, die gibt Rechte und Pflichten für Abgeordnete vor, und die stehen tatsächlich jedem zu und eben auch den Abgeordneten von der AfD und nicht nur denen von der SPD und auch nicht nur der Ministerpräsidentin, die ebenfalls Gebrauch von der Geschäftsordnung gemacht hat, meine Damen und Herren.

Und natürlich gehörte das meines Erachtens nicht in die Debatte, was ich gesagt habe, weil ich ja eindeutig erklärt

habe, warum ich nicht an der Abstimmung teilnehme, weil ich grundsätzlich dem Vorhaben nicht im Weg stehe, aber meine Bedenken habe und die hier im Vorfeld nicht ausgeräumt werden konnten, auch nicht in unserer Fraktionsversammlung, die wir heute hatten, wo Herr Pegel Rede und Antwort gestanden hat. Und das hat er wirklich sehr gut gemacht, aber, wie gesagt, diese Bedenken konnte er bei mir nicht ausräumen.

Und das liegt ja nun auf der Hand und das ist nicht aus dem Finger gesaugt und schon gar nicht unsere Intention, Frau Ministerpräsidentin Schwesig, weil, was die AWO angeht und die Verknüpfungen und dass Sie sich im Wahlkampf eingemischt haben, das können Sie der gesamten Presse in Deutschland entnehmen, meine Damen und Herren, und auch Sie, Frau Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Das ist nicht ausgedacht. Und die Gefahr bei der Verknüpfung von solchen Unternehmungen und der Politik, die ist einfach da.

Und damit habe ich nicht die Personen angegriffen. Und dazu sage ich auch noch mal, ich schätze den gewählten damaligen Ministerpräsidenten Erwin Sellering sogar sehr und er hatte ein gutes Ansehen hier, und ich glaube, er hätte sich diesen Auftritt, den Sie hier abgelegt haben, eben noch mal, das hätte er nicht gemacht. So, das reicht auch, finde ich.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Thomas Krüger.

(Der Abgeordnete Thomas Krüger tritt an das Rednerpult heran.)

Thomas!

(Das Rednerpult wird desinfiziert.)

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich konnte das eben nicht so stehen lassen, deswegen habe ich mich noch mal gemeldet.

Also, Herr Weber – Herr Professor Dr. Weber, da legen Sie ja ganz großen Wert darauf, dass Sie so genannt werden – und Herr de Jesus Fernandes, ...

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Von manchen Menschen ja.)

Ja, das ist bei manchen Menschen, das hat Frau Ministerpräsidentin ja deutlich gemacht.

... Sie haben sich der Debatte entzogen. Das ist das, was Sie hier gemacht haben. Sie hätten von vornherein reingehen können, Sie hätten Redezeit gehabt als Fraktion. Das haben Sie beide nicht getan. Sie haben ganz bewusst abgewartet. Sie haben ganz bewusst abgewartet, bis die Debatte vorbei ist, bis abgestimmt ist. Dann haben Sie die persönliche Erklärung abgegeben, und dann haben Sie aus meiner Sicht keine persönliche Erklärung abgegeben, sondern Sie haben die Debatte über die persönliche Erklärung eröffnet. Und das ist das, was ich Ihnen vorwerfe.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und Sie haben dann völlig neue Aspekte hier reingebracht, in der Hoffnung, dass wir keinen Geschäftsordnungstrick mehr finden, um genau das aufzuklären, und damit Sie auf Facebook genau das den Leuten zeigen können, nach dem Motto, ja, jetzt haben wir es mal wieder geschafft. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, und deswegen fand ich es richtig, dass die Ministerpräsidentin hier noch mal reingegangen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und das Problem ist ja auch nicht, dass Sie anderer Meinung sind. Man kann das ja auch alles diskutieren. Das hätten wir auch diskutiert, wenn Sie hier vorher reingekommen wären und das hier vorgetragen hätten, denn wir haben auch verschiedene Varianten diskutiert und sind zu dem Ziel, zu dem Ergebnis gekommen, dass eben die Stiftung ein bewährtes Mittel ist – es gibt ja bereits Ostseestiftungen – und dass wir mit diesem bewährten Mittel arbeiten wollen, weil diese Stiftung ja gegebenenfalls auch sanktionsbewehrt ist.

Und dann haben Sie eben so unschuldig getan, nach dem Motto – Herr de Jesus Fernandes war es –, ich schätze Herrn Selling. Sie haben eben Herrn Selling mit kriminellen Aktivitäten von Dritten in Verbindung gebracht!

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das haben Sie getan hier vorne! Das war das, was Sie gemacht haben! Das ist die Skandalisierungspolitik, die Sie hier betreiben! Es geht Ihnen nicht um die Sache, es geht um Skandalisierung. Das ist das, was Sie machen, meine Herren!

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Zurufe von Horst Förster, AfD, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und die dritte Sache – und das finde ich fast infam – ist, der Ministerpräsidentin vorzuwerfen, dass sie hier dem Land Schaden zufügt. Ich weiß nicht, Sie haben es vielleicht nicht gesehen, ich habe es gesehen, ich will mal aus dem Nähkästchen plaudern: Die Ministerpräsidentin – das ist ja öffentlich bekannt – war ziemlich schwer krank, und diese schwere Erkrankung war noch nicht vorbei, als es mit Corona losging, und das sind Sitzungen gewesen, die von morgens früh bis abends spät gingen, und diese Ministerpräsidentin war es ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Ja, nun tun Sie so, als wenn das nichts gewesen ist!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist ihr Job!)

Die hat sich für dieses Land eingesetzt, die hat sich krumm gemacht,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wenn ich
krank bin und meinen Job nicht
ausführen kann, dann höre ich auf!)

um die Regelungen zu machen, die hat die gesellschaftlichen Kräfte im Land zusammengeholt und hat dafür gesorgt, dass dieses Land gut durch die Krise kommt,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist auch ihr Job!)

und das haben wir geschafft bisher. Welch einen Beitrag haben Sie geleistet? Den Beitrag, den Sie geleistet haben und Ihre Fraktion, ist, sich zurückzulehnen und darauf zu verweisen, jeder könnte ja nach seinem Gusto hier die Dinge machen. Wenn wir danach gefolgt wären, wäre dieses Land an einer ganz anderen Stelle, wir hätten ein ganz anderes Krankheitsgeschehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, wir hätten
nicht einen wirtschaftlichen Ruin!)

Deswegen sage ich Ihnen, die Ministerpräsidentin hat hohe Verdienste an der Entwicklung, die wir hier haben, an dem, wie wir durch die Krise gekommen sind,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

und daran lasse ich nichts deuteln. – Herzlichen Dank!

(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Traum weiter!)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der AfD Herr Förster. Herr Förster, ich muss Sie allerdings darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit etwas limitiert ist.

Horst Förster, AfD: Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren! Ich will nur Folgendes sagen, das liegt mir am Herzen: Also diese Aussprache zum Schluss lässt ja das Plenum heute unrühmlich enden, da haben viele dazu beigetragen.

Und dann fassen Sie sich an die Nase! Unterstellungen von allen Seiten, insbesondere auch von Ihnen, nämlich nur im Punkt Selling, weil er ja wirklich sehr sensibel ist: Ich kenne ihn und achte ihn auch sehr, und mein Kollege Fernandes hat ganz gezielt nicht Selling und die drei Personen, er hat gesagt,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

die Struktur ist es,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

er hat ganz klar gesagt, die Struktur, diese SPD-Leute und diese Struktur, und seine AWO-Erfahrung rechtfertigt das.

Und, Frau Ministerpräsidentin, nun das kleine dumme Beispiel mit Rostock:

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Hören Sie doch auf!)

Ich habe darauf hingewiesen, wie zufällig die Inzidenzen sind, und habe gesagt, „ich habe die Vermutung, dass“, „es könnte eine Erklärung sein“. Daraus mir eine boshafte Unterstellung unterzudrücken, ist wirklich nicht korrekt.

Und im Übrigen ist das ja heute die ganze Zeit zu beobachten, wie hier Unterstellungen, wie wir, ich sage mal ganz allgemein, mit Unterstellungen arbeiten.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist doch ..., denken Sie doch selbst mal nach!

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Jetzt sind Sie Opfer, hä?)

Das passiert jedem, ja, aber es ist ...

Herr Waldmüller, Sie haben Ihre Rede – und ich habe gesagt, das passt eigentlich gar nicht zu Ihnen –, Sie haben Ihre Rede heute im Grunde mit Beschimpfungen begonnen und haben mir undemokratische Sachen unterstellt, ich sei undemokratisch – und was haben Sie noch gesagt? –, ich sei ein Leugner und solche Dinge. Dazu hat meine Rede überhaupt keinen Anlass gegeben. Gehen Sie mal in sich und überlegen Sie mal, wie oft hier mit Unterstellungen, ich will mal sagen, vielleicht von allen Seiten, aber ganz, in dieser Debatte heute waren die einzigen Beiträge, die ohne persönliche Beschimpfungen abgingen, die waren von der Opposition, nämlich von der LINKEN und von uns.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD: Ja!)

Das können Sie alles im Protokoll nachlesen. – Vielen Dank!

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Weitere Wortbeiträge liegen mir nicht mehr vor.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 27. Januar 2021, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist damit geschlossen.

Schluss: 15.04 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Lorenz Caffier, Manfred Dachner, Stefanie Drese, Dirk Friedriszik, Sandro Hersel, Jörg Heydorn, Nikolaus Kramer, Karen Larisch, Dr. Matthias Manthei, Peter Ritter, Nils Saemann und Jens-Holger Schneider.